Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 95. Freitag, den 27. November 1896. Jahrgang V.

Pränumerationspreise: Für Wien: ohne Zustellung ganzjährig 6 fl., halbjährig 3 fl. „ „ mit Zustellung ganzjährig 7 fl., halbjährig 3 fl. 50 kr. | Für die Provinz: ganzjährig 8 fl., halbjährig 4 fl.

Einzelnexemplare à 10 kr. im Redactionslocale im Rathhause.

Gemeinderath.

Sitzungen des Gemeinderathes.

Dienstag, den 1. December 1896, 5 Uhr nachmittags.
Freitag, den 4. December 1896, 5 Uhr nachmittags.

Stenographischer Bericht

über die **öffentliche** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom **24. November 1896** unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Josef Strobach und des Vice-Bürgermeisters Dr. Karl Lueger.

Bürgermeister Strobach: Die Versammlung ist beschlussfähig, die Sitzung eröffnet.

1. Von der heutigen Plenarsitzung haben die Herren Gem.-Räthe Tomola, Dr. Hößlinger, Hipp, Stastnik und Dr. v. Billing ihr Ausbleiben entschuldigt.

2. Es ist folgendes Schreiben von Seite des Curatoriums der Kaiser Franz Josef-Stiftung eingelangt (liest):

„Hochlöbliches Präsidium des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien!

Das unterzeichnete Curatorium stellt hiemit dem bisherigen Herkommen gemäß das höfliche Ersuchen, im Sinne der §§ 6 (Stiftbrief) und 8 (Geschäftsordnung) die vorgeschriebene Neuwahl von sechs Delegierten pro 1897 in das Curatorium noch im Laufe dieses Monates veranlassen und das Wahlergebnis gefälligst anher mittheilen zu wollen."

Ich werde die Wahlen in der nächsten Sitzung vornehmen lassen.

3. Der Herr Gem.-Rath Dr. Reisch überreicht eine Resolution des Vereines der Fortschrittsfreunde im XIX. Bezirke bezüglich Herstellung einiger neuer Straßen.

Die Resolution hat folgenden Wortlaut:

„Die in dem Gasthause des Franz Zettl, XIX., Krottenbachstraße 18, am 23. November 1896 tagende Versammlung des Vereines „Fortschrittsfreunde des XIX. Bezirkes" hat nach eingehender Erörterung einstimmig nachstehende Resolution gefasst:

In der Erwägung, dass die Eröffnung der Hochschule für Bodencultur auf der Türkenschanze geeignet ist, die Interessen des XIX. Bezirkes, insbesondere der Hausbesitzer und Gewerbsleute in dem nächst der Hochschule gelegenen Gebietstheile in vielfacher Beziehung zu fördern;

in der weiteren Erwägung, dass der Eintritt dieser wohlthätigen Wirkung dadurch bedingt ist, dass die derzeit mangelnde Straßenverbindung zwischen dem XIX. Bezirke und der Hochschule hergestellt werde,

spricht die Versammlung ihre Überzeugung dahin aus:

Es bilde die Verlängerung der gegenwärtig nur bis zur Hochschule führenden, daselbst als Sackgasse endenden, unbenannten Straße bis zur Hartäckerstraße ein wichtiges Interesse des XIX. Bezirkes, und sei die Eröffnung dieser Straßenverbindung ehethunlichst durchzuführen;

weiters erscheine aus denselben Gründen die Verlängerung der Prinz Eugenstraße und der unbenannten Straße nächst dem Gymnasium bis zur Hochschule für Bodencultur, ferner die Herstellung der Überbrückung des Bahneinschnittes zwischen der Hartäckerstraße und der Krottenbachstraße in der Richtung der Obkirchergasse und die Herstellung der verlängerten Friedlgasse als dringendes Bedürfnis;

endlich müsse zur rationellen Ausgestaltung der Verbindungen im XIX. Bezirke die Verlängerung der Krottenbachstraße bis Neustift, für welche das Project bereits seit Jahren fertig vorliege, ins Auge gefasst werden.

Der Vereinsausschuss werde beauftragt, wegen Herbeiführung dieser äußerst nothwendigen Straßenherstellungen bei dem löblichen Gemeinderathe die geeigneten Schritte einzuleiten."

4. Herr College Migl hat am 20. October an mich eine Interpellation gerichtet wegen Verwendung amtlicher Drucksorten und Dienstabellen als Packpapier in einem Fleischselchergeschäfte im XVI. Bezirke. Es wurde über Auftrag des magistratischen Bezirksamtes nachfolgender Bericht erstattet (liest):

„Im Nachhange zu dem hierämtlichen Berichte vom 4. November 1896, Z. 52660, erlaubt sich das magistratische Bezirksamt für den XVI. Bezirk auf Grund der gepflogenen Erhebungen Nachstehendes zur geneigten Kenntnisnahme zu bringen:

Durch Einvernahme der städtischen Lehrerin Fräulein Hermine Aulinger wurde constatiert, dass das Papier, in welches Schinken eingewickelt war und welches sich bei genauerer Besichtigung als eine amtliche Drucksorte, nämlich als Dienstabelle des städtischen Bürgerschullehrers Oswald Muck von Ober-Döbling ddto. 29. April 1888 herausstellte, aus dem Geschäftslocale des benachbarten Fleischselchermeisters Josef Edlhofer, XVI. Bezirk, Hasnerstraße 44, stammt.

Aus demselben Geschäfte rühren auch jene 24 Stück Dienstabellen her, welche die vorerwähnte Lehrerin, Fräulein Hermine Aulinger, nachträglich bei dem obigen Fleischselcher holen ließ, dem Herrn Director der städtischen Volksschule für Knaben, Johann Mandl, zur weiteren amtlichen Verfügung einhändigte, und welche von dem Letzteren anher in Vorlage gebracht wurden.

Die am 29. October d. J. in dem obigen Geschäftslocale vorgenommene Revision ergab insofern ein günstiges Resultat, als daselbst unterhalb der Geschäftsbudel eine große Quantität von amtlichen Drucksorten, wie z. B. Quittungen über bei dem k. k. Steueramte Tulln in den Jahren 1871 bis inclusive 1875 ausbezahlte Lehrergehalte, sowie Verzeichnisse von Lehrer- und Schülerbibliotheken aus dem ehemaligen Schulbezirke Hernals, weiters circa 400 Stück Dienstabellen des Lehrerstandes dieses Schulbezirkes, und zwar aus den Jahren 1885 bis inclusive 1890, vorgefunden wurden.

Dieses Actenmateriale, welches sofort mit Beschlag belegt worden ist, wurde, soweit es minderwichtiger Natur ist, des voluminösen Inhaltes wegen in h. ä. Verwahrung zurückbehalten, wogegen die in Rede stehenden Dienstabellen in der Anlage sub 1 zur gefälligen Einsichtnahme vorgelegt werden.

Durch die weiters in dieser Angelegenheit gepflogenen, im Anschlusse sub 2 mitfolgenden Erhebungen wurde sichergestellt, dass dieses Actenmateriale bei Gelegenheit der anfangs September d. J. stattgefundenen Übersiedlung der Wiener Bezirksschulraths-Section VIII von Fünfhaus in das neue Amtslocale Section X nach Ottakring, entweder während des Heruntertragens desselben aus dem Hause Gasgasse Nr. 8 und 10, XV. Bezirk, oder beim Heraufräumen der Acten in das dermalige Amtslocale, XVI., Arnethgasse 28, oder aber während des Transportes selbst abhanden gekommen ist.

Wie aus der umfassend gepflogenen Verhandlung gefälligst ersehen werden wolle, wurde dieses Actenmateriale von einem bisher unbekannten Manne, angeblich einem Möbelpacker, verschleppt und bei dem obgenannten Fleischselcher Josef Edlhofer als Maculaturpapier verkauft.

Eine bestimmte Person konnte ungeachtet wiederholt stattgefundener Confrontationen der bei dem in Rede stehenden Möbeltransporte betheiligten Arbeitsleute nicht ermittelt werden, nachdem den Erhebungen zufolge zum Theile auch fremde Personen bei der Übertragung der Acten mitgeholfen haben, im übrigen auch der Möbelwagen durch einige Zeit ohne Aufsicht auf der Straße gestanden ist, beziehungsweise das den Möbelwagen begleitende Personal während der ganzen Fahrt ohne amtliche Aufsicht gelassen wurde.

So viel steht daher außer allem Zweifel, dass von Seite des beim Wiener Bezirksschulrathe (Section X) in Verwendung stehenden städtischen Diurnisten Johann Reitter, welchem die Überwachung des erwähnten Möbeltransportes obgelegen war, für die nöthige Beaufsichtigung desselben nicht Sorge getragen worden ist.

Nachdem die Möglichkeit nicht ausgeschlossen schien, dass auch bei anderen Geschäftsleuten dieser Branche derlei amtliche Drucksorten als Verpackungsmittel zur Verwendung gelangt seien, so wurde über h. ä. Auftrag eine Revision bei den sämmtlichen Geschäftsleuten dieser und ähnlicher Gewerbsbranchen im XVI. Bezirke vorgenommen; laut Berichtes der hiesigen städtischen Marktamts-Abtheilung ddo. 14. November d. J. wurden jedoch keine amtlichen Drucksorten daselbst vorgefunden."

5. Herr Gem.-Rath Becker hat an mich in der letzten Sitzung eine Interpellation gestellt, welche mir von Seite des Magistrates in folgender Weise beantwortet wurde:

„Die Eingabe des Ausschusses des X. Bezirkes bezweckt, zu bewirken, dass durch den städtischen Matzleinsdorfer Friedhof eine Straße eröffnet, der daselbst im Bahnkörper der Südbahn bestehende, die Verbindung dieses Friedhofes vermittelnde gemauerte Tunnel erweitert und durch ein eisernes Object ersetzt werde.

Das General-Bauteneregulierungsbureau des Bauamtes, welchem obige Eingabe vom 11. Februar d. J. zur Berichterstattung und Planvorlage übermittelt wurde, hat diese Angelegenheit im Zusammenhange mit einem Regulierungsplane des V. Gemeindebezirkes, ferner mit der künftigen Ausgestaltung der Stadtbahnanlage und mit der sich hieraus ergebenden Baulinien, und Niveauänderung der Gürtelstraße, sowie mit der künftigen Verwertung des Areales des Matzleinsdorfer Friedhofes als Gartenanlage einem eingehenden Studium unterzogen, und wird der diesbezügliche, gehörig instruierte Bericht noch im Laufe des Decembers d. J. zur Vorlage gelangen."

Ich bitte den Herrn Schriftführer, mit der Verlesung der Interpellationen zu beginnen.

Schriftführer Gem.-Rath Schuh (liest):

6. Anfrage des **Gem.-Rathes Maresch:**

Die Gemeinde Wien stellt den Spitalsverwaltungen Wiens Geldbeträge zur Verfügung und sollen die aus der Spitalsverpflegung entlassenen Reconvalescenten im Bedarfsfalle mit Geld oder den nothwendigsten Kleidungsstücken, Blousen und Wäsche betheilt werden.

Wie aus dem Hauptvoranschlage zu ersehen ist, wird für letzteren Zweck pro Jahr ein Betrag von mehr als 2000 fl. aufgewendet; wie der Gefertigte in Erfahrung brachte, wird seitens der Spitalsverwaltungen der Bedarf an solchen Bekleidungsstücken größtentheils von jener Sorte unverlässlicher Zwischenhändler, welche meistens nicht selbst Erzeuger sind, bezogen.

Da einerseits die Gefahr besteht, dass von diesen minderwertige oder Posenware geliefert wird und hiedurch gerade die Ärmsten, denen die Nachschaffung von Kleidern, Wäsche und Blousen am schwersten fällt, geschädigt werden, andererseits es wünschenswert ist, dass auch dieser, wenngleich bescheidene Verdienst nur ausschließlich reellen Geschäftsleuten zugewendet werde, erlaubt sich der Gefertigte, an den geehrten Herrn Bürgermeister die ergebene Anfrage zu stellen,

ob derselbe geneigt ist, Vorkehrungen zu treffen, dass dem vorgebrachten Wunsche, sei es durch Bestellung eigener Contrahenten oder in anderer Weise Rechnung getragen werde?

Bürgermeister: Ich habe die Ehre, hierauf Folgendes zu erwidern: Auf die Verwaltung der Spitäler steht mir kein Einfluss zu, und da ich die Schranken meiner Competenz nicht überschreiten will, so kann ich leider zu meinem Bedauern dem Wunsche des Herrn Interpellanten nicht Rechnung tragen.

Schriftführer Gem.-Rath Schuh (liest):

7. Interpellation des **Gem.-Rathes Tagleicht:**

Im Hinblicke auf den gegenwärtig schleppenden Gang des Bauwesens erlaube ich mir an den Herrn Bürgermeister die Anfrage:

In welchem Stadium befinden sich die Arbeiten für den General-Regulierungsplan der Stadt Wien?

Bürgermeister: Ich habe die Ehre, hierauf Folgendes zu erwidern: Es ist vollständig unrichtig, dass derzeit ein schleppender Gang des Bauwesens zu beobachten ist (Gem.-Rath Tagleicht: Das verstehe ich besser!), und ich bedauere, dass ein Gemeinderath der Stadt Wien, welcher schon infolge seines Berufes die Verhältnisse kennen sollte, eine derartige Behauptung aufstellt. (Gem.-Rath Tagleicht: Dagegen protestiere ich!) Die Arbeiten zur Fertigstellung des General-Regulierungsplanes nehmen ihren ungestörten Fortgang und werden hoffentlich recht bald ein befriedigendes Resultat ergeben. (Beifall links.)

Schriftführer Gem.-Rath Schuh (liest):

8. Interpellation des **Gem.-Rathes Dr. Ahl:**

Anlässlich der Vorstandswahlen für die Wechselseitige Brandschaden-Versicherungsgesellschaft sollen von städtischen Amtsdienern in Uniform Circulare mit Wahlzetteln für die antisemitischen Candidaten bei den Hausbesitzern ausgetragen worden sein. (Rufe links: Umgekehrt war es!)

Da hierin ein offenbarer Missbrauch städtischer Organe gelegen ist, erlaube ich mir die Anfrage:

1. Ist dem Herrn Bürgermeister bekannt, dass die Austragung solcher Wahlcirculare durch städtische Amtsdiener stattgefunden hat?

2. Ist der Herr Bürgermeister gesonnen, gegen denjenigen, der diesen Auftrag zur missbräuchlichen Verwendung städtischer Organe gegeben hat, auf das strengste vorzugehen? (Gelächter links.)

Bürgermeister: Ich habe die Ehre, hierauf Folgendes zu erwidern. Mir ist nicht bekannt, dass städtische Amtsdiener zum Austragen der Wahlzettel für die Wahlen des Vorstandes der Wechselseitigen Brandschaden-Versicherungsanstalt verwendet wurden. Ich füge bei, dass ich persönlich ein entschiedener Gegner davon bin, dass städtische Diener zu irgendwelchen agitatorischen Zwecken verwendet werden (Bravo! links), und werde, wenn ich einem solchen Unfuge irgendwo begegnen sollte, denselben abzuschaffen wissen. (Bravo! links.) Es ist übrigens allgemein bekannt, dass die Wechselseitige Brandschaden-Versicherungsanstalt seit Jahren nicht allein städtische Diener, sondern auch städtische Beamte zum Incasso der Prämien verwendet. (So ist es! links.) Wenn also wirklich Amtsdiener in der Weise Zettel ausgetragen haben, so ist dies offenbar im Auftrage der Wechselseitigen Brandschaden-Versicherungsanstalt geschehen, aber nicht in unserem Auftrage. (Gem.-Rath Schlechter: Das ist nicht richtig!) Ja, das ist richtig! (Unterbrechung rechts. — Gem.-Rath Dr. Geßmann: Das ist ja richtig, das werden wir beweisen, Herr Schlechter!) Ich bitte um Ruhe; Herr Gem.-Rath Schlechter, ich bitte, sich etwas ruhiger zu verhalten. Ich bitte, fortzufahren.

Schriftführer Gem.-Rath Schuh (liest):

9. Interpellation der **Gem.-Räthe v. Boschacher, Schönbichler** und Genossen (Unruhe rechts. — Bürgermeister: Herr College Schlechter, ich bitte um Ruhe!):

Der Gesetzentwurf, betreffend die Steuerfreiheiten für Neubauten auf den Gründen der Franz Josefs-Kaserne und sonstigen ärarischen Gründen und Kasernen in Wien, der in der Sitzung vom 10. November d. J. den Anlass eines Antrages seitens des Herrn Gem.-Rathes Zifferer und Genossen bildete, hat zur Folge gehabt, dass schon jetzt eine gewisse Zurückhaltung rücksichtlich der Transaction auf dem Realitätenmarkte wahrnehmbar ist.

Ebenso ist es unverkennbar, dass im Hinblicke auf die durch den Gesetzentwurf bedingte, erhöhte Steuerfreiheit die Bauthätigkeit einen Abbruch erleidet, insofern Bauten, welche schon in nächster Zeit in Angriff genommen werden sollten, auf jenen Zeitpunkt verschoben werden, in welchem das Schicksal jener Vorlage im Reichsrathe entschieden sein wird.

Der durch diese Vorlage erzeugte Zustand der Ungewissheit, unter welchem das gesammte Wiener Baugewerbe leidet, sollte im Interesse der Baugewerbe je eher behoben werden.

Da nun die Erledigung des Gesetzentwurfes durch die Legislative wesentlich auch von dem Eingreifen der Gemeinde Wien abhängt und durch die ehethunliche Stellungnahme derselben jedenfalls beschleunigt werden kann, ist es die unbestreitbare Pflicht des Gemeinderathes, die Angelegenheit sofort zur Berathung und Beschlussfassung zu bringen.

Die Gefertigten erlauben sich daher an den Herrn Bürgermeister die Anfrage zu stellen:

Wann gedenkt der Herr Bürgermeister den eingangs erwähnten Antrag betreffs Stellungnahme zu dem Gesetzentwurfe durch eine an beide Häuser des Reichsrathes zu richtende Eingabe zur Verhandlung zu bringen?

Bürgermeister: Ich habe die Ehre, hierauf Folgendes zu erwidern: Die Angelegenheit geht ihren ordnungsmäßigen Weg und wird rechtzeitig erledigt werden.

Schriftführer Gem.-Rath Schuh (liest):

10. Interpellation der **Gem.-Räthe Dr. Vogler, Dr. Nechansky** und Genossen (Rufe links: O je!):

In der gegen Herrn Josef Strobach angeordneten, am 21. November dieses Jahres beim k. k. Bezirksgerichte Alsergrund stattgefundenen Ehrenbeleidigungsverhandlung wurden drei der obersten Beamten des Wiener Magistrates wegen ihres Ausbleibens von der Gerichtsverhandlung, zu welcher sie als Zeugen vorgeladen waren, mit Geldstrafen belegt.

Dieses Vorkommnis ist zweifellos geeignet, das Ansehen des Magistrates als politischer Behörde erster Instanz (Widerspruch links) der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien zu beeinträchtigen.

Da der Bürgermeister als Chef der Verwaltung das Ansehen der Behörde und der Communalverwaltung zu wahren verpflichtet ist, und alles hintanzuhalten hat, wodurch eine Beeinträchtigung dieses Ansehens herbeigeführt werden könnte, so stellen die Gefertigten die Anfrage:

Hat der Herr Bürgermeister von der Vorladung der drei Herren als Zeugen Kenntnis gehabt?

Warum hat er nicht das Erforderliche veranlasst, damit die drei Herren ihrer Zeugenpflicht genügen konnten?

Bürgermeister: Das Erkenntnis des Richters, durch welches sowohl der zweite Herr Vice-Bürgermeister Dr. Neumayer, sowie die Herren: Magistratsdirector Tachau, Magistrats-Vice-Director Preyer, sowie der Herr Oberbuchhalter Nelböck zu je 50 fl. Geldstrafe wegen Nichterfüllung der Zeugenpflicht verfällt wurden, kann bei niemandem eine Beeinträchtigung des Magistrates und der übrigen städtischen Ämter herbeiführen, weil ja derartige Ordnungsstrafen nur gegen die Person, nicht aber gegen das Amt gerichtet sind. (Gem.-Rath Matzenauer: Hört! Hört!)

Nach meiner Anschauung sind übrigens die genannten Zeugen verpflichtet gewesen, so zu handeln, wie sie es gethan haben, und muss daher jeder, welcher die Natur der städtischen Verwaltung kennt, dieses Vorgehen nur billigen. (Widerspruch rechts. — Gem.-Rath Dr. Nechansky macht einen Zwischenruf.) Ich bitte, nicht zu unterbrechen, Herr Dr. Nechansky, Sie haben nicht das Wort, ich rufe Sie zur Ordnung. . . . Die städtischen Beamten müssen die gleichen Rechte wie die staatlichen Beamten haben, da es ja sonst gar nicht möglich wäre, die Disciplin aufrecht zu erhalten und den Gang der Verwaltung zu sichern.

Es handelt sich nach dem Gesagten um eine principielle Frage von hoher Bedeutung, und es kann weder mir, noch den erwähnten Herren Zeugen zugemuthet werden, aus Furcht vor der in gewissen

Blättern veranstalteten Hetze von ihrem Standpunkte abzuweichen. Soviel mir bekannt, werden die genannten Herren Zeugen, sobald sie in den Besitz der amtlichen Ausfertigung des von den Herren Interpellanten erwähnten Erkenntnisses des ersten Herrn Richters gelangt sein werden, hiegegen die ihnen nach dem Gesetze zustehenden Rechtsmittel ergreifen. (Beifall links.)

Schriftführer Gem.-Rath Schuh (liest):

11. Anfrage, gestellt vom **Gem.-Rathe Lehofer:**

In der Tages-Zeitschrift „Die Reichswehr" vom 24. November d. J. ist ein Artikel mit der Überschrift: „Eine Wendung in der Gasfrage" enthalten, welcher lautet:

„In der Entwicklung der Gasfrage ist eine Wendung eingetreten. Das Präsidium des Gemeinderathes von Wien verhandelt mit der englischen Gasgesellschaft wegen käuflicher Erwerbung der derselben gehörigen Gaswerke. Die parallel mit diesen Verhandlungen laufenden Vorbereitungen zum Baue eines neuen städtischen Gaswerkes werden dilatorisch behandelt, da man sich in dieser Richtung nicht binden möchte und andererseits weder des Pressionsmittels, welches in denselben gelegen ist, zu entrathen vermag, noch auch schon so weit gelangt ist, dass man es wagen könnte, von den Vorarbeiten für den Neubau abzusehen und mit der Erwerbung der bestehenden Werke als einem Factum zu rechnen" u. s. w.

Endesgefertigter stellt daher an den Herrn Bürgermeister die ergebenste Anfrage:

1. Beruhen diese Nachrichten über oben angeführte Verhandlungen auf Wahrheit, und ist

2. der Herr Bürgermeister gesonnen, darüber befriedigende Aufschlüsse im negativen Sinne zu geben?

Bürgermeister: Ich habe die Ehre, hierauf Folgendes zu erwidern:

Mir ist der von dem Herrn Interpellanten angezogene Artikel, welcher in der heutigen Nummer der „Reichswehr" erschienen ist, bekannt, und ich kann nur erklären, dass derselbe vom ersten bis zum letzten Worte erlogen ist. Mit der englischen Gasgesellschaft finden weder directe noch indirecte, weder mündliche noch schriftliche Verhandlungen statt, und die Vorbereitungen für den Bau sind so weit gediehen, dass die rechtzeitige Fertigstellung mit Sicherheit erwartet werden kann. (Bravo!)

Ich bitte den Herrn Schriftführer, die Anträge zur Verlesung zu bringen.

Schriftführer Gem.-Rath Bärtl (liest):

12. Antrag des **Gem.-Rathes Weitmann** und Genossen:

In kurzer Zeit wird Se. Majestät das 50jährige Regierungs-Jubiläum feiern.

Ganz Österreich rüstet sich bereits, um die Feier würdig zu begehen. Allen voran sollte jedoch in dieser Beziehung die Reichshaupt- und Residenzstadt leuchten, welcher Se. Majestät während der ganzen Regierungszeit stets die größte Huld gezeigt hat. Insbesondere hat sich unser erhabener Monarch stets als Förderer der Künste erwiesen, wie dies die Pracht- und Kunstwerke darthun, die während seiner Regierung in unserer Vaterstadt entstanden sind.

Die Erinnerungen an diesen Theil des erhabenen kaiserlichen Wirkens sollten daher bei diesem Anlasse in den historischen Sammlungen der Stadt Wien in künstlerischer Weise vereinigt werden.

Die Gefertigten erlauben sich daher folgenden Antrag zu stellen:

Der löbliche Gemeinderath wolle zum ewigen Gedächtnisse dieses denkwürdigen Ereignisses beschließen, für das historische Museum der Stadt Wien einen Heldenschild Sr. Majestät unseres Kaisers aus Bronze nach der beiliegenden Zeichnung anfertigen zu lassen, und den Herrn Director Dr. Glossi beauftragen, sich mit dem Künstler wegen Ausführung desselben ins Einvernehmen zu setzen.

Bürgermeister: An den Stadtrath.

Schriftführer Gem.-Rath Bärtl (liest):

13. Antrag des **Gem.-Rathes Eigner:**

Durch die im Verlaufe dieses Jahres und im Vorjahre zur Durchführung gelangten Erbauungen von Volks- und Bürgerschulen in der Schmerling- und Geblergasse im XVII. Bezirke wurde der Überfüllung der städtischen Volksschulen dieses Bezirkes nicht vollständig abgeholfen, nachdem schon jetzt wieder Spätclassen eingeführt werden mussten. Im Nachstehenden mache ich auf meinen Antrag vom 18. April 1893 nochmals aufmerksam, der dahin lautete, mit verhältnismäßig sehr geringen Kosten im Mittelpunkte des Bezirkes vier neue Lehrzimmer mit einem Fassungsraume für circa 250 bis 280 Schüler zu schaffen. Dieses Mittel besteht nämlich in dem Ausbaue des dritten Stockwerkes der beiden städtischen Schulgebäude in der Calvarienberggasse Nr. 31 und 33.

Im ersteren ist derzeit das k. k. Staatsgymnasium und im letzteren eine Knaben-Volks- und Bürgerschule untergebracht. Diese beiden Schulhäuser erscheinen in der Calvarienberggasse als ein einziges zwei Stock hohes Gebäude mit je einem drei Stock hohen Flügel an den beiden Enden. Die Front des Volkschulgebäudes in der Calvarienberggasse könnte nun, da die beiden Stiegenhäuser bereits vorhanden, auf billige und zweckmäßige Art ausgebaut und so vier neue Lehrzimmer gewonnen werden. Das äußere Ansehen dieser Gebäude würde hiebei nur gewinnen, da die anreihenden und gegenüberliegenden Häuser gleichfalls drei Stockwerke enthalten und derzeit in allen Bezirken Wiens die Schulgebäude drei Stock hoch erbaut werden.

Ich stelle den Antrag:

Der Gemeinderath der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien wolle beschließen:

Das Stadtbauamt werde beauftragt, ehestens ein Project zum Ausbaue des dritten Stockwerkes der beiden städtischen Schulhäuser im XVII. Gemeindebezirke, Calvarienberggasse 31 und 33, auszuarbeiten und rechtzeitig vorzulegen, damit dieser Bau womöglich noch in den nächstjährigen Hauptferien durchgeführt werden könnte.

Bürgermeister: An den Stadtrath.

Schriftführer Gem.-Rath Bärtl (liest):

14. Antrag des **Gem.-Rathes Schreiner** und Genossen:

Nachdem die Stiegenstufen und Stiegenabsätze im Wiener Rathhause derart glatt sind, dass es gefährlich ist, dieselbe zu passieren, und auch wiederholt Personen daselbst ausglitten und sich verletzten, so stellen die ergebenst Gefertigten nachstehenden Antrag:

Es sind die Stiegenstufen und Stiegenabsätze im Wiener Rathhause entweder mit Cocosfaserteppichen oder mit Linoleum zu belegen, und hat dieses noch in diesem Jahre zu geschehen.

Bürgermeister: An den Stadtrath.

Schriftführer Gem.-Rath Bärtl (liest):

15. Antrag des **Gem.-Rathes Dr. Mayreder** und Genossen:

Die Vollendung des Stadtbahnnetzes durch die Verkehrs-Commission steht zwar in naher Aussicht. Da jedoch aus dem Arbeitsprogramme dieser Commission die „Innere Ringlinie", sowie die „Radiallinien" ausgeschieden wurden, so bildet die Wiener Stadtbahn nur ein System von Hauptbahnen. Die Größe der gewählten Profile und Anlagen gestattet es nicht, dieses Netz nach Bedarf in die einzelnen Stadttheile zu verzweigen.

Die einzig mögliche und bei unseren mangelhaften Tramway- und Omnibus-Verhältnissen dringend nothwendige Ergänzung desselben können daher nur die in Aussicht genommenen elektrischen Bahnlinien bilden. Die endgiltige Aufstellung eines ausführlichen Programmes für ein organisches Netz solcher Localbahnen ist auch eine der wichtigsten Vorbedingungen zur Vollendung des General-Regulierungsplanes. Durch eine Verzögerung in dieser Hinsicht wird bei der fortschreitenden engen Verbauung einzelner Gebietstheile die richtige Lösung dieser im Zusammenhange stehenden Fragen wesentlich erschwert.

Wenn sich nun die Antragsteller auch bewusst sind, dass die derzeitige Gemeindevertretung namentlich durch die Wienflussregulierung und den Bau der städtischen Gaswerke mit kostspieligen technischen Arbeiten überhäuft ist, so muss doch die planmäßige Feststellung dieses Bahnnetzes als äußerst dringlich erkannt werden. Denn durch diese Feststellung wird überdies die Möglichkeit geboten, besonders wichtige Strecken einzeln auszuführen, während die Gesammtarbeit bei einer rechtzeitigen Vorbereitung des ganzen Projectes gerade in dem Zeitpunkte in Angriff genommen werden kann, wo durch die Vollendung der Verkehrsanlagen und der städtischen Gaswerke zahlreiche freigewordene Arbeitskräfte in unserer Vaterstadt nach neuer Arbeit drängen werden.

Die Gefertigten stellen daher folgenden Antrag:

Es sei zur dringlichen Berathung und endgiltigen Lösung aller auf ein elektrisches Bahnnetz in Wien bezughabenden Fragen eine Commission von sieben Mitgliedern einzusetzen, bestehend aus dem Gemeinderaths-Präsidium und je zwei Mitgliedern des Gemeinderathes und des Stadtrathes.

Bürgermeister: An den Stadtrath.

Schriftführer Gem.-Rath Wärtl (liest):

16. Antrag des **Gem.-Rathes Steiner** und Genossen:

Am 25. October 1892 erlaubte ich mir in der Sitzung des Gemeinderathes den Antrag auf Regulierung der Friedlgasse im XIX. Bezirke zu stellen, welcher Antrag bedauerlicherweise nicht im günstigen Sinne erledigt wurde. Durch die Eröffnung der Friedlgasse in die Krottenbachstraße wurde eine directe Verbindung mit der Sieveringer Hauptstraße hergestellt, so dass sich der Verkehr bedeutend gehoben.

Da aber der Zustand obgenannter Straße insbesondere bei schlechter Witterung ein trostloser ist, erlauben sich die Gefertigten den Antrag zu stellen:

Der Magistrat wird beauftragt, das Nöthige zur Regulierung der Friedlgasse im XIX. Bezirke zu veranlassen und dem Stadtrathe mit thunlichster Beschleunigung Bericht zu erstatten.

Bürgermeister: Wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeführt.

Schriftführer Gem.-Rath Wärtl (liest):

17. Antrag des **Gem.-Rathes Manner** und Genossen:

Nachdem viele Bürgerschullehrorgane Remunerationen, welche ihnen für die Ertheilung der Überstunden seit Beginn dieses Schuljahres gebüren, aber bis heute noch nicht ausbezahlt erhielten, stellen die Unterzeichneten folgenden Antrag:

Der Herr Bürgermeister wolle als Vorsitzender des Bezirksschulrathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien Vorsorge treffen, dass diese Remunerationen baldigst angewiesen und in Zukunft gleichzeitig mit den übrigen Bezügen zur Auszahlung gebracht werden.

Bürgermeister: An den Stadtrath.

Schriftführer Gem.-Rath Wärtl (liest):

18. Antrag des **Gem.-Rathes Dr. Fochler** und Genossen:

In der Erwägung, dass die ehemaligen ländlichen Vororte des XIX. Bezirkes jedes zeitgemäßen Verkehrsmittels mit der Stadt entbehren, wodurch alle Bewohner, insbesondere aber die Realitätenbesitzer wegen Mangels an Mietern empfindlich benachtheiligt sind, und dass diesem Übelstande durch eine Verlängerung der Linie Döbling der Wiener Tramway-Gesellschaft wenigstens einigermaßen hinsichtlich der ehemaligen Gemeinden Heiligenstadt und Grinzing abgeholfen werden könnte, stellt der Gefertigte den Antrag:

Der Gemeinderath wolle beschließen: der Magistrat werde ersucht, betreffend einer Fortsetzung der Linie Döbling der Wiener Tramway bis zur Geweygasse auf der Hohen Warte Erhebungen zu pflegen, beziehungsweise Verhandlungen mit der Wiener Tramway-Gesellschaft einzuleiten und hierüber binnen zwei Monaten zu berichten.

Bürgermeister: An den Stadtrath.

Schriftführer Gem.-Rath Wärtl (liest):

19. Antrag des **Gem.-Rathes Dr. Fochler** und Genossen:

Nach dem vorliegenden Projecte für die Donaucanallinie der Wiener Stadtbahn soll sich auf der — mehr als drei Kilometer langen — Strecke zwischen der Brigittabrücke und dem Heiligenstädter Bahnhofe keine Haltestelle befinden.

Bei dem Umstande, als die Bevölkerung der nordwestlichen Gebietstheile Wiens derzeit keinerlei zureichende Verbindung mit dem Inneren der Stadt hat, eine solche auch durch die Gürtel- und Vorortelinie der Stadtbahn nicht erhält, erscheint es dringend geboten, dass diese hochwichtige Verbindung auf der Donaucanallinie durch Errichtung einer Haltestelle an einem passenden Punkte hergestellt werde, da sonst diese Linie für den Personenverkehr der ehemaligen Gemeinden Ober- und Unter-Döbling ganz wertlos bleibt.

Der Gefertigte stellt daher den Antrag:

Der Gemeinderath wolle beschließen: Die der Verkehrs-Commission angehörigen Mitglieder des Gemeinderathes werden ersucht, mit allem Nachdrucke für eine Änderung des Projectes der Donaucanallinie der Wiener Stadtbahn einzutreten, wonach auf der Strecke zwischen der Brigittabrücke und dem Heiligenstädter Bahnhofe, und zwar in der Nähe der Radelmayer(Leidenfrost)gasse oder der Rampengasse im XIX. Bezirke eine Haltestelle errichtet werde.

Bürgermeister: An den Stadtrath.

Schriftführer Gem.-Rath Wärtl (liest):

20. Antrag des **Gem.-Rathes Hallmann:**

Schon seit Jahren ist in allen Bezirken der Übelstand, dass die unzähligen großen Fabriken, welche mit Dampf eingerichtet sind und die Dampfkraft mittels Kohle herstellen, eines der schlechtesten Kohlenmateriale hiezu verwenden, daher auch eine Rauchentwicklung und Ruß, sowie einen penetranten Geruch verbreiten, so dass die umliegenden Bewohner mitunter gezwungen sind, da sie, wenn sie die Fenster öffnen, durch die Rauch- und Rußentwicklung in ihrer Wohnung wie Rauchfangkehrer aussehen, auszuziehen, so stellen die Gefertigten an den Herrn Bürgermeister die Bitte,

den Magistrat beauftragen zu wollen, einen derartigen, einer Großstadt unwürdigen Zustand mit allen gesetzlichen Mitteln abzustellen, damit diesem sanitären Übelstande abgeholfen werde, und darauf zu dringen, dass diese Rauchfänge mit Rauchverzehrern neuester Construction versehen werden.

Bürgermeister: An den Stadtrath.

Schriftführer Gem.-Rath Wärtl (liest):

21. Antrag des **Gem.-Rathes Steiner** und Genossen:

Der Stadttheil des III. Bezirkes zwischen dem Rennweg und dem Arsenal ist in steter Entwicklung begriffen. Große Straßenzüge mit mächtigen Häusern, vollständig bewohnt, könnten ein reges geschäftliches Leben aufweisen, wenn die Verbindung zwischen der Kleistgasse und dem Rennweg hergestellt wäre. Die Kleistgasse ist in ihrem Theile gegen den Rennweg zu durch die Verbindungsbahn vollständig abgeschnürt. Es ist dies ein schwerer Übelstand, der von der dort wohnenden Bevölkerung schmerzlich empfunden wird.

Um auf die mittleren und oberen Gebiete des Rennweges zu gelangen oder umgekehrt, muss man den großen Umweg durch die Fasangasse machen. Darunter leiden Geschäftsleute sowie Schulkinder, weil das große Schulgebäude in der Kleistgasse auch für das Rennweggebiet bestimmt ist. Das Postamt befindet sich beim Aspangbahnhof, und ist der Verkehr mit diesem höchst zeitraubend.

Eine Abhilfe kann nur durch die Überbrückung der Verbindungsbahn getroffen werden, und wurde auch von Seite der Bewohner dieses Bezirkstheiles bereits im Vorjahre eine Denkschrift dem seinerzeit die Geschäfte der Gemeinde Wien führenden Bezirkshauptmanne Dr. v. Friebeis überreicht, welche jedoch bis heute noch keine Erledigung gefunden hat.

Nachdem die Überbrückung der Verbindungsbahn zwischen der Kleistgasse und dem Rennweg ein geradezu unentbehrliches Bedürfnis ist, so stellen die Gefertigten folgenden Antrag:

Der Magistrat wird beauftragt, bezüglich der Herstellung einer Verbindung der Kleistgasse mit dem Rennweg im III. Bezirke, die Verhandlungen mit der Direction der Verbindungsbahn einzuleiten und dem Gemeinderathe mit thunlichster Beschleunigung Bericht zu erstatten.

Bürgermeister: An den Stadtrath.

Schriftführer Gem.-Rath Wärtl (liest):

22. Antrag des **Gem.-Rathes Lorenz Müller** und Genossen:

Durch die Anlegung der Sammelcanäle ist jede Infection des Wassers im Donaucanale durch fäcal- und andere gesundheitsschädliche Stoffe unmöglich gemacht worden.

Es befinden sich auch keine gewerblichen Betriebe am oberen Theile desselben, wodurch das Wasser verunreinigt werden könnte.

Mit Rücksicht auf die veränderten Verhältnisse und vorbehaltlich der Äußerung des Physikates stellen die Gefertigten den Antrag:

Es möge das Geeignete veranlasst werden, dass von der Ausmündung der Gerhardusgasse angefangen bis zur Schleuse (Nussdorf) hinauf gestattet werde, aus dem Strombette des Donaucanales Eis zu entnehmen.

Durch die bedeutend verringerten Transportkosten und die leichtere Zugänglichkeit, welche sich gegenüber der derzeitigen Entnahmestelle von Natureis herausstellen würden, müsste der Eispreis sich um etwa 30 Percent billiger stellen als bisher.

Die am Donaucanale während des Sommers beschäftigten Arbeiter hätten auch im Winter lohnende Beschäftigung, wodurch also beigetragen würde, diesen Leuten die Noth des Winters weniger fühlbar zu machen.

Die Verbilligung eines für viele Gewerbetreibende gleich nothwendigen Artikels, welcher deren Regiekosten oft bedeutend

erhöht, wäre vielleicht ein zu beachtendes Glied in der Kette jener Maßnahmen, welche zwecks einer billigeren Approvisionierung der Wiener Bevölkerung unbedingt in Anwendung kommen müssen.

Bürgermeister: An den Stadtrath.

Wir schreiten zur Erledigung der Tagesordnung. Ich constatiere die Anwesenheit von mehr als 92 Gemeinderäthen und bitte den Herrn Collegen Hörmann zum Referate.

23. Referent Gem.-Rath Hörmann: Ich habe die Ehre, zur Zahl 9370 zu referieren. Es betrifft das Offertverhandlungs-Ergebnis von dem Grunde III., Hauptstraße 14 und 16. Es sind fünf Offerte eingelaufen, welche jedoch nicht den zu erzielenden Betrag vollkommen erreicht haben. Es wurden daher seitens des Magistrates wie auch des Stadtrathes dieselben abgelehnt. Nachdem aber der Verkaufspreis dieses Grundes den Betrag von 50.000 fl. übersteigt, so muss ein Landesgesetz erwirkt werden, und stellt der Stadtrath daher folgenden Antrag:

„Der Magistrat sei zu ermächtigen, wegen Erwirkung eines Landesgesetzes behufs Bewilligung zum Verkaufe der von der Realität Einl.-Zl. 858 und 859 im III. Bezirke, Hauptstraße 14 und 16, verbleibenden Grundflächen um den Minimalpreis von 125 fl. per Quadratmeter in der bevorstehenden Session des n.-ö. Landtages das Erforderliche zu veranlassen."

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger (den Vorsitz übernehmend): Wünscht einer der Herren das Wort? Wenn nicht, bitte ich diejenigen Herren, welche mit dem Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ich constatiere, dass der Antrag mit mehr als 70 Stimmen zum Beschlusse erhoben worden ist.

Beschluss: Der Magistrat wird ermächtigt, wegen Erwirkung eines Landesgesetzes behufs Bewilligung zum Verkaufe der von der Realität Einl.-Zl. 858 und 859 im III. Bezirke, Hauptstraße 14 und 16, verbleibenden Grundflächen um den Minimalpreis von 125 fl. per Quadratmeter in der bevorstehenden Session des n.-ö. Landtages das Erforderliche zu veranlassen.

24. Referent Gem.-Rath Hörmann: Zur Zahl 5396: Josef Marek um Baubewilligung im IX. Bezirke, Ackergasse 1 und Spitalgasse 27. Es betrifft dies die Überlassung eines Straßengrundes zur Herstellung von 2 Risaliten in der Ackergasse 1 und Spitalgasse 27 in der Länge von 4·35 m und 15 cm Vorsprung und in der Länge von 4·10 m und 15 cm Vorsprung — das macht zusammen 1·27 m² — um den Preis von 84 fl. per Quadratmeter, also um den Gesammtbetrag von 106 fl. 68 kr. Der Stadtrath beantragt die nachträgliche Genehmigung der Überlassung dieses Grundes. Ich ersuche um Ihre Zustimmung.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Wünscht einer der Herren das Wort? (Niemand meldet sich.) Wenn nicht, so bitte ich jene Herren, welche mit dem Antrage des Stadtrathes einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist mit mehr als 70 Stimmen zum Beschlusse erhoben.

Beschluss: Die Überlassung des zur Anlage von zwei Risaliten (je 0·15 m Vorsprung und 4·35 m beziehungsweise 4·1 m Länge) beim Hause IX., Ackergasse 1, Spitalgasse 27, erforderlichen Straßengrundes per 1·27 m² um den Preis von 84 fl. per Quadratmeter, d. i. um den Betrag von 106 fl. 68 kr., an Josef Marek wird nachträglich genehmigt.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr College Dr. Mayreder zum Referate.

25. Referent Gem-Rath Dr. Mayreder: Zur Zahl 9377: Herr Julius Deininger noe. der Witwen- und Waisensocietät des Wiener medicinischen Doctoren-Collegiums um Baubewilligung im I. Bezirke, Rothenthurmstraße 21 und 23, respective um Überlassung von Risalitgründen. Die ursprünglich vereinbarten Risalitgründe sollen nämlich im Ausmaße überschritten werden, und es soll daher das Mehrausmaß der Risalitgründe um den Preis von 900 fl. per Quadratmeter überlassen werden. Der Stadtrath beantragt also die Überlassung dieser Gründe im Mehrausmaße von 0·466 m², das ist also um den Betrag von 419 fl. 40 kr. Ich empfehle Ihnen diesen Antrag zur Annahme.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Wünscht einer der Herren das Wort? (Niemand meldet sich.) Wenn nicht, so bitte ich jene Herren, welche mit dem Antrage des Stadtrathes einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist mit mehr als 70 Stimmen zum Beschlusse erhoben.

Beschluss: Der zur Anlage von Thorportalen beim Hause der Witwen- und Waisen-Societät des Wiener medicinischen Doctoren-Collegiums I., Rothenthurmstraße 21 und 23, in Anspruch genommene Grund im Mehrausmaße von 0·466 m² wird um den Preis von 900 fl. per Quadratmeter, d. i. um den Betrag von 419 fl. 40 kr. überlassen.

26. Referent Gem.-Rath Dr. Mayreder: Zur Zahl 9521 liegt das Offert der k. k. Staatsbahn-Direction, betreffend den Tausch, respective den Ankauf von städtischen Parcellen in Unter-Baumgarten gegen Parcellen in Hütteldorf behufs Errichtung einer Arbeiterbaracke auf ersterwähnten Gründen, vor. In dieser Angelegenheit hat zwischen der Gemeinde und der Staatsbahn-Direction eine längere Unterhandlung stattgefunden.

Die Staatsbahn-Direction wollte die compensationsweise Anrechnung der Gründe in Hütteldorf gegen Überlassung derjenigen in Baumgarten. Der Magistrat aber und in Übereinstimmung mit ihm der Stadtrath schlägt vor, die Gründe in Hütteldorf mit 2 fl. per Quadratmeter anzurechnen, während der der Gemeinde gehörige Grund in Baumgarten mit 3 fl. angerechnet werden soll.

Ich empfehle diesen Antrag zur Annahme.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Wünscht einer der Herren das Wort? (Niemand meldet sich.) Wenn nicht, so bitte ich diejenigen Herren, welche mit dem Antrage des Stadtrathes einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist mit mehr als 70 Stimmen zum Beschlusse erhoben.

Beschluss: Das von der k. k. Staatsbahn-Direction Wien mit Note vom 19. September 1896, Z. 37400, vorgelegte Offert, betreffend den Tausch eines städtischen Grundcomplexes, bestehend aus Theilen der Cat.-Parc. 303/1 und 303/3 in Unter-Baumgarten, im beiläufigen Ausmaße von 1200 m², gegen eine Grundfläche von circa 1440 m², bestehend aus Theilen der Cat.-Parc. 466, 465 und 915 in Hütteldorf, beziehungsweise den Ankauf des ersteren Grundes zu Zwecken der Errichtung einer Arbeiterbaracke wird unter nachfolgenden Bedingungen angenommen:

1. Der Kauf- beziehungsweise Tauschwert des städtischen Grundes wird mit drei Gulden, jener des

eisenbahnärarischen mit zwei Gulden per Quadratmeter bestimmt. Es ist demnach im Falle des Kaufes ein Kaufpreis von dreitausendsechshundert Gulden (3600 fl.), im Falle des Tausches eine Aufzahlung von siebenhundertzwanzig Gulden (720 fl.) an die Gemeinde Wien zu leisten, vorbehaltlich einer Mehr- oder Minderforderung nach dem Ergebnisse der gemeinschaftlich vorzunehmenden genauen Vermessung der beiderseitigen Gründe.

2. Es wird die sofortige Occupierung des städtischen Grundes, und zwar im Falle des Tausches gegen einen Anerkennungszins von fünf Gulden pro Jahr, im Falle des Kaufes gegen eine 3percentige Verzinsung des Kaufpreises bis zum Tage der formellen Vertragsausfertigung beziehungsweise Einzahlung des Kaufpreises gestattet.

3. Die Einmündungsgebür für die Einmündung des Hauscanales in den Sammelcanal wird mit dreihundert Gulden (300 fl.), zahlbar in zwei Raten, die erste mit erfolgter Einmündung, die zweite binnen Jahresfrist darauf, bemessen.

4. Die Abgabe von Wasser aus der Albertinischen Wasserleitung wird unter nachstehenden Bedingungen gewährt:

a) Die Anbohrung der Wasserleitung und die Abzweigung ist von Organen der Gemeinde auf Kosten des k. k. Ärars auszuführen. Dagegen bleibt es der k. k. Staatsbahn-Direction freigestellt, die Wasserleitungs-Installation im Inneren des Hauses, sowie die Closetspülung durch einen befugten Gewerbsmann herstellen zu lassen.

b) Die Wasserbezugsgebür wird mit 4 fl. 60 kr. per Hektoliter und Jahr (Wasserentgelt und Betriebsspesen) bemessen und ist in vierteljährlichen Anticipativraten an die städtische Hauptcassa-Abtheilung für den XIII. Bezirk zu entrichten; hiebei werden die Monate, in welche der Beginn und das Ende des Wasserbezuges fallen, als voll gerechnet.

c) Es ist ein bestimmtes Bedarfsquantum in Hektolitern pro Tag vorher anzumelden. Die Abgabe des angemeldeten Wasserquantums erfolgt durch continuierlichen Zulauf innerhalb 24 Stunden mittels Zumessvorrichtung.

d) Der Wasserbezug wird auf unbestimmte Zeit gegen beiden Theilen zustehende achttägige Kündigung vereinbart.

e) Die Gemeinde Wien übernimmt keine Haftung, falls der Wasserzufluss durch Leitungsgebrechen, geringere Ergiebigkeit der Leitung oder aus anderen Gründen Störungen erleidet.

f) Bei Einstellung des Wasserbezuges ist die Cassierung der Abzweigungsleitung und die Herstellung des früheren Zustandes auf Kosten der k. k. Staatsbahn-Direction vorzunehmen.

g) Über obige Bedingungen wird ein schriftlicher Vertrag errichtet.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr College Dr. Kupka!

27. Referent Gem.-Rath Dr. Kupka: Ich habe die Ehre, zur Zahl 9401 zu referieren: Die k. k. Post- und Telegraphen-Direction, betreffend die grundbücherliche Abschreibung eines Theiles der Cat.-Parc. 302/35 Währing.

Das k. k. Ärar ist nämlich Eigenthümer der Baustelle Nr. 4, wie Sie aus dem Plane in Ihren Händen ersehen. Zwischen dieser Realität und der Straße liegt ein Grundstreifen, der mit g x r o g umschrieben ist, im Ausmaße von 1·31 m². Diesen Grundstreifen hat seinerzeit die Gemeinde Wien zufolge Gemeinderaths-Beschlusses vom 13. October 1896 von den Eheleuten Schneider gekauft. Nun will die Post- und Telegraphen-Direction eine Anlage auf dieser Parcelle 4 machen, und zwar für die Rohrpost.

Die Post- und Telegraphen-Direction ersucht daher, man möge ihr den Preis für diesen Grundstreifen, welchen sie zur Verbauung braucht, bekanntgeben. Das Bauamt hat den Preis mit 20 fl. per Quadratmeter erhoben, und macht dies für diesen Grundstreifen 26 fl. 20 kr. aus. Der Stadtrath stellt daher den Antrag (liest):

„Die grundbücherliche Abschreibung des im Plane mit den Buchstaben g x r o g umschriebenen Theiles der Cat.-Parc. 302/35 Währing, dermalen noch in der Einl.-Z. 1840 inneliegend, im Ausmaße von 1·31 m² wird gegen dem bewilligt, dass der Eigenthümer der Baustelle Einl.-Z. 715 Währing, vor Verbauung derselben einen Einheitspreis von 20 fl. per Quadratmeter an die Gemeinde Wien bezahlt und die Vertragskosten und die Kosten der grundbücherlichen Abschreibung trägt."

Ich bitte um Genehmigung dieses Antrages.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Wünscht einer der Herren das Wort? (Niemand meldet sich.) Wenn nicht, so bitte ich jene Herren, welche mit dem Stadtraths-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ich constatiere, dass der Antrag mit mehr als 70 Stimmen zum Beschlusse erhoben wurde.

Beschluss: Die grundbücherliche Abschreibung des im Plane mit den Buchstaben g x r o g umschriebenen Theiles der Cat.-Parc. 302/35 Währing, dermalen noch in der Einl.-Z. 1840 inneliegend, im Ausmaße von 1·31 m² wird gegen dem bewilligt, dass der Eigenthümer der Baustelle Einl.-Z. 715 Währing, vor Verbauung derselben einen Einheitspreis von 20 fl. per Quadratmeter an die Gemeinde Wien bezahlt und die Vertragskosten und die Kosten der grundbücherlichen Abschreibung trägt.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr College Weitmann zum Referate.

28. Referent Gem.-Rath Weitmann: Ich habe die Ehre, zu referieren zur Zahl 6096. Es handelt sich hier um die Baubewilligung, respective um die Überlassung eines Grundes für Risalite, und zwar mit einem Vorsprunge von 0·15 m und einer Länge von 5·62 beziehungsweise 5·87 m.

Der Stadtrath stellt den Antrag (liest):

„Nachträgliche Genehmigung der Überlassung des zur Anlage von zwei Risaliten (je 0·15 m Vorsprung und 5·62 m beziehungsweise 5·87 m Länge) erforderlichen Straßengrundes per 1·73 m² gegen Abzug dieser Fläche im dreifachen Ausmaße von dem zur Straßenverbreiterung abzutretenden Grunde."

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Wünscht einer der Herren das Wort? Wenn nicht, so bitte ich jene Herren, welche mit dem Referenten-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist mit mehr als 70 Stimmen zum Beschlusse erhoben.

Beschluss: Die Überlassung des zur Anlage von zwei Risaliten (je 0·15 m Vorsprung und 5·62 m beziehungsweise 5·87 m Länge) beim Hause VII., Neustiftgasse 58, Myrthengasse 12, erforderlichen Straßengrundes per 1·73 m² an Josef Freih. v. Dahlen gegen Abzug dieser Fläche im dreifachen Ausmaße von dem zur Straßenverbreiterung abzutretenden Grunde wird nachträglich genehmigt.

29. Referent Gem.-Rath Weitmann: Zahl 6299. Samuel Steiner um Consens zum Umbaue der Realität VII., Burggasse 72. Es ist hier eine kleine Grundtransaction erforderlich, wie Sie aus dem Plane ersehen und welche darin besteht, dass die Gemeinde dem Betreffenden 0·34 m² Grund abtritt, wogegen er der Gemeinde 2·62 m² für den Straßengrund gibt. Der Stadtrath stellt den Antrag (liest):

„Es sei die Grundtransaction, welche darin besteht, dass der Bauwerber für den in die Verbauung einzubeziehenden Grund per 0·34 m² den gesammten von dieser Realität abzutretenden Grund per 2·62 m² der Gemeinde Wien ohne Aufzahlung überlassen will, nachträglich zu genehmigen."

Ich bitte um Genehmigung dieses Antrages.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr Gem.-Rath Tagleicht!

Gem.-Rath Tagleicht: Laut der Tagesordnung ist dieses Stück im Stadtrathe am 6. August erledigt worden. Ich frage nun, mit Rücksicht darauf, dass hinsichtlich der Genehmigung des Ansuchens eines Bauwerbers eine so große Verspätung vorliegt, den Herrn Referenten, welche Gründe er dafür anzugeben weiß, dass das Ansuchen des Gesuchswerbers erst heute im Gemeinderathe zur Verhandlung kommt?

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Es ist Sache des Bürgermeisters, zu bestimmen, welche Gegenstände im Gemeinderathe zur Verhandlung gelangen. Ich würde daher den geehrten Herrn Redner einladen, seine Anfrage nicht an den Herrn Referenten, welcher dafür nicht verantwortlich gemacht werden kann, zu richten, sondern an den Herrn Bürgermeister, und zwar in Form einer Interpellation.

(Gem.-Rath Tagleicht meldet sich zum Wort.)

Herr Gem.-Rath Tagleicht zum zweitenmale!

Gem.-Rath Tagleicht: Ja, zum zweitenmale! Ich nehme die Äußerung des Herrn Vice-Bürgermeisters zur Kenntnis. Es ist ganz richtig, dass der Herr Bürgermeister diejenigen Gegenstände zu bestimmen hat, die im Gemeinderathe zur Verhandlung kommen, allein, ich hätte den Gegenstand vielleicht nicht zur Sprache gebracht, wenn nicht heute Herr Bürgermeister Strobach Anlass genommen hätte, eine Interpellation, die ich an ihn gestellt und in welcher ich behauptet habe, dass das Bauwesen einen schleppenden Gang nimmt, eine Ansicht, die vollständig berechtigt und begründet ist, dahin zu beantworten, dass er meine Ansicht zurückwies, und zwar hat er dies in einer Weise gethan, die ganz und gar unstatthaft ist. Ich als Gewerbsmann kann das ruhig behaupten.

Wenn ich mich nun aber als Gemeinderath über diese Beantwortung des Herrn Bürgermeisters sofort äußern wollte, so käme ich in die Enge. Warum? Weil die Geschäftsordnung mir nicht gestattet, eine Interpellations-Beantwortung des Herrn Bürgermeisters zu kritisieren. Hingegen steht es mir frei, in der Debatte zu erklären, dass ich die Äußerung des Herrn Bürgermeisters in dem vorliegenden Falle als erwiesen unrichtig betrachte.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Ich habe den Herrn Redner ruhig aussprechen lassen, aber ich mache ihn darauf aufmerksam, dass es auch nicht einmal angeht, indirect eine Besprechung einer Interpellationsbeantwortung zu veranlassen. (Gem.-Rath Tagleicht: O bitte, das steht nicht in der Geschäftsordnung, ist also erlaubt!) Ich bin ja für die Geschäftsordnung nicht verantwortlich, ich habe das den Herren wiederholt gesagt. Der betreffende Herr Redner war bei der Feststellung der Geschäftsordnung mitthätig, er muss sich die Schuld daher selbst mit zuschreiben. (Heiterkeit links.)

Ich ersuche jene Herren, welche mit dem Antrage des Stadtrathes einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ich constatiere, dass der Antrag mit mehr als 70 Stimmen zum Beschlusse erhoben ist.

Beschluss: Die Grundtransaction, welche darin besteht, dass der Bauwerber Samuel Steiner für den beim Hause VII., Burggasse 72, in die Verbauung einzubeziehenden Grund per 0·34 m² den gesammten von dieser Realität abzutretenden Grund per 2·62 m² der Gemeinde Wien ohne Aufzahlung überlassen will, wird nachträglich genehmigt.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Es kommt nunmehr Herr Bürgermeister Strobach zum Referate.

30. Referent Bürgermeister Strobach: Ich habe die Ehre, zu referieren über Zahlen 8953, 4759 und 4760. Im Budget der Stadt Wien für das Jahr 1896 ist im Abschnitte „Bedeckung" die Begebung von 3,683.910 fl. = 7,367.820 K Nominale des 35-Millionen-Kronen-Anlehens vorgesehen, beziehungsweise durch die seitens des zur einstweiligen Besorgung der Geschäfte der Gemeinde Wien bestellt gewesenen k. k. Bezirkshauptmannes getroffene Verfügung vom 19. December 1895, Z. 9050, genehmigt, mit welchem das Budget pro 1896 in der nunmehr vorliegenden Zusammenstellung genehmigt worden ist. Nach dem Berichte der städtischen Buchhaltung vom 7. October 1896, Z. 12646, sind aus den genannten Anlehensgeldern im Jahre 1896 noch zu bestreiten:

1. Für den Ausbau und die Fertigstellung der Hochquellenleitung in der Zeit bis 31. December 1896 ein Betrag von rund 1 Million Gulden = 2 Millionen Kronen.

2. An Refundierungen an die eigenen Gelder im Betrage von 644.363 fl. 63 kr. = 1,288.727 K 26 h, sonach in Summe 1,644.363 fl. 63 kr. = 3,288.727 K 26 h. Begeben wurden davon im Jahre 1896 von dem Herrn landesfürstlichen Commissär 640.000 K, von dem Bürgermeister laut Plenar-Beschluss des Gemeinderathes vom 3. Juli 1896, Z. 4949, 646.000 K, laut Stadtraths-Beschluss vom 19. Juni 1896, Z. 4760, 81.700 K und laut Stadtraths-Beschluss vom 19. Juni 1896, Z. 4759, 31.100 K. Ferner wurde eine Serie, welche noch nicht begeben ist, gezogen im Betrage von 5000 K.

Endlich habe ich an die Communal-Sparcassa Hernals am 12. d. M. einen Betrag von 200.000 K und an die Communal-Sparcassa Rudolfsheim am 18. d. M. einen Betrag von 300.000 K begeben, so dass in Summe von dem Betrage von 7,367.820 K

ein Betrag von 1,903.800 K begeben ist und noch ein Betrag von 5,564.020 K übrig bleibt.

Zur unbehinderten Cassabewegung mit 31. October 1896 war nach Anschauung des Herrn Cassendirectors ein Betrag von 800.000 K noch vor dem 31. October erforderlich, und habe ich auf Grund der mir vom Stadtrathe am 28. October d. J. gegebenen Ermächtigung zur Begebung eines an diesem Tage als nothwendig ausgewiesenen Anlehensbetrages eine mit vier Percent verzinsliche, in 14 Tagen rückzahlbare, schwebende Schuld per 800.000 K am 29. October d. J. aufgenommen, nachdem sich diese Art der Geldbeschaffung für die Gemeinde günstiger stellt, als es eine am 29. October möglich gewesene Begebung des Wasserleitungs-Anlehens war.

Die Bestimmung des Begebungscourses steht mir nach dem Gemeinderaths-Beschlusse vom 10. Mai 1893, Z. 2634, zu. Ich möchte hier ausdrücklich aufmerksam machen, dass der Stadtrath competent ist, diese Beschlüsse zu fassen, und bringe ich sie nur vorsichtshalber, besonders auf Wunsch des Herrn Vice-Bürgermeisters Dr. Lueger, welcher immer auf dem Standpunkte steht, dass dem Plenum des Gemeinderathes womöglich alles mitgetheilt werden soll, hier im Plenum zur Behandlung. Sonst könnte die Angelegenheit vom Stadtrathe erledigt werden, nachdem der Betrag budgetmäßig bedeckt ist. Ich erlaube mir daher, namens des Stadtrathes folgende Anträge zu stellen (liest):

„1. Die zufolge Stadtraths-Beschlusses vom 19. Juni 1896, Zl. 4759 und 4760, erfolgte Begebung eines Betrages von 31.100 K aus dem 35-Millionen-Kronen-Anlehen an die Rosina Tumal'sche Waisenstiftung, sowie eines Betrages von 81 700 K an den Bürgerspitalsfond zum Course von 100 fl. wird nachträglich genehmigt.

2. Die am 29. October 1896 erfolgte Aufnahme einer schwebenden Schuld per 800.000 K, rückzahlbar in 14 Tagen, verzinslich mit 4 Percent, wird zur genehmigenden Kenntnis genommen.

3. Der am 12. November 1896 vom Bürgermeister vollzogene Verkauf von Kronenrenten im Betrage von 200.000 K Nominale des 35-Millionen-Kronen-Anlehens an die Communal-Sparcassa Hernals wird nachträglich genehmigt.

4. Der am 18. November 1896 vom Bürgermeister vollzogene Verkauf von Kronenrenten im Betrage von 300.000 K Nominale des 35-Millionen-Kronen-Anlehens an die Communal-Sparcassa Rudolfsheim wird nachträglich genehmigt.

5. Der Bürgermeister wird ermächtigt, zur Deckung von Auslagen, welche sich pro November und December 1896 ergeben werden, von dem budgetmäßig zur Begebung in diesem Jahre verbliebenen Anlehenstheilbetrage per 5,969.020 K des 35-Millionen-Kronen-Anlehens Beträge nach Bedarf bis zum Höchstausmaße von 3,500.000 K zu veräußern."

Ich bitte um Annahme des Stadtraths-Antrages.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr College Mayer!

Gem.-Rath Mayer: Der Herr Bürgermeister als Referent hat wohl ganz richtig bemerkt, dass es eigentlich nicht nothwendig wäre, dass das Referat über Beträge, die aus dem 35-Millionen-Kronen-Anlehen begeben werden, dem Plenum neuerlich erstattet werde. Es ist, als dieses Wasseranlehen damals in Verhandlung gestanden ist, ein Antrag von dieser Seite gestellt worden, der dahin gegangen wäre, dass weitere Emissionen als die erste, welche damals auf 6¼ Millionen Gulden gelautet hat, dem Gemeinderathe neuerlich vorgelegt werden, und dass der Gemeinderath verfügt, in welcher Höhe, wann und wie solche weitere Emissionen geschehen sollen, und sollte es selbstverständlich nur dem Bürgermeister freigelassen werden, zu dem möglich besten Course diese Begebung zu veranlassen.

Dieser Antrag ist damals leider abgelehnt worden, und heute liegt uns eine Reihe von Anträgen vor, und es wird mir der Herr Vorsitzende, wiewohl er in einer Sitzung vor nicht gar langer Zeit mich — ich möchte sagen, in etwas zu freundlicher Weise, um nicht ein anderes Wort zu gebrauchen — gefragt hat, ob ich nicht eine weitere Frage an den Herrn Referenten zu richten habe, es nicht übel nehmen, wenn ich erkläre, dass ich verschiedene Fragen an den Referenten zu stellen habe, die sich nur darum ergeben, weil das Referat Zweifel übrig lässt und nicht in Einklang und genaue Übereinstimmung zu bringen ist mit dem, was in dem über diesen Gegenstand uns früher vorgelegten Referate enthalten ist, und auch nicht in Einklang zu bringen ist mit den Stadtraths-Beschlüssen, umsomehr, als jetzt im Referate eine Behauptung aufgestellt wurde, die ich mir erlauben werde, an der Hand der Protokolle zu berichtigen.

Ich will daher auf die einzelnen Punkte übergehen. Der erste Punkt lautet (liest):

„1. Die zufolge Stadtraths-Beschlusses vom 19. Juni 1896, Zl. 4759 und 4760, erfolgte Begebung eines Betrages von 31.000 K — ich bitte, den Betrag etwas im Gedächtnisse zu behalten — aus dem 35-Millionen-Kronen-Anlehen an die Rosina Tumal'sche Waisenstiftung, sowie eines Betrages von 81.700 K an den Bürgerspitalsfond zum Course von 100 fl. wird nachträglich genehmigt."

Ich habe schon erwähnt, dass der Gemeinderath keine Ingerenz auf die Begebung und den Cours hat; es ist dem Bürgermeister überlassen, einen möglichst günstigen Cours zu erreichen.

Ich erlaube mir, hier auf eine Differenz im Betrage aufmerksam zu machen, die erst in den jetzigen sogenannten neuen Anträgen enthalten ist, da sowohl in der Stadtraths-Sitzung vom 19. Juni, Amtsblatt Nr. 51, Seite 711, wo damals der Herr Stadtrath Hraba Referent war, nicht von einem Betrage von 31.100 K die Sprache ist, auch nicht in den weiteren Theilen des Antrages, der jetzt an den Stadtrath gekommen ist, und zwar am 28. October 1896, auch nicht in dem letzten Antrage, der uns vorgelegen ist, aber wieder zurückgezogen wurde und der die Beschlüsse des Stadtrathes vom 28. October enthält. In allen diesen von mir erwähnten Beschlüssen, die den Stadtrath passierten, ist nicht von einem Betrage von 31.100 K, sondern von einem Betrage von 33.100 K die Rede. Meine Frage geht dahin, wie ist diese Differenz von 2.000 K zu rechtfertigen?

Ist das wieder — es kommt in letzter Zeit häufig vor — ein sogenannter „Druckfehler"? Wurden wirklich nur 31.100 K begeben, was ich bedauern würde, weil sich dann der Fehler wie ein rother Faden durch die früheren Stadtraths-Beschlüsse ziehen würde?

Die zweite Frage, die zum Gegenstande passt, ist folgende: Auch das kann ich mir denken, und ich deduciere es aus den Stadtraths-Beschlüssen vom Juni, nicht October — es ist aus dem hier nicht ersichtlich — dass die Refundierung des Reinerträgnisses des Bürgerspitalfondes, circa 81.700 fl., das Gebüren-Äquivalent vorstellen, nicht wahr? Ich denke, es wird so sein; es wird davon jetzt nicht gesprochen werden, aber ich nehme nach eigener

Erfahrung an, dass ein Cours von 100 fl. in Anrechnung gebracht wurde. Als ein neugieriger Mensch, als der ich das letztemal stigmatisiert wurde, drängt sich mir die Frage auf, ist der Cours auf 100 fl. gestanden? Denn wenn der Cours nicht so hoch stand, so müsste das, wie es jetzt modern geworden, als ein Geschäft „in sich" betrachtet werden, welches die Gemeinde mit dem Bürgerspitalsfonde macht. Ich bitte, mir diese beiden Fragen zu beantworten.

Ich weiß nicht, ob es gleich geschieht oder auch später, sonst würde ich auch noch zu den nächsten Punkten sprechen. Es hängt ja alles zusammen.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Ich bitte, nur alles vorzubringen.

Gem.-Rath Mayer (fortfahrend): Ich schreite zum zweiten Punkte. Die Herren wissen, dass ich sachlich und nicht polemisch bin; ich will ja nur Aufklärungen, wie es meine Pflicht ist. Zufolge Punkt 2 wäre die am 29. October erfolgte Aufnahme einer schwebenden Schuld per 800.000 K, rückzahlbar in 14 Tagen, verzinslich zu 4 Percent, zur genehmigenden Kenntnis zu nehmen.

Ich glaube, wenn wir auch den Verkauf damals aus der Hand gegeben haben, so haben wir nicht die Aufnahme eines Darlehens — und eine schwebende Schuld ist doch ein Darlehen (Ruf rechts: Sehr richtig!) — aus der Hand gegeben, und der § 52 des Gemeinde-Statutes schreibt in diesem Falle vor: dass Darlehen, wenn sie über einen Betrag von 10.000 fl. gehen, dem Gemeinderathe zur Genehmigung früher vorgelegt werden müssen. Also die schwebende Schuld ist ein Darlehen, auch wenn die Rückzahlung in 14 Tagen stattfindet.

Es gibt verschiedene Mittel, Wege und Orte, wo man Geld beschaffen kann. Ich muss gestehen, wenn auch der Zinsfuß heute ein hoher ist, so ist doch der Zins zu 4 Percent für die Gemeinde ein etwas hoher. (Widerspruch und Gelächter links.)

Die Herren werden ja mit dem Lachen zu Ende sein?

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Darf ich bitten, den Herrn Redner nicht zu unterbrechen. Der Herr Bürgermeister wird ja dann ruhig darauf antworten.

Gem.-Rath Mayer (fortfahrend): Ich weiß gewiss, dass ich über alles Auskunft erhalte; Gelächter ist aber keine Auskunft.

Es wird sich der Herr Vorsitzende erinnern, es gibt regelmäßig im Jahre Zeiten, wo die Eingänge an Steuern u. s. w. unregelmäßige und geringere sind, so dass die Gemeinde jedes Jahr in die unangenehme Lage versetzt wird, für kurze Zeit Geld aufzunehmen. (Ruf Leider!) Gut, leider! Ich erinnere mich aber, dass seit vielen, vielen Jahren und auch zur Zeit, als ich die Ehre hatte, dem Stadtrathe anzugehören, schwebende Schulden in bedeutend höherem Betrage aufgenommen wurden. Wir haben aber das Geld bedeutend billiger bekommen, allerdings von einer Anstalt, die Ihnen nicht sympathisch war und es auch vielleicht heute nicht ist. Es waren die Creditanstalt und Escompte-Bank, die der Gemeinde die coulantesten Bedingungen gestellt haben, und zwar weit unter 4 Percent. Ich weiß nicht, wo sich die Herren diesmal das Geld verschafft haben. Man wird es ja gewiss erfahren.

Ich muss noch etwas richtigstellen.

Der Herr Bürgermeister als Referent hat gesagt, diese schwebende Schuld von 800.000 K hätte er mit Zustimmung des Stadtrathes unterm 28. October aufgenommen.

Meine Herren, ich bedauere, ich habe sehr gut lesen gelernt, ich bin im Besitze der Vollkraft meines Augenlichtes, ich finde aber in dem Referate vom 28. October gar nichts. Auch Sie werden nichts finden. Sie müssten höchstens ein anderes Exemplar oder eine andere Ausgabe des Referates bekommen haben. In dem mir zugestellten Referate finde ich nichts. Ich bedauere also, so ungern ich es thue, einem Manne gegenüber eine Berichtigung geben zu müssen, von dem ich gar nicht glaube und voraussetze, dass er Unrichtiges absichtlich gesagt hat. Ich will aber noch etwas anderes sagen.

Nach dem § 52 ist es ausdrücklich vorgeschrieben, dass die Aufnahme von Darlehen über 10.000 fl. vor den Gemeinderath zu kommen habe; da sie aber in diesem Falle auch nicht einmal vor den Stadtrath gekommen ist, so wird man, wie ja üblich ist, sagen: Es hat ja an der nöthigen Zeit gefehlt, um dies vor den Gemeinderath zu bringen.

Erlauben Sie, dass ich das wiederum aus ämtlichen Behelfen widerlege. Am selben Tage, am 28. October, hat eine Stadtraths-Sitzung stattgefunden, wo über Gegenstände referiert worden ist, über diesen Gegenstand jedoch nicht. Es hat am 29. October eine Stadtraths-Sitzung stattgefunden, dann am 30. October, am 3., 10., 11., 12., 13., 17., 18., 19. und 20. November. In keiner dieser Sitzungen wurde über diesen Gegenstand dem Stadtrathe Bericht erstattet. Ja, meine Herren — ich weiß es nicht, ist das den Herren nicht aufgefallen? Nun haben aber auch Gemeinderaths-Sitzungen seit jener Zeit bis heute stattgefunden, und zwar wurde wirklich abgehalten eine Sitzung am 27. October, am Vorabende jenes Referates, welches im Stadtrathe erstattet worden ist, wo man doch vom Cassendirector gewusst hat, ob man Geld braucht oder nicht. Ferner am 10. und 17. November, ja auch am 30. October. Allerdings sind vier Sitzungen in der Zwischenzeit abgesagt worden, und zwar — wie man in den von Ihnen inspirierten Zeitungen gelesen hat — wegen Mangel an Stoff für das Plenum. Es wäre also doch Gelegenheit gewesen, über diesen Punkt zu sprechen; an Zeit hat es nicht gemangelt. Ich bin also auch darüber der Auskünfte gewärtig.

Ich schreite nun zu Punkt 3 und 4, die ich zusammenziehe. Es handelt sich hier um die Begebung der 200.000 K an die Hernalser Sparcassa und der 300.000 K an die Rudolfsheimer Sparcassa. Über die Begebung — ich wiederhole dies — habe ich nichts zu sagen. Aber nach dem damaligen Gemeinderaths-Beschlusse — ich habe denselben hier in Händen — ist es Pflicht des Bürgermeisters, den möglichst besten Cours zu erzielen; gerade der jetzige Herr Vorsitzende hat damals einen Cours fixiert — ich habe die Sitzungsprotokolle genau durchgelesen, um nicht widerlegt zu werden — der damals unmöglich war. Ich zweifle gar nicht, dass der beste Cours dort angerechnet worden ist. Aber ich glaube — wir sind eben so neugierige Menschen, die nicht alles wissen, aber alles wissen wollen, es sind bei uns doch Männer, die etwas wissen, wenn auch der Herr Grünbeck dieses Wissen uns abspricht — es wäre also interessant, und ich würde bitten, uns diese Auskunft zu geben, wie diese 200.000 und 300.000 K den beiden communalen Sparcassen zugeschlagen worden sind. Über beide Anträge wurde im Stadtrathe nicht referiert.

Weiters finde ich in den alten Anträgen, die heute nicht mehr gelten, aber auch im Stadtraths-Beschlusse vom 28. October eine Post von 600.000 K, von der es ausdrücklich heißt (liest):

„Gleichzeitig wird zur Kenntnis genommen, dass zur Bestreitung der mit Ende October 1896 fälligen Zahlungen bereits ein Betrag von 600.000 K verausgabt wurde" — dies wird

also als Thatsache hingestellt — „welche in dem obigen Betrage vor 4 Millionen Kronen enthalten sind."

Auf diese 4 Millionen Kronen werde ich noch zurückkommen. Diese 600.000 K sind veräußert worden, das wird hier gesagt. Der Stadtrath hat das genehmigend zur Kenntnis genommen; dem Gemeinderathe wird das nicht vorgelegt; es braucht ja nicht zu geschehen, aber nachdem das im ersten Antrage von voriger Woche noch gestanden ist, so ist es auffallend, dass man das heute gewissermaßen unter den Tisch wirft — darüber möchte ich Auskunft haben. Ich möchte daher wissen (Rufe links: Immer neugierig!), ja, ich bin neugierig und die Ursache ergibt sich daraus, weil das nicht darin steht; sonst würde ich mir das gerne ersparen und lieber etwas anderes thun als hier sprechen, nachdem ich ohnehin nicht recht wohl bin. Also — es steht nämlich auch bei diesen 600.000 K, die veräußert wurden, nicht, zu welchem Zwecke dies geschehen ist, sondern nur „zur Deckung der laufenden Ausgaben bis Ende October".

Da entsteht nun selbstverständlich die Frage, ob dieser Betrag von 600.000 K, diese 81.000 K, diese 31.000 respective 33.000 K wirklich nur zum Zwecke der Erweiterung der Hochquellenleitung gedient haben, weil nur zu diesem Zwecke die Ausgabe von Renten seinerzeit vom Gemeinderathe genehmigt wurde, und nur für diese Zwecke solche Renten veräußert oder verkauft werden können. Ich bitte also, mir auch hierüber gütigst Auskunft zu geben.

Wir kommen nun zum 5. Punkte:

„V. Der Bürgermeister wird ermächtigt, zur Deckung von Auslagen, welche sich pro November und December 1886 ergeben werden, von dem budgetmäßig zur Begebung in diesem Jahre verbliebenen Anlehenstheilbetrage per 5,969.020 K des 35-Millionen-Kronen-Anlehens, Beträge nach Bedarf bis zum Höchstausmaße von 3,500.000 K zu veräußern."

Auch dieser Antrag enthält vor allem eine in die Augen springende kleine Differenz — ich sage das nicht ironisch, die Ironie in der Rede ist mir leider nicht gegeben — aber eine kleine Differenz, die jedem sofort in die Augen springt, der sich die Mühe nimmt, diesen Antrag mit dem früheren, oder den jetzigen Antrag mit dem Stadtraths-Beschlusse vom 28. October d. J. zu vergleichen.

Damals war von einer Veräußerung bis zum Höchstbetrage von 4 Millionen Kronen die Rede und plötzlich erscheint dieser Betrag — und ich begrüße dies mit Freuden — reduciert auf $3^1/_2$ Millionen.

Wie der Herr Referent schon gesagt hat, war ein Betrag von 7,367.000 K präliminiert und davon sind heute noch 5,969.000 K verfügbar, so dass factisch 1,398.800 K verausgabt worden sind.

Allerdings, meine Herren, hat uns der Herr Bürgermeister eine Zusammenstellung gegeben von dem, was begeben wurde, theils von dem früheren Verwalter, dem landesfürstlichen Commissär, theils unter seinem jetzigen Regime. Nun glaube ich aber, das wird uns ziemlich gleichgiltig sein, das controliert die Buchhaltung und stellt es auf den Haben-Conto. Uns interessiert vielmehr und soll und muss interessieren, wofür? (Sehr richtig! rechts.) Ich hätte es daher mit Freuden begrüßt, und muß mir vom Herrn Referenten erbitten, uns zu sagen, wofür dieser Betrag, nämlich der Fehlbetrag von 1,398.000 K verausgabt wurde. Wir werden dann gewiss keinen Zweifel haben, so dass wir zustimmen können.

Nun, ehe ich schließe, muss ich wieder einen kleinen Appell an das Gedächtnis des Herrn Vorsitzenden richten. Wir werden — ich habe nur das Recht, für einen kleinen Kreis zu sprechen — ohne Zweifel keine Schwierigkeiten machen, wenn uns die nöthigen Aufklärungen gegeben werden. Ich erinnere den Herrn Vorsitzenden an Folgendes. Es war am 31. October des Jahres 1893. Es stand am Referententische Herr Gem.-Rath Boschan, der für die Finanzen der Gemeinde stets eingetreten ist und an Sie nur die billigsten Forderungen — ich meine das in einem anderen Sinne — gestellt hat. Er hat damals für die Monate October, November und December den Betrag von zwei Millionen Gulden, wie er von der Buchhaltung zusammengestellt worden war, verlangt. Er konnte auch nicht specialisieren, was da noch zu machen sein wird. Es ist das auch sehr schwer, man weiß ja nicht, welche Zahlungen noch angewiesen werden. Damals ist nun der jetzige Herr Vorsitzende aufgestanden und hat gesagt: „Ich will Ihnen gar keine Schwierigkeiten machen. Ich kenne die Verwaltung und weiß, was man noch braucht, aber ich gewähre Ihnen nicht zwei Millionen, ich gewähre Ihnen nur 800.000 fl." Der Antrag ist zwar gefallen, ich wollte aber die Sache nur erwähnen, um den Unterschied zwischen damals und heute festzustellen. Ich hoffe, dass wir die richtige und volle Auskunft erhalten, dann wird gar kein Zweifel sein, dass die Sache ganz glatt geht. Merkwürdigerweise bestehen aber solche Differenzen, die nicht unbesprochen und ungerügt bleiben können. (Widerspruch und Lärm links.)

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Ich bitte um Ruhe.

Gem.-Rath Mayer: Ich habe niemanden beleidigt. Ich bin nicht aggressiv, sondern rein sachlich. Ich bitte, das anzuerkennen. Sie haben das zu anderen Zeiten nicht so gemacht.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Ich halte die Ordnung vollständig aufrecht und ist eine Beschwerde darüber nach meiner Meinung nicht berechtigt.

Gem.-Rath Mayer: Ich bitte also um gütige Auskunft, und wir werden gewiss keinen Anstand nehmen, zu sagen, dass wir den Betrag genehmigen, oder wenn uns die Auskünfte nicht genügen, dass wir sie verweigern.

Zum Schlusse erlaube ich mir jedoch, nachdem solche Differenzen wiederholt vorgekommen sind, und nachdem es uns doch interessiert, wofür das Geld bisher ausgegeben wurde, was uns nicht gesagt wurde, und wofür man noch $3^1/_2$ Millionen braucht, folgenden Antrag Ihrer Genehmigung zu unterbreiten: „Der Gemeinderath beschließt im Sinne des § 47 des Statutes: es werde zum Behufe der Prüfung der auf die Erweiterung der Kaiser Franz Josef-Leitung bezüglichen Rechnungen vom Tage der Constituierung des neuen Gemeinderathes an bis jetzt eine Commission aus zwölf Mitgliedern aus dem Plenum eingesetzt, welcher die Rechnungen, Belege ꝛc. zur Verfügung zu stellen sind." Ich bitte um Annahme dieses Antrages. (Beifall rechts.)

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Wünscht noch einer der Herren das Wort? (Gem.-Rath Dr. Vogler: Bitte, doch erst die Fragen zu beantworten!) Ich frage, ob noch einer der Herren das Wort wünscht?

(Gem.-Rath Brunner meldet sich zum Wort.) Herr Gem.-Rath Brunner!

Gem.-Rath Brunner: Der Herr Referent hat uns gesagt, dass man uns diese Anträge eigentlich nur aus Gefälligkeit mittheilt, und zwar auf Wunsch eines Mit-Collegen des Herrn Vice-

Bürgermeisters. Nun ist es aber merkwürdig, dass dieses aus Gnade mitgetheilte Tractandum sich unter denjenigen Tractanden befindet, über die nur mindestens 92 Gemeinderäthe beschließen können. Vor allem ist uns als Grund mitgetheilt worden, es existiere ein Beschluss des Gemeinderathes vom Jahre 1893, wonach die Begebung des Anlehens zu gewissen Zwecken nicht an eine weitere Genehmigung des Gemeinderathes gebunden sei. Ich stelle an den Herrn Referenten die Bitte, er möge uns diesen Beschluss mittheilen.

Man kann ja von einem Mitgliede des Gemeinderathes, welches dem früheren Gemeinderathe nicht angehört hat, nicht verlangen, dass er alle Protokolle der früheren Sitzungen kenne. Wenn aber auch dieser Beschluss existiert, bin ich der Ansicht, dass er heute keine Giltigkeit mehr hat. Nachdem das Mandat des früheren Gemeinderathes bekanntlich längst abgelaufen ist, glaube ich nicht, dass derartige Beschlüsse heute noch gesetzliche Geltung haben. (Widerspruch und Gelächter links.) Ob es Ihnen gefällt oder nicht, ist mir ganz gleichgiltig, von Ihnen werde ich mich nicht belehren lassen.

Man hat uns bei einer anderen Gelegenheit gesagt, ja, Beschlüsse des früheren Gemeinderathes, die sind nicht giltig. Ich erinnere Sie an die Debatte über die Subvention für den Volksbildungsverein. Es ist damals eine Bewilligung auf drei Jahre erfolgt, und als hier wieder die Frage der Flüssigmachung dieser Subvention auf die Tagesordnung kam, hat es geheißen, der frühere Beschluss bindet uns nicht. Und so ist die Sache auch hier; hier ist keine Verpflichtung gegenüber einem dritten. Nachdem das Mandat des früheren Gemeinderathes abgelaufen ist, ist es meine Ansicht, dass es dem Rechte und der Billigkeit entspricht, dass darüber wieder frisch beschlossen werde.

Im übrigen bin ich natürlich nicht so sanft wie der Herr Vorredner, und habe auch gar nicht die Absicht, mich zu entschuldigen, wenn ich sprechen sollte und vielleicht so sprechen sollte, wie es den Herren nicht gefällt, denn ich bin nicht hieher geschickt worden, um Ihnen Complimente zu machen, sondern ich bin hieher geschickt worden, um das zu reden, was ich für richtig halte, und das zu vertreten, was ich für vernünftig und im Interesse der Gemeinde gelegen halte. (Lebhafter Widerspruch und Unruhe links.)

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Lassen Sie doch den Herrn Collegen Brunner reden; je weniger Sie ihn unterbrechen, je weniger Sie lachen, desto schneller wird er fertig. (Heiterkeit links. Gem.-Rath Schlechter: Bitte, nur keine Frozzelei!) Ob das eine Frozzelei ist oder nicht, geht den Herrn Collegen Schlechter gar nichts an. (Rufe rechts: O ja!) Das geht ihn gar nichts an, ich schütze den Herrn Redner. (Unruhe rechts.) Es geht auch den Herrn Collegen Vogler nichts an, ich habe ihm schon einmal meinen Standpunkt über die Leitungen der Verhandlungen dargelegt. (Unruhe rechts.) Es geht aber auch den Herrn Dr. Grübl gar nichts an. (Lebhafte Widerlegung rechts. Stürmischer Beifall und Händeklatschen links.) Diese Superklugheit (Gem.-Rath Dr. Vogler: Das ist keine Behandlung von Seite eines Vorsitzenden!) verbiete ich mir, so vernünftig wie Sie bin ich auch. Reden Sie fort, Herr College Brunner. Immer diese Hofmeisterei von hier! Ich bitte, weiterzusprechen.

Gem.-Rath Brunner: Unser Statut spricht sich über die Berechtigung zur Aufnahme von Darlehen ganz bestimmt aus. Im § 52, lit. 11, heißt es:

„Die Aufnahme von Darlehen, sowie die Leistung von Bürgschaften im Interesse der Gemeinde kann nur bei Anwesenheit von 92 Gemeinderäthen mit 70 Stimmen beschlossen werden."

Es ist daher nach meiner Ansicht eine Verletzung des Statutes, wenn der Bürgermeister diese Anleihe aufgenommen hat, ohne den Gemeinderath zu fragen, und wenn wir wissen, dass der jetzige Gemeinderath, respective die Majorität desselben so ganz unbedingt zu Willen des Präsidiums ist, so kann ich umsoweniger begreifen, warum er dem Gemeinderathe nicht einmal die Ehre angethan hat, ihn zu fragen. Ich glaube, das ist sozusagen eine absichtliche Nichtachtung des ganzen Gemeinderathes (Oho! links), und wenn Sie ein Gefühl für die Würde des Gemeinderathes hätten, so würden Sie mit mir auftreten und sagen: Das lassen wir uns nicht gefallen. (Sehr richtig! rechts.) Ich spreche hier nicht für eine Parteisache, ich spreche im Interesse des ganzen Gemeinderathes. Es ist eine muthwillige Herausforderung des Gemeinderathes, aber das wundert mich gar nicht vom Herrn Bürgermeister. Denn wir haben von ihm öfters gehört: „Solange ich Bürgermeister bin, thue ich, was ich will!" Für ihn scheint es kein Gesetz zu geben, sein Gesetz gibt er sich selbst.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger (unterbrechend): Ich verbiete Ihnen (Stürmische Oho-Rufe! rechts), in beleidigender Weise über den Herrn Bürgermeister zu sprechen. (Gem.-Rath Brunner [zur Rechten]: Lassen Sie ihn reden, was er will, den Herrn Dr. Lueger!) Ich verbiete es Ihnen. (Gem.-Rath Leitner gegen Gem.-Rath Brunner gewendet: So ein Jud! — Gem.-Rath Brunner: So eine Greislergesellschaft; ich bin hier vollberechtigter College! — Lärm und Zwischenrufe links.) — Ich verbiete es Ihnen, vom Herrn Bürgermeister in einer solchen Weise zu sprechen, und rufe Sie zur Ordnung, und wenn Sie so fortfahren, entziehe ich Ihnen das Wort; jetzt sprechen Sie aber. Haben Sie noch etwas zu reden oder nicht? (Rufe rechts: Was ist das für ein Ton!) Sind Sie ruhig dort einmal! (Gem.-Rath Dr. Vogler: Seien Sie anständig! — Gem.-Rath Stehlik: Provocieren! — Gem.-Rath Brunner: Ich kann auch provocieren, wenn es mir paßt! — Widerspruch links.) Ich bitte, fortzufahren, Herr Brunner.

Gem.-Rath Brunner: Also, meine Herren, ich glaube, unser Standpunkt in dieser Sache ist ganz klar, ich stelle Ihnen den Antrag, es sei dem Herrn Bürgermeister die schärfste Missbilligung auszudrücken (Zustimmung rechts. — Gelächter links), und es sei derselbe aufzufordern, seine Stelle als Bürgermeister niederzulegen. (Gelächter links.) Ich habe mir ja gedacht, dass Ihnen das nicht gefällt, aber das macht ja nichts; es wird genug Leute geben, die sagen werden, das ist der vernünftigste Antrag, der je im Gemeinderathe gestellt worden ist, und es werden nicht die Dümmsten und die Schlechtesten sein, die das sagen werden. Wir haben ja gehört, wie der Herr Bürgermeister in seiner Interpellationsbeantwortung behauptet hat, es sei nicht wahr, dass man Amtsdiener ausgeschickt hat, und ein College kann es bezeugen ....

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger (unterbrechend): Es ist nach der Geschäftsordnung, die Ihre Partei selbst gemacht hat, nicht erlaubt, über Interpellationsbeantwortungen zu sprechen. Ich ersuche, die Geschäftsordnung zu beachten und zur Sache zu sprechen, sonst entziehe ich Ihnen das Wort!

Gem.-Rath Brunner: Ich spreche ja gar nicht über die Interpellationsbeantwortung. Ich gehöre nicht der liberalen Partei an. (Gelächter links.) Herr Dr. Lueger hat erst vor kurzer Zeit

sich das Vergnügen gemacht — und seine Presse thut es ja immer — in einer Wählerversammlung auf der Landstraße zu sagen, im Gemeinderathe sind alle Parteien vertreten, auch die Socialdemokraten, und da haben seine getreuen Jünger gerufen „Brunner!" Der Socialdemokraten brauche ich mich gar nicht zu schämen. (Gem.-Rath Dr. Mayreder: Aber die Socialdemokraten müssen sich Ihrer schämen! — Zum Gem.-Rathe Dr. Mayreder gewendet:) Sie sind ein eingebildeter Mensch! (Beifall rechts. — Gem.-Rath Dr. Mayreder: Und Sie sind gar nicht gebildet!)

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Sie haben jetzt gegenüber einem Mitgliede des Gemeinderathes eine Beleidigung gebraucht, Sie haben dem Herrn Collegen Mayreder zugerufen, er sei ein eingebildeter Mensch. Sie wollen mich reizen (Gem.-Rath Brunner: Vielleicht!), damit ich Sie ausschließe; ich thue es nicht, Sie sollen hier bleiben. (Heiterkeit links.) Ich ertheile Ihnen den Ordnungsruf; ich sage Ihnen aber nochmals, wenn Sie nicht endlich einmal zur Sache kommen und sich nicht so benehmen, wie es eines Gemeinderathes würdig ist (Widerspruch rechts), so entziehe ich Ihnen das Wort.

Gem.-Rath Brunner: Ich muss es ablehnen, vom Herrn Dr. Lueger nach seiner bekannten Vergangenheit darüber Belehrungen entgegenzunehmen, wie sich ein Gemeinderath zu benehmen hat. (Widerspruch links.) Sie sind gewiss der allerletzte. (Rufe links: Das ist eine Frechheit! Ausschließen!)

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr Brunner soll nicht ausgeschlossen werden! Ich ersuche nur die Herren von der Majorität, legen Sie dem Herrn Brunner kein Gewicht bei, unterbrechen Sie ihn nicht, denn er thut absichtlich so, um Sie zu reizen. Also ich bitte, fortzufahren.

Gem.-Rath Brunner: Sie haben gesehen, welches Beispiel der Objectivität der Herr Vorsitzende gegeben hat. Herr Gem.-Rath Mayreder hat mir zugerufen, die Socialdemokraten müssen sich meiner schämen. Da war ich berechtigt, ihm eine Antwort zu geben. Warum hat er ihn nicht zur Ordnung gerufen?

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Er hat Sie ja gar nicht beleidigt!

Gem.-Rath Brunner: So? Wenn das keine Beleidigung ist, dann wissen Sie nicht, was sich gehört. Also wir sind einigermaßen von dem Thema abgekommen. (Heiterkeit.) Es ist noch ein anderer Punkt, der mich auch in der Sache interessiert. Es ist nämlich da überall gestanden, dass diese Anleihe an die Gemeinde-Sparcassen begeben worden ist, also die Gemeinde hat gewissermaßen an sich selbst begeben. Es würde mich auch interessieren, obwohl es nicht strenge zur Sache gehört, ob die Gemeinde dieses Anlehen der Sparcassa für deren eigene Rechnung gegeben hat oder ob diese Papiere zur commissionsweisen Weiterveräußerung übernommen hat; denn an und für sich kann ich es mit den Anforderungen einer soliden Finanzwirtschaft nicht für vereinbar erklären, wenn die Gemeinde ihre Gewalt über die Sparcassa dazu benützt, um den Sparcassen als Deckung für Schulden, welche die Sparcassen gegenüber dem Publicum haben, wieder Schuldscheine der Gemeinde zu geben. Es hängt das aber nicht stricte mit dem Gegenstande zusammen, aber wenn möglich, bitte ich, mir darüber eine Antwort zu geben. Ich habe vielleicht später noch die Gelegenheit, mich bei Ihnen bemerkbar zu machen. (Unruhe links.)

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Ich bitte um Ruhe, reagieren Sie nicht auf die absichtlich vorgebrachten Bemerkungen des Herrn Brunner, sitzen Sie nicht noch einmal auf. Fahren Sie fort, Herr Brunner. (Heiterkeit.)

Gem.-Rath Brunner: Ich bin mit diesen Ausführungen vorderhand fertig; ich empfehle Ihnen meinen Antrag zur einstimmigen Annahme.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr Dr. Nechansky zur Geschäftsordnung.

Gem.-Rath Dr. Nechansky: Zur Sache!

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Zur Geschäftsordnung hat Herr Dr. Grübl das Wort.

Gem.-Rath Dr. Grübl (zur Geschäftordnung): Zunächst erlaube ich mir, den Herrn Referenten beziehungsweise den Herrn Vorsitzenden zu fragen, ob die Anfragen, welche von dem ersten Herrn Redner von dieser (rechten) Seite gerichtet wurden, beantwortet werden? Es ist selbstverständlich und ich glaube, es ist von jedermann zu erwarten, dass, wenn von einem Mitgliede der Versammlung eine Anfrage gerichtet wird, mit der Bitte, die Anfrage zu beantworten, um dadurch das Referat zu vervollständigen und aufzuklären, die Anfrage sofort beantwortet werde. (Rufe rechts: So ist es!) Sollten die Fragen nicht beantwortet werden, so müsste man annehmen, dass der Referent nicht in der Lage ist, diese Fragen zu beantworten.

Den Modus etwa so zu wählen, dass man wartet, bis ein paar Mitglieder der Versammlung ihre Anfragen gerichtet haben, und dann, weil vor der Beantwortung sich niemand mehr meldet, die Debatte zu schließen — ein solches Vorgehen wäre der Versammlung des Gemeinderathes unwürdig, und ich bin überzeugt, dass der Referent und der Vorsitzende einen solchen Vorgang nicht werden wählen wollen. Ich erlaube mir daher, zunächst die Anfrage zu stellen: Werden die Fragen des Collegen Mayer noch jetzt vor Abschluss der Debatte beantwortet oder nicht?

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Ich werde strenge nach der Geschäftsordnung und dem bewährten Muster meiner Vorgänger auf diesem Platze auch in dieser Sache vorgehen.

Herr Dr. Nechansky hat das Wort.

Gem.-Rath Dr. Vogler: Ich bitte um das Wort zur Geschäftsordnung.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr Dr. Nechansky hat das Wort (zu Gem.-Rath Dr. Vogler gewendet), dann bekommst Du das Wort zur Geschäftsordnung. (Heiterkeit.)

Gem.-Rath Dr. Nechansky: Von unserem vaterländischen Dichter Raimund ..... (Rufe links: O je!) Die Literatur interessiert die Herren weniger, weil sie sie nicht kennen. (Widerspruch links.)

Also von unserem vaterländischen Dichter Raimund ....

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger (unterbrechend): Es ist wieder eine Bemerkung gefallen, die beabsichtigt, Sie zu reizen, Sie geradezu zu kränken. (Widerspruch rechts.) Es ist die Bemerkung gefallen, dass die Herren von der Majorität die Literatur nicht kennen. Eine solche Bemerkung braucht sich niemand gefallen zu lassen. Ich bitte jedoch, meine Herren, auf derartige Bemerkungen ja nicht zu reagieren, sie werden absichtlich gemacht.

Gem.-Rath Dr. Nechansky (dazwischenrufend): Ich bitte, habe ich das Wort oder der Herr Vorsitzende?

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger (mit erhobener Stimme): Ich kann sprechen, solange ich will, Herr Dr. Nechansky! Ich bitte also die Mitglieder der Majorität um volle Ruhe.

Jetzt fahren Sie fort, Herr Dr. Nechansky.

Gem.-Rath Dr. Mechansky (fortfahrend): Ich bitte, zur Aufklärung dieses Intermezzos muss ich sagen, dass die Herren mir zugerufen haben, als ich den vaterländischen Dichter Raimund erwähnt habe: „O je!"

Ich finde diesen Zuruf nicht als einen solchen, welcher das Interesse an demjenigen kundgibt, was Raimund geschrieben hat.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Aber es dreht sich nicht um das, was Raimund geschrieben hat, sondern um das, was der Bürgermeister von Wien gethan hat. (Heiterkeit.)

Gem.-Rath Dr. Mechansky (fortfahrend): Ich werde gleich darauf zu reden kommen. Zuerst möchte ich besprechen, was der Vice-Bürgermeister von Wien gesprochen hat, und da beziehe ich mich noch einmal auf Raimund und sein Stück: „Der Alpenkönig und der Menschenfeind".

In diesem Stücke hat Raimund dem Menschenfeind Rappelkopf darstellen wollen, wie er sich benimmt und wie er sich verhält, dadurch, dass er den Alpenkönig selbst in die Gestalt des Menschenfeindes verwandelt hat.

Ich würde dem Herrn Dr. Lueger wünschen, dass ihm auch ein solcher Alpenkönig die Figur vorhalten würde, welche er als Vorsitzender spielt. (Sehr gut! rechts.) Ich bin überzeugt, dass, wenn Herr Dr. Lueger noch auf dem Platze sitzen würde, auf dem er ehemals gesessen ist, und von dem aus er hundertmal in den Saal gerufen hat, man muss hier Gerechtigkeit üben, Redefreiheit walten lassen, und von wo aus er über so manche Freiheiten gesprochen hat — dass sich dann dieser Herr Dr. Lueger selbst in einer heftigen Weise angreifen würde, heftiger, als es uns gegeben ist —

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Ich bitte, Herr Redner, zur Sache zu kommen.

Gem.-Rath Dr. Mechansky (fortfahrend): .... die wir so sanftmüthige Leute sind, dass wir uns förmlich entschuldigen, wenn wir hier etwas vorbringen.

Aber schließlich reißt auch uns die Geduld, und wir sagen: wir lassen uns dies nicht gefallen. (Lebhafter Beifall rechts.) Der Vorsitzende hat die Pflicht, uns in ordentlicher und anständiger Weise zu behandeln (Lebhafter Beifall rechts), hat die Pflicht, wenn er uns verweist, es nicht in einem verletzenden und höhnenden Tone zu thun, und ich erkläre ihm, wir werden uns mit allen Mitteln, die uns zur Verfügung stehen, dagegen wehren, und werden es ihm abgewöhnen, dessen bin ich sicher. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen rechts.)

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Ich bitte den Herrn Redner, endlich einmal zur Sache zu kommen.

Gem.-Rath Dr. Mechansky: Ja, das ist dem Herrn Vice-Bürgermeister sehr unangenehm, aber das muss einmal gesagt werden und das wird ihm wiederholt gesagt werden, darauf mache ich ihn aufmerksam. (Beifall rechts.)

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Ich bitte, fahren Sie fort.

Gem.-Rath Dr. Mechansky: Wie weiter unter dem jetzigen Regime gewirtschaftet wird, sieht man daraus, dass, wenn etwas in den Gemeinderath gebracht wird, immer vorher versichert wird, dass das nur gnadenweise in den Gemeinderath kommt, „eigentlich gehört es nicht in den Gemeinderath hinein, aber ich will euch die Freude erweisen und will mich gnädig zeigen, und bringe es in den Gemeinderath."

Nun, meine Herren, das scheint jetzt im Rathhause so angenehm zu sein, Gnaden austheilen zu können. Wir danken aber für die Gnade, wir bestehen auf unserem Rechte, wir verlangen keine Gnade. Was vor den Gemeinderath gehört, soll vor den Gemeinderath gebracht werden.

Das haben wir von der früheren Minorität gelernt, und wenn wir es nicht von ihr gelernt hätten, so würden wir es vielleicht nicht gemacht haben. (Heiterkeit rechts.) Aber wir haben gelernt, wie man Opposition machen muss, und nach unseren schwachen Kräften versuchen wir es.

Eine Hauptpflicht der Opposition ist es, darauf zu sehen, dass Recht und Gesetz strenge gewahrt werden. Darüber besteht kein Zweifel, dass die Aufnahme einer Schuld von dem Gemeinderathe zu bewilligen ist, und dass die Aufnahme dieser schwebenden Schuld, und wenn sie auch nur eine Schuld von 14 Tagen gewesen ist, durch einen früheren Gemeinderaths-Beschluss nicht gedeckt ist. Mögen doch Herr Dr. Lueger und Herr Bürgermeister Strobach die Reden nachlesen, die sie damals gehalten haben, als Herrn Bürgermeister Dr. Prix das Malheur passiert ist, dass er eine Million verkauft hat, ohne dass er den Gemeinderath gefragt hat, in der irrthümlichen Annahme, dass es in der Bedeckung gestanden sei, den Abgang durch Verkauf der Papiere zu decken, wie es in den früheren Jahren geschehen ist. Ich erinnere Sie daran, was damals gesagt worden ist. Wissen wir denn nicht, dass damals in einer ganz absichtlichen Weise die Darstellung so gegeben wurde, als wenn Dr. Prix die Million gestohlen hätte, eine Darstellung, welche heute noch lebt, denn heute bekommen wir noch von liebenswürdigen Leuten offene Karten, in denen es heißt: „Ihr Gauner, Ihr Betrüger, jetzt kann nicht mehr so gestohlen werden, wie unter Dr. Prix." Das ist von Ihnen nicht nur im Gemeinderathe, sondern in allen Versammlungen draußen in so zweideutiger und hinterlistiger Weise dargestellt worden.

Uns liegt das ferne; nein, das sagen wir nicht, dass hier ein incorrectes Vorgehen materieller Natur vorliege, weil wir von unseren Mitmenschen nicht immer das schlechteste annehmen, wie Sie es gethan haben, aber wir sagen ebenso sicher, dass hier ein formales Gebrechen vorliegt; dieses formale Gebrechen muss gerügt werden. Diese Bemerkung wollte ich machen. Im übrigen hat mein Vorsprecher, College Mayer, in sachlicher Weise den Gegenstand rörtert. Leider haben wir die nöthigen Aufklärungen über die Zweifel noch nicht erhalten, und ich bin daher nicht in der Lage, über wichtige Zweifel, welche wir hegen, zu sprechen, behalte mir aber vor, nach den Aufklärungen des Herrn Referenten diesbezüglich eventuell meine Rede fortzusetzen.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr Gem.-Rath Dr. Vogler zur Geschäftsordnung.

Gem.-Rath Dr. Vogler (zur Geschäftsordnung): Ich habe mich bereits früher zur Geschäftsordnung gemeldet und nehme nun das Wort zur Geschäftsordnung. Während der Rede des Herrn Collegen Brunner hat der gegenwärtige Herr Vorsitzende, als der Zwischenruf „Frozzelei" von dieser (rechten) Seite laut wurde, erklärt, das hätten wir nicht aus unserer Mitte zu beurtheilen, sondern er. Er hat also meines Erachtens damit zugegeben, dass er gefrozzelt habe, und er hat damit erwidert, in dem Lärm habe ich die weiteren Worte nicht verstanden, aber es klang so, dass wir uns diese Frozzelei, die von ihm zugestandene Frozzelei in diesem Locale gefallen lassen müssen. Ich erkläre nun, dass dies, eine unwürdige Behandlung der Gemeinderäthe ist (Beifall rechts. —

Oho-Rufe links), die in diesem Locale versammelt sind, um die Angelegenheiten der Gemeinde zu berathen. Sie machen uns das Leben hier außerordentlich sauer, aber, meine Herren, Sie dürfen nicht glauben, dass wir uns schließlich alles gefallen lassen werden. Wir sind hier, um im Interesse unserer Mitbürger die Agenden, die uns von denselben anvertraut wurden, zu verhandeln, aber wir dürfen einer solchen Behandlung seitens des Vorsitzenden nicht zusehen.

Ich erinnere übrigens den gegenwärtigen Herrn Vorsitzenden daran, dass er von jener Stelle aus in verschiedenen Reden, die er als gewählter Bürgermeister in diesem Saale gehalten hat, erklärte, und zwar mit erhobener Stimme — ich kann mich noch daran erinnern — „Wenn der Dr. Lueger dort oben sitzen wird — er meinte nämlich den Bürgermeisterstuhl, auf dem er jetzt sitzt — „dann wird nicht der Parteimann Dr. Lueger oben sitzen, sondern der unparteiische Vorsitzende des Gemeinderathes." (Hört! rechts.) Er sagte: „und danach wird er sich benehmen."

Ich appelliere nun an alle Collegen, ob Herr Dr. Lueger dieser Voraussagung, die er damals in seiner Antrittsrede als gewählter Bürgermeister gethan hat, durch sein Benehmen im Gemeinderathe gerecht geworden ist oder nicht. (Beifall rechts. — Widerspruch links.)

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Meine Herren! Ich habe die Strafpredigt des Herrn Dr. Vogler ruhig angehört und ich erwidere ihm darauf, dass ich gar nicht zugestanden habe, dass ich eine Frozzelei begangen habe. Das ist das eine, und demnach ist der Vorwurf des Herrn Dr. Vogler vollständig unbegründet. Was die Objectivität betrifft, so habe ich heute gegenüber den Rednern der Minorität eine Geduld entwickelt (Oho-Rufe rechts. — Beifall links), die bis an die äußersten Grenzen der menschlichen Geduld reicht! Meine Herren, was von Ihrer Seite (rechts) heute an unnöthigen Provocationen des Vorsitzenden, des Bürgermeisters, der Majorität geleistet worden ist, ist geradezu unerhört und überschreitet alle Schranken des Anstandes! (So ist es! links. — Widerspruch rechts.)

Wenn der Herr Gem.-Rath Dr. Vogler meint, ich behandle die Herren nicht so, wie es eines Gemeinderathes würdig ist, behandelt zu werden, dann erkläre ich ihm Folgendes: Ich muss mich förmlich zurückhalten — ich könnte sagen bemeistern — um Ihnen nicht die Wahrheit trocken ins Gesicht zu sagen! (Lebhafter Beifall links. — Rufe rechts: Nur heraus damit!) Ja, meine Herren, Sie dürfen mich ja nicht für so dumm halten, dass Sie mich reizen können, da müssen Sie schon noch eine Viertelstunde früher Gemeinderath werden, dann wäre es vielleicht möglich! (Heiterkeit links.) Aber Ihnen sitze ich nicht auf, ich weiß, was Sie wollen. (Gem.-Rath Dr. Nechansky: Wir wollen Ruhe haben und anständig behandelt werden!) Ich weiß, wohin Sie steuern, ich kenne das. Sie wollen den Schein wachrufen, als ob Sie in irgendeiner Weise in der Freiheit der Rede beeinträchtigt würden. Das ist nicht richtig. Sie können reden, was Sie wollen. Was zum Beispiel heute Herr Brunner zusammengeredet hat, das ist ja geradezu unglaublich. (Lebhafte Heiterkeit links. — Widerspruch und Rufe rechts: Das haben Sie nicht zu kritisieren!)

Herr College Weitmann zur Geschäftsordnung.

Gem.-Rath Weitmann: Ich beantrage Schluss der Debatte (Rufe rechts: Ah! Ah!)

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Jene Herren, welche für den Schluss der Debatte sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Schluss der Debatte ist angenommen.

Herr College Schreiner wünscht auch das Wort zur Geschäftsordnung, wie ich gehört habe. (Gem.-Rath Schreiner: Ja!) Bitte!

Gem.-Rath Schreiner: Herr Gem.-Rath Brunner nannte die Mitglieder der Majorität eine Greislergesellschaft. Nachdem ein Jude eine Gesellschaft von ehrlichen Gewerbetreibenden, über die er nicht urtheilen kann, beleidigt hat, so ersuche ich den Herrn Vorsitzenden, ihn zur Ordnung zu rufen. (Rufe links: Aber nein! — Gem.-Rath Gregorig: Ein Jude kann uns nicht beleidigen!)

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Ich habe diese Bemerkung des Herrn Brunner nicht gehört. Aber, wenn er das auch gesagt hat, geehrte Herren der Majorität, es ist immer besser, man ist ein ehrlicher Greisler als etwas anderes. (Lebhafter Beifall links.)

Zum Worte sind noch die Herren Gem.-Räthe Dr. Stern, Mayer, Schlechter, Stiaßny und Winker gemeldet.

Herr College Weitmann zur Geschäftsordnung.

Gem.-Rath Weitmann: Ich beantrage die Wahl von Generalrednern. (Beifall links. — Lebhafter Widerspruch und Unruhe rechts.)

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Ich ersuche jene Herren, welche für die Wahl von Generalrednern sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ist angenommen. (Ein Theil der Gemeinderäthe der rechten Seite verlässt den Saal.)

Herr Gem.-Rath Dr. Grübl hat das Wort zur Geschäftsordnung. (Nach einer Pause:) Wünschen Sie nicht das Wort? Dann bitte ich die Herren Dr. Stern, Mayer, Schlechter, Stiaßny und Winker, einen Generalredner zu wählen. (Nach einer Pause:) Nun, wird die Wahl vorgenommen oder nicht?

Herr Gem.-Rath Winker, wenn ich bitten darf! — Ist nicht anwesend. Herr Gem.-Rath Stiaßny! — Nicht anwesend. Herr Gem.-Rath Schlechter, wollen Sie wählen? Dann bitte ich, hieher zu kommen und unter Intervention eines Schriftführers die Wahl vorzunehmen. Herr Gem.-Rath Mayer? Herr Gem.-Rath Dr. Stern? Ist nicht anwesend.

Gem.-Rath Mayer: Wir beide, die im Saale zurückgeblieben sind, und die nicht aus der Wahl aller jener Herren hervorgehen, die zu wählen berechtigt waren, verzichten als Generalredner zu sprechen. Jedoch bin ich insofern noch beim Worte, als mir die Antwort auf meine Fragen noch nicht gegeben ist. Auf diese wird es ankommen, ob ich weiter spreche.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Jetzt dreht es sich um die Wahl eines Generalredners. Die Herren nehmen die Wahl eines Generalredners nicht vor. Dann ist die Debatte geschlossen. Der Herr Bürgermeister zum Schlusswort. (Widerspruch rechts.) Ich werde die Geschäftsordnung so handhaben, wie Ihre Leute sie gehandhabt haben, und werde mir durchaus nicht vorschreiben lassen, wie ich es zu thun habe.

Referent: Herr College Mayer hat beim ersten Punkte gefragt, ob es richtig ist, dass 33.100 oder 31.100 K vom Stadtrathe an die Rosina Tumal'sche Waisenhausstiftung begeben wurden. Darauf muss ich bemerken, dass der Betrag von 33.100 K allerdings unrichtig war. Das war ein Druckfehler. Der Betrag in dem heutigen Referate von 31.100 K ist richtig. Der Herr College Mayer hat ferner gemeint, 4 Percent bei der Begebung ist etwas hoch. Darauf möchte ich mir zu bemerken erlauben, dass die Herren von der früheren Majorität derartige Geschäfte immer mit ½ Percent über dem

Bankzinsfuße gemacht haben. Wenn wir das heute thun würden, würden wir wahrscheinlich 5½ Percent bezahlen. Es liegt mir aus dem Jahre 1893 ein Vertrag mit der Escompte-Gesellschaft vor, in welchem diese sich bereit erklärte, der Gemeinde einen Betrag von 2,000.000 fl. vorzustrecken, jedoch gegen einen Zinsfuß von nicht unter 4½ Percent. Ich glaube also, der Herr College Mayer wird sehen, dass wir in diesem Falle viel besser gefahren sind, wenn wir 4 Percent gezahlt haben, als wenn wir bei einem Institute 5 oder 5½ Percent gezahlt hätten. Es scheint das der wunde Punkt zu sein, dass wir die Banken umgangen (Beifall links) und uns an Communal-Sparcassen gewendet haben; das scheint sehr böses Blut in den Reihen der Minorität gemacht zu haben. Wir aber stehen auf dem Standpunkte immer an unsere Leute zu appellieren und die Banken etwas beiseite zu setzen. Als mir daher der Herr Cassendirector sagte, wir brauchen 600.000 K, bin ich an den Stadtrath herangetreten und habe gleichzeitig unsere fünf Communal-Sparcassen aufgefordert, ob sie nicht die 600.000 K übernehmen möchten. Da wurde mir die Antwort zutheil, dass sie dermalen nicht in der Lage wären, einen solchen Betrag zu übernehmen. Ich habe daher im Stadtrathe dann referiert, dass die 600.000 K anderweitig begeben werden müssen.

Nachdem der Stadtrath hierüber beschlossen hatte, ist Herr Director Winkler von der Sparcassa Hernals gekommen und hat gesagt: Ich bitte, wir sind in der Lage, die 600.000 K zur Verfügung zu stellen, und zwar morgen früh. — Ich habe gesagt: Gut, wenn Sie in der Lage sind, das zu thun, kann ich den Stadtrath nicht mehr fragen, den Gemeinderath auch nicht — es war, glaube ich, an einem Samstag — was verlangen Sie? Darauf sagte er: 4 Percent, und zwar verlangen wir die Wasserleitungsanlehenspapiere in Pfand, Sie brauchen keine Wechsel auszustellen, Sie haben keine Spesen, Sie geben uns das Geld am 12. November mit 4 Percent Zinsen zurück, und das Geschäft ist auf diese Weise gemacht. Das waren 600.000 K oder 300.000 fl. Als Herr Director Winkler fort war, kam der Cassendirector und machte folgende Meldung: Er hätte am Vormittag einen Betrag von 119.000 fl. und 38.000 fl. ausgezahlt, welchen er nicht in Betracht gezogen hätte, und er braucht daher nicht 300.000, sondern 400.000 fl. gleich 800.000 K. Es kommt von dieser ganzen Transaction im Stadtrathe nichts vor. Im Stadtrathe wurde das behandelt am 28. oder 29., wie Herr College Mayer ersehen kann bei Z. 1764, wo es heißt (liest): „Gleichzeitig wurde zur Kenntnis genommen, dass zur Bestreitung der mit Ende October 1896 fälligen Zahlungen ein Betrag von 600.000 fl. veräußert werden soll. Nachdem also der Cassendirector erklärte, er brauche 800.000 K, habe ich den Herrn Director Winkler zu mir bitten lassen und habe ihn gefragt: Können Sie uns 800.000 K geben? Ja, sagte er, und ich habe sodann den Herrn Cassendirector, den Oberbuchhalter und die Herren Vice-Bürgermeister ins Einvernehmen gezogen, und es wurde beschlossen, diese 800.000 K von der Sparcassa Hernals zu übernehmen. Sehen Sie, die Sache hat uns eigentlich gar nichts gekostet. Wir haben der Sparcassa Hernals allerdings 4 Percent gezahlt, das hat den Betrag von 553 fl. 33 kr. ausgemacht, dafür haben wir unsere Coupons selbst behalten (Gem.-Rath Mayer: Das ist ja selbstverständlich!) und haben den Betrag wieder in Einnahme zurückbekommen, so dass uns die ganze Transaction keinen Kreuzer gekostet hat. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen links.) Mehr kann man nicht thun, und sehen Sie, meine Herren, aus diesem Grunde habe ich mich auch für berechtigt gehalten, nachdem der Stadtrath und der Gemeinderath nicht beisammen waren, das gute Geschäft für die Gemeinde zu machen und nicht erst zu warten, dass genau der todte Buchstabe des Gesetzes erfüllt und dadurch der Gemeinde ein Verlust von einigen 100 fl. verursacht werde.

Es kommt hiebei noch etwas in Frage. Wenn wir die 800.000 K auf den Markt geworfen und börsemäßig begeben hätten, so würden die Papiere wahrscheinlich um 50 kr. oder um 1 fl. gefallen sein, und wenn die Papiere nur um 50 kr. gefallen wären, so hätten wir eine Einbuße von mehr als 2000 fl. erlitten. Ich habe es also auf diese Weise gemacht. Der Commune hat das ganze Geschäft keinen Kreuzer gekostet. Die Sparcassa Hernals war in diesem Falle sehr coulant, und wenn man mir heute einen Vorwurf daraus machen will, dass ich das Interesse der Gemeinde Wien gewahrt habe, so muss ich sagen, das ist eigenthümlich.

Ich möchte ferner auf die Anfrage des Collegen Mayer bezüglich des Courses, zu welchem begeben wurde, bemerken: Ich habe mich bei den einzelnen Banken informiert, wie die Sparcassen beziehen, und dann bin ich in folgender Weise vorgegangen: Zum Beispiel, der Geldcours ist 99, der Warencours ist 100, so vereinbaren wir einen Mittelcours mit 99·5, das ist ein gutes Geschäft für beide. Wir bringen die Ware ziemlich gut an und die Sparcassen kaufen nicht zu theuer ein. Das ist ein Vortheil, der ebenso gut der Communal-Sparcassa zugute kommt wie uns. Ich habe es daher für meine Pflicht erachtet, an sämmtliche Communal-Sparcassen heranzutreten und zu sagen, es ist gewiss in unserem Interesse, wenn sie statt Staatspapieren oder anderen Papieren unsere Papiere nehmen, sie sind ebensogut, ebenso sicher, warum sollen sie sie nicht nehmen?

Auf den Einwurf des Herrn Brunner, dass unsere Sparcassen keine Communalpapiere, sondern andere Papiere kaufen sollen, reagiere ich nicht. (Beifall links.) Ich bemerke übrigens, dass die Communal-Sparcassen vollständig unabhängig und durchaus nicht in unserer Verwaltung sind. (Zustimmung links.) Sie können kaufen, was sie wollen, und ich musste daher mit ihnen genau so die Sache vereinbaren, als wenn ich es mit einer Bank zu thun hätte. Herr College Mayer hat gefragt, wofür diese Beträge gebraucht wurden. Die Antwort ist sehr einfach. Nach der vorliegenden budgetmäßigen Bedeckung sind sie theilweise zu currenten Ausgaben, theilweise zu Wasserleitungszwecken verausgabt worden. Es heißt ausdrücklich in der vom l. f. Commissär genehmigten Bedeckung:

I. Ertrag der städtischen Umlagen . . . . 21,465.370 fl.

II. Aus dem Wasserleitungsanlehen zur Bedeckung der Auslagen für den Ausbau und die Erweiterung der Hochquellen-Wasserleitung . . . 3,683.910 fl.

III. Aus den Cassabeständen durch den Verkauf von Wertpapieren . . . . . 1,391.910 fl.

Ich muss übrigens bemerken, dass wir aus den eigenen Geldern mehr ausgegeben haben, als dieser Betrag von 800.000 K ausmacht. Nämlich 420.000 fl., also 840.000 K haben wir für Wasserleitungszwecke ausgegeben, so dass ich die Transaction hätte machen können, ohne selbst auch den Stadtrath zu fragen, weil die budgetmäßige Bedeckung vorhanden ist.

Entweder concedieren Sie dem Bezirkshauptmanne Dr. v. Friebeis das Recht, die Bedeckung vorzunehmen, oder nicht. Wenn ja, so ist es in der Ordnung, wenn wir so vorgehen, und

wir sind berechtigt, 7 Millionen und so und so viel Hunderttausend Kronen auszugeben.

Ich komme ferner auf die Anfrage bezüglich der Reduction; in meinem ersten Antrage hat es geheißen 4 Millionen Kronen.

Nachdem ich 500.000 K begeben habe, und zwar 200.000 K an die Sparcassa in Hernals und 300.000 K an die Communal-Sparcassa in Rudolfsheim, kommen dieselben daher in Abzug, und statt 4 Millionen Kronen sollen nunmehr 3,500.000 K begeben werden. Vielleicht wäre auch das nicht nothwendig gewesen, aber es war am 29. October und wir brauchten zur Auszahlung der Beamten und Lehrergehalte 1 Million Gulden und hatten noch kleinere Rechnungen zu bezahlen. Geld war keines da. Dafür kann ich nichts, dass die frühere Majorität das ganze verwirtschaftet hat. (Beifall links.) Die Cassabestände sind verbraucht. Man muss eben das hernehmen, was da ist, und was zu verwenden wir ausdrücklich berechtigt sind.

Ich glaube, ich habe dem Herrn Collegen Mayer im großen und ganzen die Anfragen in der Weise beantwortet, wie er sie gestellt hat, und ich glaube auch, dass er anderer Meinung ist, wie der Herr College Brunner, der meint, ich hätte ein großes Verbrechen begangen, dass ich vor der Genehmigung des Gemeinderathes Auslagen gemacht habe. Ich muss sagen, dass das schärfste Misstrauen, welches Herr Brunner mir gegenüber zum Ausdrucke bringt, mich vollkommen ruhig lässt. Wenn er weiter den Antrag gestellt hat, dass ich aufgefordert werde, meine Demission zu geben und den Posten zu verlassen, so wundert mich das nicht, es haben seine Glaubensgenossen das gestern schon in allen liberalen Zeitungen gefordert (Beifall links), und ich wundere mich nur, dass er nicht sagt, dass er statt mir Bürgermeister werden möchte (Heiterkeit), aber Herr Brunner möge überzeugt sein, dass unsere Mitglieder zu ihm gewiss nicht dasselbe Vertrauen haben, als zu mir. (Heiterkeit.)

Im großen und ganzen glaube ich die Sachlage klar dargestellt zu haben. Wenn jemand noch eine Anfrage zu stellen wünscht, so bitte ich Sie, dieselbe an mich zu richten, und Sie können überzeugt sein, dass wir immer und nach jeder Richtung hin nur rechtlich handeln, und ebenso auch in diesem Falle ebenso rechtlich gehandelt haben. Den Gemeinderath zu befragen, war nach § 72 des Gemeindestatutes nicht unbedingt nothwendig, denn im § 72 heißt es ausdrücklich, wenn selbst die Vernehmung des Stadtrathes nicht möglich ist, kann auch der Bürgermeister unter seiner Verantwortung die Bestreitung nothwendiger Auslagen anordnen.

Dass also mein Vorgehen im Statute begründet ist, möge Herr Brunner zur Kenntnis nehmen.

Ich kann sagen, dass nichts Unrechtes vorliegt, obwohl in der ganzen judenliberalen Presse, sowohl gestern in den Montagsblättern und auch heute zu lesen stand: „Die 800.000 K des Bürgermeisters." Ich habe sie leider nicht. (Heiterkeit.)

Ich werde auch in anderer Weise angegriffen und besudelt, und ich bitte noch einmal Herrn Lucian Brunner, zur Kenntnis zu nehmen, dass ich seinem Wunsche, zu demissionieren, nicht Rechnung tragen werde; die verehrten Herren der Majorität und der Minorität, welche noch anwesend sind, bitte ich, die Anträge zu genehmigen. (Lebhafter Beifall links.)

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr Josef Grünbeck zur thatsächlichen Berichtigung.

Gem.-Rath Josef Grünbeck: Ich berichtige thatsächlich als Directionsmitglied der Hernalser Sparcassa, dass wir bei diesen Transactionen nicht geleitet sind von dem Gedanken, einen Gewinn zu erzielen, sondern wir haben bei dieser Transaction noch 48 fl. daraufgezahlt. Wir haben es für unsere Pflicht gehalten, wenn die Commune Geld braucht, dass sie nicht erst zu Bankinstituten zu gehen braucht. Ich bitte, dies zur Kenntnis zu nehmen. (Gem.-Rath Schlögl ruft: „Ich kann dasselbe von der Rudolfsheimer Sparcassa sagen!")

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr College Mayer!

Gem.-Rath Mayer: Ich will nur eine ganz kleine persönliche Bemerkung machen und werde einige kleine Berichtigungen einfließen lassen. Ich gestehe vor allem, dass alles, was ich gefragt habe, vom Herrn Bürgermeister in loyaler Weise beantwortet wurde. Er wird mir das Zeugnis geben, dass meine Ausführungen durchaus nicht aggressiv oder gar beleidigend waren, sondern ich habe nur gesagt, mir sind viele Unklarheiten aufgefallen, und er wird mir zugestehen, dass es auch nothwendig ist für einen Gemeinderath, der, bevor er abstimmt, ja auch wissen muss, wofür er stimmt, denn er ist ja nicht eine Stimmaschine, die eigentlich nicht weiß, wozu sie hereingeschickt wurde.

Ich constatiere, dass meine erste Anfrage, betreffend des irrthümlichen Betrages von 33.100 fl., wiewohl merkwürdigerweise dieser Betrag dreimal — auch im Protokoll — vorkommt, begründet war.

Das hätte man vielleicht doch bemerken können. Was nun das Geschäft mit der Hernalser Sparcassa anbelangt, so ist das ganz gut gewesen, dass man das Geschäft so gemacht hat. Ich kann aber heute den Zinsfuß nicht untersuchen, ich glaube aber, dass es nicht nothwendig gewesen wäre, dass die Sparcassa bei diesem Geschäft noch etwas verliert.

Ein Weiteres ist noch etwas unaufgeklärt. Es ist uns nämlich erst jetzt das Geschäft erklärt worden, und es geht daraus hervor, dass nicht 600.000 K veräußert wurden, wie es hier darin steht, sondern dass 800.000 K bis zur Rückzahlung in Pfand gegeben worden sind. Was nun bei diesem Geschäfte den Punkt anbelangt, dass man Zinsen gegen Zinsen bezahlt hat, so ist da gar nichts dabei, denn wenn Sie irgendwo Papiere versetzen, so bleiben Ihnen die Zinsen. Nur die Differenz, welche sich aus den Bank- und Coupons-zinsen ergibt, ist der Verlust, den Sie das Geschäft kostet.

Es ist ferner noch etwas in der Sache nicht richtig. Der Herr Bürgermeister hat in seinen Ausführungen jetzt gesagt, dass das Geld, das aus dem 35-Millionen-Anlehen aufgenommen wurde und das in das Budget für die Wasserleitungszwecke eingestellt worden ist, theilweise zur Bestreitung communaler Auslagen und theilweise für die Heranziehung für Wasserleitungszwecke verwendet worden ist. Wenn auch der damalige Leiter der Gemeinde, Herr Dr. v. Friebeis, dies bewilligt hat, so hat er eben einen Fehler begangen, denn auch er muss sich genau an das Gesetz halten, und gerade der jetzige Herr Vorsitzende, Vice-Bürgermeister Dr. Lueger, war es, der sich damals am heftigsten dafür ausgesprochen hat, dass das Geld nur zu diesem Zwecke — er wird sich gewiss daran erinnern — verwendet werden darf. Es ist das also, gelinde gesagt, eine Überschreitung der Competenz, die hier vorgefallen ist, und es ist leider nichts anderes darauf zu erwidern, als dass ein solches Vorgehen zu rügen ist. Einen anderen Vorwurf, der uns gemacht worden ist, muss ich entschieden zurückweisen, den Vorwurf, dass unsere Opposition gegen dieses Referat deshalb entstanden ist, weil die Banken, deren Interessen wir

quasi vertreten, um ein Geschäft gekommen sind. Ich weise das zurück — nicht nur für mich, sondern ich kenne auch die Gesinnung meiner Collegen und weiß, dass keiner aus irgendeinem persönlichen Interesse die Gemeindeinteressen gegenüber Privatinteressen zurücksetzt.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Der Herr Referent!

Gem.-Rath Mayer: Ich bitte, noch eine einzige Berichtigung.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Es ist das aber schon lange keine thatsächliche Berichtigung.

Gem.-Rath Mayer: Ich danke sehr für das Entgegenkommen, ich habe nur noch eine kleine Berichtigung.

Der Herr Bürgermeister hat auch gesagt, man wäre zu diesen Geldausgaben deshalb gezwungen gewesen, weil die frühere Gemeindeverwaltung alles verschleudert hat. Ich verweise demgegenüber auf den Abschluss pro 1895, in welchem gedruckt zu lesen ist, dass nach dem Abschlusse von 1895 eine Vermehrung des reinen Vermögens um 2,900.000 fl. stattgefunden hat. Ich bitte, dies gleichfalls zur Kenntnis zu nehmen.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Der Herr Referent!

Referent: Ich möchte nur ganz kurz bemerken, dass, wenn ich gesagt habe, dass das 35-Millionen-Anlehen theilweise zu currenten Ausgaben verwendet wird, dies allerdings unrichtig ist. Es soll auch nach der Bedeckung nicht sein, aber — ich kann ja nicht alles nachrechnen, was die Buchhaltung macht — ich weiß nicht, ob es nicht vielleicht am Jahresschlusse geschehen wird. Das war ein Irrthum meinerseits, den ich richtigstellen wollte.

Bezüglich der Vermehrung des reinen Vermögens wollen wir uns aber nicht täuschen. Das erwähnte Reinvermögen besteht aus: Canälen, Schulbauten, Pflasterungen ꝛc. Das ist aber kein Reinvermögen, welches etwas trägt, sondern welches zehrt, bei welchem wir immer daraufzahlen; das werden wir aber in Zukunft ändern, ein solcher Beschluss ist von der Commission zur Prüfung des Rechnungsabschlusses bereits gefasst worden.

Thatsache ist aber, und das wird mir Herr College Mayer nicht abstreiten, dass die Cassenbeträge in den letzten Jahren sich so verringert haben, dass im Jahre 1894 noch über fünf Millionen vorhanden waren und dass heuer nur eine Million da war, und die, meine Herren, wurde schon in der Zeitperiode des Herrn Bezirkshauptmannes in Anspruch genommen.

Gem.-Rath Mayer: Natürlich, das ist überschritten worden.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Wir kommen nun zur Abstimmung. Es sind nur 81 Mitglieder anwesend; nachdem die Anwesenheit von 92 Gemeinderäthen erforderlich ist, kann die Abstimmung in der heutigen Sitzung nicht vorgenommen werden. Es wird daher in der nächstfolgenden Sitzung über die Anträge, und zwar sowohl über die Referenten-Anträge, als auch über die Anträge der Herren Collegen Lucian Brunner und Mayer abgestimmt werden.

In der nächsten Sitzung ist die Anwesenheit von 92 Gemeinderäthen nicht erforderlich, es genügt dann, dass 70 Mitglieder anwesend sind. Sie sehen, meine geehrten Herren von der Majorität, wie sich oft eine Strafe in späteren Zeiten in eine Wohlthat verkehrt! (Heiterkeit und Sehr gut! links.) Das nächstemal genügt es, dass 70 Mitglieder anwesend sind.

Ich ersuche nun Herrn Collegen Dr. Mayreder.

(Gem.-Rath Dr. Klotzberg macht einen Zwischenruf zur Geschäftsordnung.)

Aber Herr Dr. Klotzberg! (Heiterkeit.) Zum Referate Herr Gem.-Rath Dr. Mayreder.

31. Referent Gem.-Rath Dr. Mayreder: Zahl 9211. Die k. k. Baudirection für die Wiener Stadtbahn legt das Project für die Überfahrtsbrücke gegenüber der Kirche Maria vom Siege in km 2·245 der Gürtellinie zur Zustimmung vor.

Dieser Theil der Gürtellinie wurde schon längst der politischen Begehung unterzogen, und handelt es sich im vorliegenden Falle nur um das Detailproject dieses einen Objectes. Die Niveaucote bezüglich dieses Bahnüberganges wurde seinerzeit festgestellt, und der Stadtrath empfiehlt Ihnen folgenden Antrag (liest):

„Es sei dem von der k. k. Baudirection für die Wiener Stadtbahn mit der Zuschrift vom 28. Juli 1896, Nr. 105320, übermittelten Projecte für die Überfahrtsbrücke gegenüber der Kirche Maria vom Siege in km 2·245 der Gürtellinie unter der Bedingung zuzustimmen,

1. dass die oberhalb der Brücke gelegene Straßenfläche nach dem von hieramts im Plane Nr. 301 mit rother Farbe eingetragenen Querprofile ausgeführt werde;

2. dass ferner unter jedem der beiden Fußwege für die in späterer Zeit erfolgende Einlegung von diversen Leitungen ein Raum in ähnlicher Weise reserviert bleibe, wie dies seitens der k. k. Baudirection für die Eindeckungen der Wienthallinie in Vorschlag gebracht wurde."

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Wünscht jemand das Wort? Herr College Baumgartner!

Gem.-Rath Baumgartner: Mir fällt auf, dass die Brücke sich nicht an den Übergang von der Haidmannsgasse zur Mittelgasse anschließt, sondern nur von der Seite herüberführt, so dass man einen Bogen machen muss, um zur Mittelgasse zu kommen. Ich möchte also den Zusatz beantragen, dass diese Brücke verlängert, respective verbreitert wird, so dass man von der Haidmannsgasse zur Mittelgasse geradeaus gehen kann.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Haben Herr College den Antrag aufgeschrieben?

Gem.-Rath Baumgartner: Nein!

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Es ist aber unmöglich, den Antrag in dieser Weise zur Abstimmung zu bringen; ich bitte, ihn nachträglich aufzuschreiben. — Herr College Schreiner!

Gem.-Rath Schreiner: Ich kann mich ebenfalls nur für den Antrag des Collegen Baumgartner aussprechen. Es ist unbegreiflich, dass man eine Brücke herstellen will, welche nicht fortlaufend zur nächsten Gasse führt. Sie soll gewissermassen ein Eck machen. Jetzt soll der Wagen so herfahren, dann so, dann erst in die andere Straße hinein. Das begreife ich nicht; was soll denn dafür maßgebend sein? Die Niveaubestimmung? Oder weil der Tunnel dort herauskommt? Ich könnte ebenfalls nur dann für den Antrag eintreten, wenn ein directer Übergang zwischen der Mittel- und Haidmannsgasse hergestellt wird.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Wünscht noch Jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Wenn Herr College Baumgartner nicht mit dem Antrage fertig sind, bitte ich, ihn ruhig zu schreiben, ich werde warten, bis Sie fertig sind.

Referent (zum Schlusworte): Ich kann diesen Anregungen gegenüber nur antworten, dass in einer Brückenbreite von 35 m erst nach langwierigen Unterhandlungen zugestimmt wurde, und zwar hauptsächlich mit Rücksicht darauf, dass bei dem starken Gefälle der Gürtelstraße an dieser Stelle ein directer Übergang

an jener Stelle nicht erzielt werden kann. Ich habe übrigens nichts dagegen einzuwenden und würde mich auch dem gestellten Antrage anschließen, wenn Herr College Baumgartner denselben dahin formuliert, dass die Gemeindevertretung aufgefordert wird, ihren ganzen Einfluss dahin einzusetzen, dass diese Verlängerung der Überbrückung noch nachträglich bestimmt werde.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Die Herren, welche für den Referenten-Antrag, ergänzt durch den Antrag Baumgartner, sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluss: Dem von der k. k. Baudirection für die Wiener Stadtbahn mit der Zuschrift vom 28. Juli 1896, Nr. 105320, übermittelten Projecte für die Überfahrtsbrücke gegenüber der Kirche Maria vom Siege in km 2·245 der Gütellinie wird unter der Bedingung zugestimmt:

1. dass die oberhalb der Brücke gelegene Straßenfläche nach dem von h. a. im Plane Nr. 301 mit rother Farbe eingetragenen Querprofile ausgeführt werde;
2. dass ferner unter jedem der beiden Fußwege für die in späterer Zeit erfolgende Einlegung von diversen Leitungen ein Raum in ähnlicher Weise reserviert bleibe, wie dies seitens der k. k. Baudirection für die Eindeckung der Wienthallinie in Vorschlag gebracht wurde.

Die Gemeindevertretung wird aufgefordert, ihren Einfluss dahin geltend zu machen, dass die Überbrückung derart verlängert werde, dass ein geradliniger Übergang zwischen der Mittel- und Haidmannsgasse noch möglich ist.

32. Referent Gem.-Rath Dr. Mayreder: Zahl 9308. Die k. k. Baudirection für die Wiener Stadtbahn legt das Detailproject der Mauerwerksanlage für den Viaduct und die Brücke über die Linzer Reichsstraße km 0·29/0·40 der Vorortelinie der Wiener Stadtbahn vor.

In diesem Projecte, welches die Baudirection vorgelegt hat, ist die Eisenconstruction nicht eingetragen. Nachdem der Bau-Referent gefunden hat, dass solche Eisenconstructionen vielfach in einer dem Schönheitsbedürfnisse nicht vollkommen entsprechenden Weise durchgeführt werden, stellt er folgenden Antrag (liest):

„Der k. k. Baudirection für die Wiener Stadtbahn sei Folgendes mitzutheilen:

Die Gemeinde Wien kann dem vorliegenden Projecte insolange nicht zustimmen, als nicht gleichzeitig mit demselben das Project für die Eisenconstruction vorgelegt wird, und motiviert diese ihre Haltung mit der äußerst ungünstigen Erfahrung, welche sie an anderen Punkten in dieser Hinsicht, zum Beispiel an der ehemaligen Währingerlinie, gemacht hat.

Sie spricht sich ferner entschieden gegen die nunmehr geplante Ausführung von Steinpfeilern anstatt der ursprünglich geplanten eisernen Zwischenstützen aus.

Die Gemeinde erklärt, dass es im Interesse des Verkehres dringend geboten wäre, wenn die Straße in einer einzigen Öffnung übersetzt werde, und spricht daher den diesbezüglichen Wunsch aus.

Gleichzeitig wäre die k. k. Baudirection unter Hinweis auf die aus den übersendeten Plänen zu entnehmenden Abänderungen der an die Brücke über die Linzerstraße anschließenden Bahnstrecken dringend zu ersuchen, alle derlei Abänderungen rechtzeitig, und zwar auch in jenen Fällen der Gemeinde mitzutheilen, wenn dieselben in der currenten Bahnstrecke erfolgen und anscheinend die Interessen der Gemeinde nicht berühren, weil die Kenntnis dieser Abänderungen hinsichtlich der Bestimmung der zukünftigen Baulinien für das an die Stadtbahn angrenzende Gebiet von großer Wichtigkeit ist.

Endlich wäre an die k. k. Baudirection das Ersuchen zu richten, in Betreff der mit dem Brückenbau zusammenhängenden Straßencorrection und der Herstellung, beziehungsweise Einmündung der Entwässerungsanlagen ein specielles Project der Gemeinde Wien zur Zustimmung vorzulegen."

Ich empfehle diesen Antrag zur Annahme.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Wenn nicht, bitte ich jene Herren, welche für die Referenten-Anträge stimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluss: Der vorstehende vollständig zur Verlesung gebrachte Referenten-Antrag.

33. Referent Gem.-Rath Dr. Mayreder: Zahl 9548. Detailproject für den Bau des Sammelcanales am rechten Wienflussufer von der Dommayergasse bis zur Ausmündung des Halterbaches im XIII. Bezirke.

Die Herstellung dieses Sammelcanales ist sozusagen die Vollendung des ganzen Werkes des rechtsseitigen Wienfluss-Sammelcanales, nachdem eine weitere Fortsetzung den Wienfluss aufwärts schon dadurch unmöglich wird, dass jetzt dieser Sammelcanal unmittelbar an die letzte Traverse des Staubeckens anschließt, welches dort in Ausführung begriffen ist, und zwar ist die Verbindung dieses Sammelcanales mit dem Staubecken durch eine Rohrleitung gedacht, welche dazu dienen soll, die zeitweise Durchspülung des Canales zu ermöglichen. Die Gesammtkosten dieser Arbeit, welche auf Rechnung der Verkehrs-Commission auf das Conto der Wienflussregulierung zu erfolgen hat, beziffern sich mit 247.730 fl. 32 kr., und zwar soll die ganze Arbeit in vier Baulose zertheilt werden, mit den Kostenziffern von 61.516 fl. 83 kr., 63.193 fl. 53 kr., 70.771 fl. 93 kr. und 52.248 fl. 3 kr.

Es sollen bei diesen genannten vier Baulosen die Erd-, Baumeister- und Pflastererarbeiten, die Lieferung der hydraulischen Bindemittel und die Thonwarenlieferung getrennt zur Vergebung gelangen, mithin die Möglichkeit geboten sein, kleinere Unternehmer mit Arbeiten zu betheilen. Sie ersehen mithin aus diesem Referate, dass es keineswegs die Absicht des heutigen Stadtrathes ist, große Arbeiten an einen einzigen Unternehmer zu vergeben, und dass er sich zu seinem eigenen Leidwesen nur dort zu einem solchen Schritte veranlasst gesehen hat, wo dies im Interesse der Arbeiten absolut nothwendig erschien. Nachdem sich aber diese Arbeiten der Canalisierung auf eine lange Strecke beziehen, so ist es möglich, dieselben zu theilen, und es wird Ihnen daher der Vorschlag gemacht, zwölf Unternehmungen zu ermöglichen, sich an diesen Arbeiten im Gesammtbetrage von 247.730 fl. zu betheiligen. Ich empfehle Ihnen daher den Antrag des Stadtrathes mit folgendem Wortlaute (liest):

„1. Das vorliegende Detailproject für den Sammelcanal am rechten Wienflussufer in der Strecke von der Dommayergasse bis zur Ausmündung des Halterbaches wäre mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 247.730 fl. 32 kr. zu genehmigen.

2. Der Magistrat wäre zu ermächtigen, die Unterfahrung der Verbindungsbahnen, sowie die Zuleitungsanlage für das Hackinger

Bad nach Maßgabe der mit dem Interessenten zu pflegenden Verhandlungen auch unter Abweichung vom vorliegenden Projecte ausführen zu lassen, insofern hiedurch der genehmigte Gesammtkostenbetrag nicht überschritten wird.

3. Desgleichen wäre die im Projecte vorgeschlagene Eintheilung des Canalbaues in vier Baulose zu genehmigen.

4. Für jedes Baulos wären die Erd-, Baumeister- und Pflastererarbeiten, die Lieferung der hydraulischen Bindemittel, sowie die Lieferung der Klinker und Thonwaren auf Grund der vorliegenden Bedingnisse im Wege einer öffentlichen schriftlichen Offertverhandlung zu vergeben.

5. Das Detailproject wäre der Commission für Verkehrsanlagen mit dem Ersuchen zu übersenden, demselben auch ihre Zustimmung zu ertheilen."

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Wünscht einer der Herren das Wort? (Niemand meldet sich.) Wenn nicht, bitte ich jene Herren, welche mit den Anträgen des Referenten einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Die Anträge sind angenommen.

Beschluss: Der vorstehende vollständig zur Verlesung gebrachte Referenten-Antrag.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr College Braun zum Referate.

34. Referent Gem.-Rath Braun: Ich habe die Ehre, zur referieren zur Zahl 9373. Freiwillige Turnerfeuerwehr Simmering um Subvention. Die freiwillige Turnerfeuerwehr in Simmering hat den Sanitätsdienst vollständig in die Hand genommen, und zwar: 1. den Transport von Kranken; 2. das vollständige Rettungswesen. Sie hat sich nach dem Muster der Freiwilligen Rettungsgesellschaft organisiert und will für diese Leistungen eine Subvention von 1200 fl. haben. Der Stadtrath hat sich der sehr warm gehaltenen Befürwortung des Magistrates angeschlossen, und ich bitte auch Sie, meine Herren, um Gewährung dieser Subvention.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Wünscht einer der Herren das Wort? (Niemand meldet sich.) Wenn nicht, bitte ich jene Herren, welche mit dem Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Stadtraths-Antrag ist angenommen.

Beschluss: Der freiwilligen Turnerfeuerwehr Simmering wird eine Subvention von 1200 fl. pro 1896 bewilligt und wird diese Auslage auf den Reservefond verwiesen.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Zum Referate Herr Gem.-Rath Dr. Krenn.

35. Referent Gem.-Rath Dr. Krenn: Z. 9531. Das Mariahilfer Ambulatorium kommt um Subvention ein. Ich mache die Herren darauf aufmerksam, es ist dies eine Krankenheilanstalt, die ein wahres Muster einer solchen Anstalt darstellt. Es hat dieses Ambulatorium kein Vermögen, es besitzt nicht einmal ein eigenes Heim. Es hat in seinem ganzen Vermögensausweis heuer eine Vermehrung von nur 684 fl., und hat doch 19.444 Kranke ambulatorisch behandelt und 4566 Impfungen gemacht. Ich bitte um Bewilligung einer Subvention von 400 fl.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Wünscht einer der Herren das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall. Ich bitte jene Herren, welche mit dem Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Beschluss: Dem Mariahilfer Ambulatorium wird eine Subvention von 400 fl. pro 1896 bewilligt.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr Gem.-Rath Seichert zum Referate.

36. Referent Gem.-Rath Seichert: Ich habe die Ehre, zu referieren zur Zahl 6248. Bewilligung eines Zuschusscredites von 7800 fl. zur Rubrik XXVII 1 b und von 2500 fl. zur Rubrik XXVI 6 c anlässlich des Canalbaues in der St. Veitgasse im XIII. Bezirke und der damit verbundenen Legung des Wasserleitungsrohres.

Bei dieser Herstellung haben sich ganz besondere Schwierigkeiten ergeben. Es konnten die im Projecte vorgesehenen Böschungsträger nicht erspart werden, es mussten große Quantitäten Untergrundwasser abgeleitet werden, es wurden auch Sprengmauern behufs Vermeidung von Rohrbrüchen eingebaut, es musste auch das ganze Pölzwerk in der Cunette zurückgelassen werden. Die Überschreitungen sind gerechtfertigt.

Der Stadtrath beantragt Ihnen sohin die nachträgliche Bewilligung dieser Zuschusscredite.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Wenn nicht, so bitte ich diejenigen Herren, welche mit dem Antrage des Herrn Referenten einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluss: Anlässlich des Canalbaues in der St. Veitgasse im XIII. Bezirke und der damit verbundenen Legung des Wasserleitungsrohres wird zur Rubrik XXVII 1 b ein Zuschusscredit von 7800 fl. und zur Rubrik XXVI 6 c ein solcher von 2500 fl. nachträglich bewilligt.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Zum Referate bitte ich den Herrn Vice-Bürgermeister Dr. Neumayer.

37. Referent Vice-Bürgermeister Dr. Neumayer: Zur Zahl 9480. Es handelt sich hier um die Erhöhung der Zahl der Actenzustellungswägen von 2 auf 3. Es hat sich die Nothwendigkeit herausgestellt, die Wägen, welche die Transporte der Acten von der Magistrats-Centrale in die verschiedenen Bezirkstheile zu besorgen haben, um einen Wagen zu vermehren. Der Magistrats-Antrag ist etwas weiter gegangen als der Beschluss des Stadtrathes. Der Magistrats-Antrag lautete folgendermaßen:

„Vom Jahre 1897 ist die tägliche Actenzustellung an die städtischen Ämter durch 3 Actenzustellungswägen zu leisten und werden hiefür einmalige Anschaffungskosten per 1277 fl. 68 kr. und jährliche Erhaltungskosten von 1017 fl. 85 kr. genehmigt.

Aus diesem Anlasse wird der Stand der Kutscher und der Pferde der Feuerwehr um je 1 erhöht."

Der Stadtraths-Antrag lautet folgendermaßen (liest): „Zum Zwecke der für das Jahr 1897 in Aussicht genommenen Actenzustellung an die städtischen Ämter durch drei Actenzustellungswägen wird der Stand der Kutscher der städtischen Feuerwehr um eine Person erhöht und die Beistellung der Montur für einen dritten, dem vorhandenen Stande der Aushilfsdiener zu entnehmenden Begleiter genehmigt."

Ich bitte, diesem Antrage Ihre Zustimmung zu ertheilen.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Wünscht einer der Herren das Wort? (Niemand meldet sich.) Wenn nicht, so bitte ich jene Herren, welche mit dem Antrage des Stadtrathes einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Beschluss: Zum Zwecke der für das Jahr 1897 in Aussicht genommenen Actenzustellung an die städtischen Ämter durch drei Actenzustellungswägen wird der Stand der

Kutscher der städtischen Feuerwehr um eine Person erhöht und die Beistellung der Montur für einen dritten, dem vorhandenen Stande der Aushilfsdiener zu entnehmenden Begleiter genehmigt.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Zum Referate bitte ich Herrn Collegen Rauer.

38. Referent Gem.-Rath Rauer: Zahl 9446. Hier handelt es sich um die provisorische Bestellung von Straßenaufsehern für den XIII. Bezirk.

Für den XIII. Bezirk sind derzeit zwei Straßenaufseher bestimmt. Der eine bezieht einen Gehalt von 45 fl., der andere von 34 fl. 66 kr. monatlich. Es hat sich die Nothwendigkeit herausgestellt, die Straßenaufseher für den XIII. Bezirk zu vermehren. Der Herr Bezirksvorsteher des XIII. Bezirkes hat angesucht, es sei die Anzahl derselben auf vier zu erhöhen. Ebenso das Bauamt. Die Buchhaltung und der Magistrat jedoch sagen, es sollen derzeit drei Straßenaufseher bestimmt werden, und zwar einer mit einem Gehalte von 60 fl. und die anderen zwei mit einem Gehalte von 45 fl.

Der Stadtrath hat sich diesem Vorschlage angeschlossen und legt Ihnen folgenden Antrag zur Genehmigung vor (liest):

„Es sei für den XIII. Bezirk provisorisch bis zur definitiven Systemisierung des Straßensäuberungspersonales eine Straßenaufseherstelle mit dem Taglohne von 2 fl. und zwei solche Stellen mit dem Taglohne von 1 fl. 50 kr. vom 1. December 1896 angefangen zu genehmigen."

Ich bitte um die Annahme des Antrages.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Wünscht einer der Herren das Wort? (Niemand meldet sich.) Wenn nicht, dann bitte ich jene Herren, welche mit dem Antrage des Stadtrathes einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluss: Für den XIII. Bezirk wird provisorisch bis zur definitiven Systemisierung des Straßensäuberungspersonales eine Straßenaufseherstelle mit dem Taglohne von 2 fl. und zwei solche Stellen mit dem Taglohne von 1 fl. 50 kr. vom 1. December 1896 angefangen genehmigt.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Ich bitte, fortzufahren.

39. Referent Gem.-Rath Rauer: Zahl 9418. Project für die Regulierung des Niveaus der Penzingerstraße zwischen Einwang- und Ameisgasse, XIII. Bezirk.

Die Regulierung dieses Straßentheiles ist außerordentlich nothwendig. Es hat sich in letzterer Zeit dort ein Unfall ereignet, weil die Straße so schlüpfrig ist, dass ein mit Steinen beladener Wagen umgekippt und die ganze Ladung auf das Trottoir gefallen ist. Es ist ein Glück gewesen, dass gerade niemand das Trottoir passiert hat, sonst hätte sich das größte Unglück ereignen können.

Das Bauamt hat ein Project vorgelegt, welches einen Kostenbetrag von 1505 fl. 59 kr. erfordert. Nachdem Rubrik XXII 1 d bereits überschritten ist, so ist hiezu ein Zuschusscredit in der geforderten Höhe zu erwirken. Der Stadtrath stellt den Antrag, es sei die Bewilligung eines Zuschusscredites von 1505 fl. 59 kr. zur Rubrik XXII 1 d anlässlich der Regulierung des Niveaus der Penzingerstraße zwischen Einwang- und Ameisgasse, XIII. Bezirk, zu genehmigen.

Diese Arbeiten sollen jedoch erst mit dem Eintritte des Frühjahres ausgeführt werden, nachdem jetzt die Jahreszeit schon zu vorgeschritten ist. Ich bitte um Genehmigung des Stadtraths-Antrages.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Wenn nicht, so bitte ich die Herren, welche mit dem Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Beschluss: Anlässlich der Regulierung des Niveaus in der Penzingerstraße zwischen der Einwang- und der Ameisgasse im XIII. Bezirke wird zur Rubrik XXII 1 d eine Zuschusscredit von 1505 fl. 59 kr. bewilligt.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Zum Referate College Schreiner.

40. Referent Gem.-Rath Schreiner: Ich habe die Ehre, zu referieren zur Zahl 9179. Der Reindorfer Kirchenmusikverein bittet um eine Subvention. Dieser Verein hat bereits im Vorjahre eine Subvention von 60 fl. bekommen, und der Stadtrath beantragt die Genehmigung dieses Betrages auch für 1896, jedoch mit dem Beisatze, dass hieraus der Gemeinde Wien für die Zukunft keine Verpflichtung zur Subventionierung des Vereines entstehen kann. Ich bitte, für diesen Antrag zu stimmen.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr Gem.-Rath Brunner hat das Wort.

Gem.-Rath Brunner: Mir wurde von meinen Parteigenossen zum Vorwurf gemacht, dass ich nicht mit der genügenden Schärfe gegen das herrschende System der Subventionierungen opponiert habe. Ich will mich heute nicht in längere Auseinandersetzungen ergehen. Ich erkläre nur, dass ich jetzt und in Hinkunft gegen jede Subvention, zu welchen confessionellen Zwecken immer, opponieren und stimmen werde.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Wünscht noch jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall. Wünscht der Herr Referent zu sprechen? (Derselbe verzichtet.) Ich ersuche die Herren, welche mit dem Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Beschluss: Dem Reindorfer Kirchenmusikvereine wird eine Subvention von 60 fl. pro 1896 mit dem Beisatze bewilligt, dass hieraus der Gemeinde Wien für die Zukunft keine Verpflichtung zur Subventionierung des Vereines entstehen kann.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Zum Referate Herr College Hörmann.

41. Referent Gem.-Rath Hörmann: Ich habe die Ehre, zu referieren zur Zahl 9276. Es handelt sich um ein neuerliches Offert der Eheleute Leopold und Lotti Wagner, betreffend den Verkauf der Realität Or.-Nr. 34 Untere Augartenstraße, II. Bezirk, zur Durchführung der Leopoldsgasse. Das Haus Nr. 34 Untere Augartenstraße, Grundb.-Einl.-Z. 89 im II. Bezirke, Cat.-Parc. 163/4, soll von der Gemeinde Wien zur Durchführuag der Leopoldsgasse angekauft werden. Das Haus besteht aus einem Gassentracte, einem linken und rechten Seitentracte und rückwärts aus einem ebenerdigen Quertracte. Das Haus ist einen Stock hoch und wird größtentheils vom Eigenthümer selbst benützt. Die ganze Realität hat ein Flächenausmaß von 1055 m², wovon 661·5 m² Straßengrund zur Eröffnung der Leopoldsgasse benöthigt werden, es bleiben noch zwei Baustellenfragmente im Gesammtausmaße von 393·5 m². Das eine Baustellenfragment, das an das Haus Nr. 34 Untere Augartenstraße sich anschließt, hat ein Flächenausmaß von 88·5 m², während das andere Fragment, welches sich an das

Haus Nr. 36 anschließt, einen Flächenraum von circa 305 m² hat. Diese Baustellenfragmente können selbständig nicht verbaut werden, sondern sie müssen von den anstoßenden Häusern angekauft werden. Auf dem Hause besteht eine Hypothekarforderung der I. österreichischen Sparcassa mit 6900 fl. Es ist ein langjähriger Wunsch der Bevölkerung des II. Bezirkes, dass dieser Bezirkstheil durch die Leopoldsgasse eröffnet werde. Es liegt auch eine Petition, unterschrieben von circa 80 Petenten, vor.

Es wurden Verhandlungen mit den Eheleuten Leopold und Lotti Wagner eingeleitet. Dieselben machten ein Anbot auf ihre Realität mit 106.000 fl. Dieses Anbot wurde aber abgelehnt und das Stadtbauamt aufgefordert, eine Schätzung vorzunehmen. Es schätzte die Realität auf 73.850 fl., also 70 fl. per Quadratmeter. Die Eigenthümer dieser Realität gingen dann mit dem Preise auf 95.000 fl. herunter; auch dieser Betrag wurde vom Stadtrathe abgelehnt.

Es wurde ein Verhandlungs-Comité im Stadtrathe gewählt, welches mit den Eheleuten Leopold und Lotti Wagner die Verhandlungen weiter zu führen hatte, und es ist nach langen Auseinandersetzungen und mühsamen Verhandlungen endlich gelungen, ein Anbot von 73.000 fl. zu erzielen. Wir haben noch weiter verhandelt und das Anbot von 106.000 fl. auf 65.000 fl. heruntergebracht.

Der Stadtrath stellt daher folgende Anträge (liest):

„1. Die Gemeinde Wien erwirbt die den Eheleuten Leopold und Lotti Wagner gehörige Realität Or.-Nr. 34 Untere Augartenstraße, Einl.-Z. 889 II. Bezirk, wie sie liegt und steht, zum Zwecke der Durchführung der Leopoldsgasse um den Preis von 65.000 fl. und unter folgenden Bedingungen:

a) Von dem Kaufschillinge ist ein Betrag von 35.000 fl. bei Übergabe der Realität in den physischen Besitz der Gemeinde, der nach Abzug der auf der Realität intabulierten 5½%igen Satzpost in dem noch aushaftenden Betrage per 6100 fl. sammt Nebengebüren, welche die Gemeinde zur Zahlung übernimmt, der verbleibende Rest binnen eines weiteren Jahres zu bezahlen und mittlerweile mit 4 Percent halbjährig zu verinteressieren;

b) auf eine grundbücherliche Sicherstellung des Kaufschillingsrestes wird verzichtet;

c) die Vertragskosten und Übertragungsgebüren trägt die Gemeinde, die Kosten der Löschungsquittungen tragen die Verkäufer;

d) vom Verkaufe ausgeschlossen bleiben: sämmtliche Gaslüster, die Bade-Einrichtung und die Jalousien des Gassentractes;

e) die Übergabe der Realität in den physischen Besitz der Gemeinde hat binnen vier Wochen nach erfolgter Genehmigung dieser Transaction durch den Gemeinderath stattzufinden.

2. Bewilligung eines Zuschussredites zur Ausgabs-Rubrik XXII 4 in der Höhe des Erfordernisses.

3. Demolierung des Hauses nach dem Mai-Auszieht termine 1897; Kündigung der Parteien im Februar 1897 pro Mai 1897."

Ich bitte um die Genehmigung dieser Anträge.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Wünscht einer der Herren das Wort? (Niemand meldet sich.) Wenn nicht, so bitte ich diejenigen Herren, welche mit den Anträgen des Stadtrathes einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Die Anträge sind zum Beschlusse erhoben.

Beschluss: Der vorstehende vollständig zur Verlesung gebrachte Referenten-Antrag.

42. Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Auf der Tagesordnung steht noch eine Wahl, und zwar eines Mitgliedes in die Gas-Commission. Ich bitte nun, für diese Wahl die Stimmzettel abzugeben, und ersuche den Herrn Schriftführer, die Namen der Herren Gemeinderäthe zu verlesen. (Über Namensaufruf seitens des Schriftführers Gem.-Rath Lehofer geben die Gemeinderäthe ihre Stimmzettel ab.) Wir werden jetzt das Scrutinium vornehmen; das ist momentan fertig, wenn der Herr Vice-Bürgermeister Dr. Neumayer und einer der Herren Schriftführer die Güte hätte. Wir werden dann das Resultat der Wahl verkünden, was nur deswegen nothwendig ist, damit das neugewählte Mitglied den Sitzungen der Gas-Commission beiwohnen kann. Dann halten wir noch eine vertrauliche Sitzung ab, um die Gegenstände, die zu erledigen sind, vollständig aufzuarbeiten. Vielleicht wird es auch diesmal möglich sein, die Freitag-Sitzung des Plenums des Gemeinderathes entfallen zu lassen. (Nach Vornahme des Scrutiniums:) Bei der Wahl eines Mitgliedes in die Gas-Commission wurden 69 Stimmzettel abgegeben. Es entfielen 69 Stimmen auf Gem.-Rath Lehofer; derselbe erscheint somit gewählt.

Die öffentliche Sitzung ist geschlossen; es findet eine vertrauliche Sitzung statt.

(Schluss der Sitzung 8 Uhr abends.)

Beschluss-Protokoll

der **vertraulichen** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom **24. November 1896.**

Vorsitz: **Vice-Bürgermeister Dr. Lueger.**

1. (9297.) **Gem.-Rath Dr. Kupka** beantragt die Belassung der Gnadengaben von jährlich je 100 fl. für die Wasserleitungs-Aufseherswitwe Marie Matschiner und für die Wasserleitungs-Aufsehergehilfenswitwe Anna Hartmann, puncto Bericht in Betreff des Bezuges von Dauerrenten der Unfallversicherungs-Anstalt durch die beiden genannten Frauenspersonen.

(Angenommen.)

2. (9286.) **Derselbe** beantragt die Gewährung einer einmaligen Gratification von 250 fl. (Abfertigung) an Adalbert Böhm, Turnlehrer an der Gumpendorfer Communal-Oberrealschule.

(Angenommen.)

3. (9673.) **Vice-Bürgermeister Dr. Neumayer** beantragt, dem k. k. Bezirksschul-Inspector Joh. M. Hinterwaldner anlässlich der Vollendung seines 30. Dienstjahres das Bürgerrecht der Stadt Wien mit Nachsicht der Taxen zu verleihen.

(Einstimmig angenommen.)

4. (9453.) **Derselbe** beantragt den Fortbezug der Gnadengabe jährlicher 80 fl. vom 1. December 1896 an, auf 3 Jahre für die Volksschullehrerswitwe Marie Rosiwal.

(Angenommen.)

5. (9299.) **Derselbe** beantragt den Fortbezug der Gnadengabe von jährlichen 300 fl. vom 1. November 1896 auf 3 Jahre für die Rechnungsrevidentensgattin Emma Steidler.

(Angenommen.)

6. (9532.) **Derselbe** beantragt den Fortbezug der Gnadengabe von jährlichen 360 fl. vom 1. März 1897 auf 3 Jahre für die Bezirksvorstehers- und Oberlehrerswitwe Marie Grabner. (Angenommen.)

7. (9338.) **Derselbe** beantragt die Gewährung einer Gnadengabe jährlicher 150 fl. auf die Dauer des Witwenstandes für die Maschinenwärtersgattin Elise Famera. (Angenommen.)

8. (9601.) **Derselbe** beantragt den Fortbezug der Gnadengabe jährlicher 120 fl. auf 3 Jahre vom 28. October 1896 für die Registratorswitwe Marie Krautil. (Angenommen.)

9. (9528.) **Derselbe** beantragt die Gewährung einer einmaligen Unterstützung von 50 fl. an die Diurnistenswitwe Anna Berger. (Angenommen.)

10. (9526.) **Derselbe** beantragt die Bewilligung einer Gnadengabe jährlicher 300 fl. auf 3 Jahre für die Magistrats-Concipistens-Witwe Fanni Karas. (Angenommen.)

(Schluss der Sitzung.)

Stadtrath.

Sitzungen des Stadtrathes.

Dienstag, den 1. December 1896.
Mittwoch, den 2. December 1896.
Donnerstag, den 3. December 1896.
Freitag, den 4. December 1896.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom **18. November 1896** (vormittags).

Vorsitzender: Vice-Bürgermeister Dr. Josef Neumayer.

Anwesende: Braun, Büsch, Dr. Deutschmann, Fiedler, Gräf, Grünbeck Sebastian, Hipp, Hörmann, Hraba, Dr. Krenn, Dr. Kupka, Dr. Mayreder, Müller Lorenz, Purscht, Rauer, Rißaweg, Schreiner, Seichert, Tomola, Dr. Wähner, Weitmann, Wessely, Vice-Bürgermeister Dr. Karl Lueger.

Experte: Oberingenieur Mayer.
Schriftführer: Magistrats-Concipist H. Pfeiffer.

Vice-Bürgermeister Dr. Neumayer eröffnet die Sitzung.

Der Vorsitzende gibt bekannt die Nachweisung über die Belastung des Reservefondes mit 14. November 1896:

Reservefond		500.000 fl. — kr.
Effective Belastung . . .	287.179 fl. 51½ kr.	
Belastung durch in Aussicht stehende, bereits genehmigte, jedoch noch nicht effectuierte Auslagen	454.957 „ 85½ „	
zusammen .		742.137 „ 37 „
daher nach Hinzurechnung der für unvorhergesehene Auslagen bei den Bezirken II bis XIX à 500 fl. zu reservierenden		9.500 „ — „
eigentlich um		251.637 fl. 37 kr.

überschritten.

Außerdem stehen für Rechnung des Reservefondes Anträge im Gesammtbetrage von 437.469 fl. 39 kr. in Vormerkung, bezüglich deren die Genehmigung noch aussteht. (Zur Kenntnis.)

(9510.) **St.-R. Dr. Kupka** referiert über das Ansuchen des Victor Peschl um grundbücherliche Löschung Einl.-Zl. 186 und 240 im VI. Bezirke, Gumpendorferstraße, und beantragt, die Ausstellung der angesuchten Löschungserklärung bezüglich der auf den Einl.-Zl. 186 und 240 im VI. Bezirke zu Gunsten der Gemeinde Wien auf Grund des Reverses vom 24. Mai 1895 haftenden Reallast der Verbindlichkeit zur Hausadaptierung und Trottoirumlegung anlässlich Niveauregulierung auf Kosten der Partei zu bewilligen.

St.-R. Wessely beantragt die Ablehnung.

Referenten-Antrag angenommen.

(9415.) St.-R. Dr. Kupka referiert über die Wahl des Obmannes des Armeninstitutes des V. Bezirkes infolge der Niederlegung der Stelle eines Obmannes seitens des Johann Pointner und beantragt:

1. Die in der Sitzung des Armenrathes vom 30. October 1896 vorgenommene Wahl des Johann Pointner zum Obmanne des Armeninstitutes für den V. Bezirk wird aus formalen Gründen für ungiltig erklärt.

2. Die Armeninstituts-Vorstehung Margarethen wird aufgefordert, wegen Neuwahl eines Obmannes unter Beobachtung der bestehenden Vorschriften ehethunlichst das Erforderliche zu veranlassen.

3. Die Armeninstituts-Vorstehung Margarethen wird angewiesen, das Protokoll über jene Armenconferenz, in welcher die Resolution gegen den Magistrat beschlossen wurde, unverzüglich dem Magistrate vorzulegen. (Angenommen.)

(9297.) St.-R. Dr. Kupka referiert über den Bericht des Magistrates in Betreff des Bezuges von Dauerrenten der Unfallversicherungsanstalt seitens der mit Gnadengaben von der Gemeinde Wien bedachten Wasserleitungs-Aufseherswitwe Marie Matschmer und seitens der Wasserleitungs-Aufsehergehilfenswitwe Anna Hartmann und beantragt, hinsichtlich der denselben aus Gemeindemitteln für die Dauer des Witwenstandes verliehenen Gnadengaben jährlicher 100 fl. eine abändernde Verfügung nicht zu treffen, sondern die Genannten im Bezuge dieser Gnadengaben zu belassen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(9499.) **St.-R. Lorenz Müller** referiert über das Ansuchen des Dr. E. Friedmann als End & Horn'scher Concursmasseverwalter um Untertheilung der Realität Einl.-Z. 3403 im II. Bezirke und beantragt, die erbetene Untertheilung der genannten Realität auf fünf Baustellen nach Maßgabe der vorliegenden Pläne zu ertheilen. (Angenommen.)

(9177.) St.-R. Lorenz Müller referiert über das Ansuchen der freiwilligen Feuerwehr Schiffmühlen-Krieau um Ertheilung der Löschungsbewilligung und beantragt:

1. Die Ertheilung der Berechtigung zur Vornahme von Feuerlöschvorkehrungen und Hilfeleistungen bei Unglücksfällen in Wien unter gleichzeitiger Bestimmung des im Berichte des städtischen Feuerwehr-Commandos vom 10 October 1896 bezeichneten Gebietes als Feuerlöschrevier.

2. Bestätigung der Wahl der Mitglieder des Ausschusses und des Vorstandes durch den Bürgermeister. (Angenommen.)

(9435.) St.-R. Lorenz Müller referiert über das Ansuchen der k. k. Telegraphenbauleitung um Aufstellung von zwei Säulen in der Vorgartenstraße, II. Bezirk, und beantragt, der k. k. Post- und Telegraphen-Direction die Bewilligung zu ertheilen, zwei Säulen der aus der Kronprinz Rudolfstraße zu entfernenden und in die Vorgartenstraße zu verlegenden Telephonleitungen auf Bürgerspitalfondsgründe, und zwar auf dem längs dem Anton Tiesel'schen Pachtgrunde gelegenen Straßengrundstreifen unentgeltlich unter der Bedingung aufzustellen, dass sich die k. k. Post- und Telegraphen-Direction verpflichtet, die beiden Säulen im Falle des Bedarfes über Aufforderung der Gemeinde Wien umzustellen oder zu entfernen. (Angenommen.)

(9494.) St.-R. Müller referiert über die Abschreibung von Wassermehrverbrauchsgebüren nach zehn Parteien aus dem II. Bezirke per 584 fl. 70 kr. und beantragt die Abschreibung.

(Angenommen.)

(9316.) St.-R. Lorenz Müller referiert über Gesuche um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit an:

Kukla Rosine, Toilettefrau;
Möser Anton, Scontist;
Tofant Rudolf, Geschäftsführer;
Remsa Anna, Näherin;
Bobrich Josefa, Hausiererin;
Krykorka Anton, Dienstmann;
Nakousky Anton, Schuhmacher;
Himmelhuber Leopold, Stallpage;
Strauß Josef, Metalldrehergehilfe:
Pulstinger Josef, Holz- und Kohlenhändler;
Antl Johann, Vorarbeiter;
Havliček Clara, Hausbesorgerin;
Fuchs Franz, Lackierergehilfe. (Angenommen.)

(9376.) **St.-R. Dr. Krenn** referiert über die Holzfällung in den Bürgerspitalsauen im Prater pro 1896/97 und beantragt, den Holzfällungs-Antrag des k. u. k. Officials Heinrich Khemel, wonach:

1. im Schwimmschulmais (außer dem für den Reservegarten eingefriedeten Theile) die zapfdürren und unterdrückten Baum- und Hochholzbestände mit einem Quantum von 8 Raummeter;

2. in dem Districte Kaisermühlen, nächst der Kagraner Reichsstraße, die in dem durch aufgegangene Hochwässer durchweichten Boden entstandenen Windwürfe (Wurzelwürfe) mit einem Quantum von 12 Cubik-Raummeter in der Periode 1896/97 zu Fällung gelangen, zu genehmigen.

An Hackerlohn wird ein Betrag von 40 kr. per Cubik-Raummeter bewilligt, ferner werden die beantragten Verkaufspreise von 1 fl. 10 kr. beziehungsweise 1 fl. 80 kr. per Cubik-Raummeter genehmigt und wird der Obgenannte ermächtigt, das Holz um die genehmigten Preise, welche als Nominalpreise zu gelten haben, aus freier Hand zu verkaufen.

(Angenommen.)

(9412.) St.-R. Dr. Krenn referiert über die Weiterbelassung von normalalten Zöglingen in mehreren Waisenhäusern und beantragt die Belassung der vom Magistrate vorgeschlagenen Zöglinge des I. bis VIII. städtischen Waisenhauses, welche das Normalalter bereits erreicht haben, bis zum Schlusse des Schuljahres 1896/97.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger beantragt, den Magistrat zu beauftragen, über die Art und Weise der Verwendung des V. städtischen Waisenhauses zu berichten, insbesondere darüber, ob in demselben auch gesunde Kinder untergebracht werden und ob dem eigentlichen Zwecke dieses Waisenhauses, daselbst sieche Kinder unterzubringen, derzeit noch Rechnung getragen wird.

Referenten-Antrag mit Zusatz Vice-Bürgermeister Dr. Lueger angenommen.

(9436.) St.-R. Dr. Krenn referiert über die Vergebung des Holztransportes in Mannswörth und beantragt, die Abfuhr der in der Fällungsperiode 1896/97 in der Porgenau (Forstrayon Mannswörth) zur Aufarbeitung gelangenden Derb- und Bürtelhölzer von circa 2200 bis 2400 Cubik-Raummeter auf den an die sogenannte Amtshauswiese angrenzenden Holzlagerplatz um den von Karl Schwarzäugl offerierten Einheitsfuhrlohn von 27 kr. für einen Raummeter unter den im Protokolle vom 25. October 1896 enthaltenen Bedingungen zu genehmigen.

Behufs Instandsetzung und Erhaltung der zur Holzabfuhr zu benützenden Waldwege wird ein Pauschalbetrag von 30 fl. bewilligt, jedoch ist dieser Pauschalbetrag dem obgenannten Unternehmer erst nach vollendeter Holzausfuhr auszubezahlen. (Angenommen.)

(9531.) St.-R. Dr. Krenn referiert über das Ansuchen des Mariahilfer Ambulatoriums um Subvention und beantragt die Bewilligung einer Subvention von 400 fl. pro 1896.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(9043.) St.-R. Dr. Krenn referiert über den Antrag des Gem.-Rathes Dr. Gesselbauer auf Gewährung einer Subvention per 1000 fl. an das Maria Theresien-Hospital, und beantragt, den Gemeinderaths-Beschluss vom 6. October 1896, Z. 7953, auf Ablehnung des Subventionsansuchens dermalen, d. i. pro 1896, im Sinne des Magistrats-Antrages aufrechtzuhalten.

St.-R. Dr. Wähner beantragt, die Bewilligung einer Subvention pro 1896 per 1000 fl.; im Falle der Ablehnung dieses Antrages ist mit Rücksicht darauf, dass die außerordentlichen Einnahmen des vergangenen Jahres an der Gebarung des Vereines noch fühlbar sein werden, von einer Subventionierung pro 1896 abzusehen.

St.-R. Dr. Mayreder beantragt die Gewährung der vom St.-R. Dr. Wähner beantragten Subvention, jedoch sei der Wunsch auszusprechen, dass es in der nächsten Generalversammlung möglich gemacht werde, dass die Gemeinde in der Verwaltung vertreten sei.

Referenten-Antrag angenommen.

(9372.) **St.-R. Hipp** referiert über das Ansuchen der Neuen Wiener Tramway-Gesellschaft um Consens zu baulichen Herstellungen in der Remise XVI., Ottakringerstraße 155, und beantragt, die Bestätigung der Baubewilligung unter der Bedingung zu ertheilen, dass die Neue Wiener Tramway-Gesellschaft für sich und ihre Rechtsnachfolger einen tabulationsfähigen Revers mit der Verpflichtung ausstelle, dass das in Frage kommende Object auf jedesmaliges Verlangen der Gemeinde Wien demoliert werde. (Angenommen.)

(9305.) St.-R. Hipp beantragt die Wiederaufnahme der Debatte bezüglich des in der Stadtraths-Sitzung am 11. November 1896 er-

stattete Referates Z. 9305, betreffend die Einbauung eines Austria-Ventilators im Staatsbahnhofe. (Angenommen.)

Der Referenten-Antrag auf Gesuchsgewährung unter den mit Gemeinderaths-Beschluss vom 7. Februar 1889, Z. 7857, festgestellten Bedingungen wird mit dem Zusatze angenommen, dass ein Wassermesser eingebaut werde.

(9463.) St.-R. Hipp referiert über die Uneinbringlichkeit einer Gemeindeumlage nach Bela Frank per 3 fl. 99 kr. und beantragt die Abschreibung. (Angenommen.)

St.-R. Hipp referiert über Gesuche um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Gesuchsgewährung für:

(9455.) Baranyai Georg, Tapezierer;

(9474.) Wedra Johann, Schuhmacher. (Angenommen.)

St.-R. Hipp referiert über Gesuche um Aufnahme in den Gemeindeverband und beantragt:

a) die Verleihung der Zuständigkeit an:

(9486.) Dworak Franz, Hilfsarbeiter;
Ruhm Josef, Perlmutterabfälle-Verschleißer;
Gruner Katharina, Gemischtwaren-Verschleißerin;
Grimmel Josef, Rohperlbläsergehilfe;
Breyer Karl, Hausbesorger;
Schaup Leopold, best. Milchmeier;
Zbornik Josef, Tischler (XVI. Bezirk). (Angenommen.)

b) die Zusicherung der Aufnahme an:

(9451.) Ebenspanger Christine, Gemischtwaren-Verschleißerin, unter Nachsicht der Taxe.

St.-R. Wessely beantragt die Ertheilung der Zusicherung gegen Erlag der normalen Taxe.

Antrag des St.-R. Wessely angenommen.

(9565.) **St.-R. Dr. Deutschmann** referiert über das Anerbieten des Julius Frankl zur Einräumung der Servitut der Duldung einer öffentlichen Straße auf den Realitäten Einl.-ZZ. 425 und 492 in Penzing und beantragt:

1. unter Aufrechthaltung und in weiterer Ausführung des Stadtraths-Beschlusses vom 28. October 1896, Z. 8566, das protokollarische Anerbieten des Julius Frankl vom 6. und 16. November d. J., womit sich derselbe bereit erklärt, gleichzeitig mit der grundbücherlichen Abschreibung der nach dem mit dem bezogenen Stadtraths-Beschlusse genehmigten Übereinkommen zum öffentlichen Gute abgetretenen Theile der Cat.-Parc. 555/3 und 559/9 von dem Gutsbestande der Realitäten Grdb.-Einl.-Z. 425 beziehungsweise 492 in Penzing auf den sonach in seinem Eigenthum verbleibenden Resten dieser Realitäten der Servitut der Duldung einer öffentlichen Straße und aller zur Benützung derselben von der Gemeinde Wien getroffenen oder noch zu treffenden Anstalten einverleiben zu lassen, wenn die Gemeinde Wien einwilligt, dass Frankl an der Grenze der Cumberlandstraße, Cat.-Parc. 559/9, und der projectierten Januligasse, Cat.-Parc. 555/3, entlang den Parc. 555/6 mit Freilassung der bestehenden Ausfahrt, beziehungsweise entlang den Parc. 555/60, 555/59, 555/58, 555/4 und 555/70 je einen Schranken errichtet und erhält und ihm die Kosten dieser Schrankenherstellung im Pauschalbetrage von 320 fl. vergütet, namens der Gemeinde anzunehmen und

2. zu genehmigen, dass dieser Betrag (bedeckt) an Jul. Frankl am Tage der Fertigung des über den bezogenen Stadtraths-Beschluss auszufertigenden Übereinkommens von der städtischen Hauptcassa ausbezahlt wird.

Referenten-Antrag mit der Abänderung angenommen, dass die Abschrankung auf eigene Kosten und Verantwortung des Jul. Frankl zu erfolgen hat.

(9549.) St.-R. Dr. Deutschmann referiert über die eventuelle Ergreifung des Recurses puncto Erwerb- und Einkommensteuer-Entrichtung seitens der Firma Dr. Paul Engländer im VII. Bezirke und beantragt, es sei von der Ergreifung eines Recurses gegen die Entscheidung der k. k. Bezirkshauptmannschaft Hietzing Umgebung Umgang zu nehmen. (Angenommen.)

(9508.) **St.-R. Rißaweg** referiert über die Errichtung einer Schneeplanke in der Himbergerstraße vom Ziegelwerke bis zum Linienamtsgebäude, X. Bezirk, und beantragt, im Winter 1896/97 versuchsweise auf den Cat.-Parc. 1025/2, 1020/2, 1019/2, 1014/2, Grundbuch Inzersdorf, an der Himbergerstraße im X. Bezirke eine Schneeplanke in der im Localaugenscheinsprotokolle angeführten Weise zu errichten und für diesen Zweck einen Kostenbetrag von 466 fl. zu genehmigen.

Zur Rubrik XXII 5 k wird ein Zuschusscredit in dieser Höhe bewilligt. (Angenommen.)

(9259.) St.-R. Rißaweg referiert über das Ansuchen des Friedrich Holzer um Consens für ein Arbeiterwohnhaus auf seinem Ziegelwerke in Ober-Laa (Stadt) im X. Bezirke und beantragt, den Antrag des magistratischen Bezirksamtes für den X. Bezirk mit dem Vorbehalte zu bestätigen, beziehungsweise zu genehmigen, dass aus demselben kein Präjudiz und keine Beschränkung für die der Gemeinde Wien gemäß der §§ 1, 3, 10, 13 der Wiener Bauordnung zustehenden Rechte hinsichtlich der Realitäten Grundb.-Einl.-ZZ. 464, 567, 568 und 638 Ober-Laa (Stadt) im X. Bezirke, abgeleitet werde. (Angenommen.)

(9450.) St.-R. Rißaweg referiert über das Ansuchen der Südbahn-Gesellschaft noe. Franz Kubacseck um Baubewilligung Einl.-Z. 2036 im X. Bezirke, Dampfgasse, und beantragt die Bestätigung des Bauconsenses unter der Bedingung, dass das Object jederzeit sofort auf Verlangen der Gemeinde Wien ohne Anspruch auf Entschädigung beseitigt werde. (Angenommen.)

(9449.) St.-R. Rißaweg referiert über das Ansuchen des Karl Schilberg um Consens zu baulichen Herstellungen auf dem Eislaufplatze Cat.-Parc. 1915 an der Dampf-, verlängerten Herz- und Alxingergasse im X. Bezirke und beantragt, die vom magistratischen Bezirksamte für den X. Bezirk beantragte Ertheilung des Bauconsenses unter der Bedingung zu bestätigen, dass die Object jederzeit sofort auf Verlangen der Gemeinde Wien ohne Anspruch auf Entschädigung beseitigt werden. (Angenommen.)

(9524.) St.-R. Rißaweg referiert über den Recurs des Adolf Tschepper puncto Canaleinmündungsgebürenzahlung Einl.-Z. 610 im X. Bezirke, Schröttergasse 45, Ecke der Herzgasse 71, und Einl.-Z. 58 im X. Bezirke, Alxingergasse 64, und beantragt die Abweisung. (Angenommen.)

(9246.) St.-R. Rißaweg referiert über die Uneinbringlichkeit von Effectensicherstellungskosten nach fünf Parteien aus dem X. Bezirke per 9 fl. 10 kr. und beantragt die Abschreibung. (Angenommen.)

(9426.) St.-R. Rißaweg referiert über den Verkauf von 20 Stück alten Schulstampiglien und beantragt den Verkauf derselben an Adolf Rösler um den Betrag von 3 fl. (Angenommen.)

(9292.) St.-R. Rißaweg referiert über die Uneinbringlichkeit von Licenzgebüren nach Peter Felner per 6 fl. 30 kr. und beantragt die Abschreibung. (Angenommen.)

(9240.) St.-R. Rißaweg referiert über die Uneinbringlichkeit von Versorgungshaus-Verpflegskosten nach Josef Dostal, Josef Helbl, Johann Brusa und Josefa Kuger per 151 fl. 5 kr. und beantragt die Abschreibung. (Angenommen.)

(9543.) St.-R. Rißaweg referiert über die Uneinbringlichkeit von Beerdigungskosten nach 178 Parteien aus dem X. Bezirke per 617 fl. 45 kr. und beantragt die Abschreibung. (Angenommen.)

(9478.) **St.-R. Wessely** referiert über den Verkauf eines ausgemusterten Pferdes der Straßensäuberung im XII. Bezirke und beantragt den Verkauf des dienstuntauglich gewordenen Pferdes der eigenen Regie hinsichtlich der Straßensäuberung durch die Marktamts-Abtheilung im V. Bezirke im Einvernehmen mit dem Vorsteher des XII. Bezirkes. (Angenommen.)

(9448.) **St.-R. Dr. Mayreder** referiert über den Magistrats-Bericht über die Begutachtung der von dem städtischen Ingenieurs-Adjuncten Joh. Hermanek verfassten Projecte für die Reconstruction, respective für den Neubau der Franzensbrücke seitens der Jury und beantragt, die zur Begutachtung der Projecte für den Neubau einer Brücke an Stelle der Franzensbrücke über den Donaucanal im II. Bezirke einberufene Jury einzuladen, ihr Gutachten für die von dem städtischen Ingenieurs-Adjuncten Joh. Hermanek verfassten Projecte für dir Reconstruction, respective den Neubau der Franzensbrücke sofort nach Abgabe des Jury-Berichtes über die umgearbeiteten Projecte für den genannten Brückenbau der Wittkowitzer Bergbau- und Eisenhüttengewerkschaft und der Bauunternehmung E. Gaertner vorzulegen. (Angenommen.)

(9079.) **St.-R. Dr. Wähner** referiert über die Reinigung der Straßentafeln im IV. Bezirke und beantragt, die Reinigung der Straßenaufschriftstafeln des IV. Bezirkes der Firma Josef Henopp nach derem Offerte zum Einheitspreise von 20 kr. per Stück unter Einhaltung der vom magistratischen Bezirksamte für den IV. Bezirk beantragten Bedingungen zu übertragen. (Angenommen.)

(9081.) St.-R. Dr. Wähner referiert über die Zuschrift des Rectorates der Wiener Universität, in welcher der Dank für die Überlassung von mehreren Localitäten zur Abhaltung von volksthümlichen Universitätsvorträgen ausgesprochen wird, und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen.)

(9128.) St.-R. Dr. Wähner referiert über Gesuche um Aufnahme in den Gemeindeverband und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit an:

Müller Marie, Hausbesorgerin;
Lapka Franz, Kutscher;
Schleich Johann, Geschäftsdiener;
Tausenau Marie, Private (IV. Bezirk). (Angenommen.)

(9132.) St.-R. Dr. Wähner referiert über Gesuche um Aufnahme in den Gemeindeverband und beantragt die Zusicherung der Aufnahme an:

Rest Elisabeth, Köchin;
Meller Antonia, Näherin;
Matuschek Heinrich Ant., Schneider-Vorarbeiter;
Czampo Franz, Beamter der Südbahn;
Kihem Josef, Comptorist. (Angenommen.)

(9345.) St.-R. Dr. Wähner referiert über Gesuche um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Gesuchsgewährung für:

Stang Raimund, Vergolder;
Gaß Josef, Schneider;
Bosak Wenzel, Gemischtwarenverschleißer;
Hanak August Victor, Buchbinder (IV. Bezirk).

(Angenommen.)

(Schluss der Sitzung.)

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom **18. November 1896** (nachmittags).

Vorsitzender: Vice-Bürgermeister Dr. Josef Neumayer.

Anwesende: Braun, Büsch, Dr. Deutschmann, Fiedler, Gräf, Grünbeck Sebastian, Hipp, Hörmann, Hraba, Dr. Kupka, Dr. Mayreder, Müller Lorenz, Pursch, Rauer, Rißaweg, Schreiner, Seichert, Tomola, Dr. Wähner, Weitmann, Wessely, Bürgermeister Josef Strobach, Vice-Bürgermeister Dr. Karl Lueger.

Entschuldigt: St.-R. Dr. Krenn.

Experten: Oberbuchhalter Nelböck, Magistratsrath Silberbauer, Buchhalter Fechner.

Schriftführer: Magistrats-Concipist Dr. Bibl.

Vice-Bürgermeister Dr. Neumayer eröffnet die Sitzung und theilt mit, dass St.-R. Dr. Krenn sein Ausbleiben von der heutigen Sitzung entschuldigt hat. (Zur Kenntnis.)

(9482.) **St.-R. Sebastian Grünbeck** referiert über die Aufstellung einer Statue des heil. Johannes auf dem Pfarrhofplatze in Heiligenstadt durch das Pfarramt Heiligenstadt und beantragt, die Aufstellung dieser Statue unter der Bedingung nachträglich zu genehmigen, dass der bisherige Eigenthümer auch die fernere Erhaltung der Statue in gutem Stande besorge und zum Zeichen der Anerkennung des freien Eigenthumes der Gemeinde an dem Grunde, auf welchem die Statue steht, einen jährlichen Platzzins von 1 fl. entrichte. (Angenommen.)

(9458.) St.-R. Sebastian Grünbeck referiert über die Einführung der Auer'schen Gasglühlichtbeleuchtung im großen und kleinen Sitzungssaale des Bezirksausschusses des XVII. Bezirkes und beantragt die Genehmigung nach dem Magistrats-Antrage. (Angenommen.)

(9377.) **St.-R. Dr. Mayreder** referiert über das Ansuchen des Jul. Deininger noe. der Witwen- und Waisen-Societät des Wiener medicinischen Doctoren-Collegiums um Baubewilligung I., Rothenthurmstraße, und beantragt:

1. die Bestätigung der Baubewilligung, und
2. die Überlassung des zu den fraglichen Thorportalen in Anspruch genommenen Grundes im Mehrausmaße von 0·466 m² gegen Einlösung desselben um 900 fl. per Quadratmeter, somit um den Betrag von 419 fl. 40 kr. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(9548.) St.-R. Dr. Mayreder referiert über das Detailproject für den Bau des Sammelcanales am rechten Wienflussufer von der Dommayergasse bis zur Ausmündung des Halterbaches im XIII. Bezirke und beantragt:

1. Das vorliegende Detailproject für den Sammelcanal am rechten Wienflussufer in der Strecke von der Dommayergasse bis zur Ausmündung des Halterbaches wäre mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 247.730 fl. 32 kr. zu genehmigen.

2. Der Magistrat wäre zu ermächtigen, die Unterfahrung der Verbindungsbahnen, sowie die Zuleitungsanlage für das Hackinger Bad nach Maßgabe der mit den Interessenten zu pflegenden Verhandlungen auch unter Abweichung vom vorliegenden Projecte ausführen zu lassen, insofern hiedurch der genehmigte Gesammtkostenbetrag nicht überschritten wird.

3. Desgleichen wäre die im Projecte vorgeschlagene Eintheilung des Canalbaues in vier Baulose zu genehmigen.

4. Für jedes Baulos wären die Erd-, Baumeister und Pflasterer-arbeiten, die Lieferung der hydraulischen Bindemittel, sowie die Lieferung der Klinker- und Thonwaren auf Grund der vorliegenden Bedingnisse im Wege einer öffentlichen schriftlichen Offertverhandlung zu vergeben.

5. Das Detailproject wäre der Commission für Verkehrsanlagen mit dem Ersuchen zu übersenden, demselben auch ihre Zustimmung zu ertheilen. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(8123.) **St.-R. Pursch** referiert über das Ansuchen des Rudolf und der Anna Schaller um Schadloshaltung für den vom Hause Or.-Nr. 34 Kahlenbergerstraße, XIX. Bezirk, abgetretenen Grund im Ausmaße von 122·86 m² und beantragt, die Schadloshaltung mit 4 fl. 50 kr. per Quadratmeter zu bestimmen.

(Angenommen.)

(9356.) St.-R. Pursch referiert über den aus Anlass einer Anzeige gegen die freiwillige Feuerwehr Hernals vom Magistrate erstatteten Bericht in Betreff des Ausrückens dieser Feuerwehr bei Bränden.

(Der Bericht, wonach eine Einschränkung des Ausrückens der freiwilligen Feuerwehr Hernals nicht einzutreten habe, wird zur Kenntnis genommen.)

(9378.) St.-R. Pursch referiert über das Ansuchen der Bauunternehmung Heim & Herrmann um Vornahme der Schlusscollaudierung bezüglich der Rohrumlegung sowie um Anerkennung des eingehaltenen Arbeitstermines und beantragt:

1. die sofortige Vornahme der Schlusscollaudierung der fertiggestellten Arbeiten bei der Rohrherausnahme zu bewilligen;

2. von der Festhaltung an dem vereinbarten Arbeitstermine von 245 Tagen Umgang zu nehmen, und

3. zu genehmigen, dass die noch vorzunehmenden Arbeiten seinerzeit der Schlusscollaudierung unterzogen und die Haftzeit bei den jetzt zu collaudierenden, sowie bei den in Hinkunft zu collaudierenden Arbeiten immer von dem jeweiligen Schlusscollaudierungstage an gerechnet werden. (Angenommen.)

St.-R. Pursch referiert über Gesuche von Parteien aus dem XVII. Bezirke um Aufnahme in den Gemeindeverband und beantragt:

a) die Verleihung der Zuständigkeit an:

(9491.) Macovec Wenzel, Tischlermeister;
Golde Theresia, Hausbesitzerin;
Preclitz Johann, Tischlergehilfe;
Spulak Lorenz, Maurergehilfe;
Uibler Karl, Gastwirt;
Sedlaček Anton, Petroleum-Verschleißer;
Zach Josef, Schlossergehilfe;
Thomann Raimund, Zahlmarqueur;
Suster Jakob, Tischlergehilfe;
Zurek Franz, Bäckergehilfe;
Lholy Anton, Schneidermeister;
Rabus Ernest, Commis;
Babor Kajetan, Privat;
Stella Josef, Schuhmachergehilfe;
Melmcky Johann, Schuhmachergehilfe;
Hasenburger Felix, Fiakereigenthümer;
Beck Franz, Wäscheputzer;
Mattaus Emilie, Retoucheurin;
Martin Franz, Hausdiener;
Koubek Franz, Gastwirt;

b) die Zusicherung der Aufnahme an:

(9464.) Bavritsák Johann, Zimmerputzer;
Göde Nikolaus, Hufschmiedgehilfe;
Schmidt Johann, Gastwirt;
Jaitner Ignaz, städt. Marktgebüreneinheber, und
Neumann Paul, Schneidergehilfe. (Angenommen.)

(9008.) **St.-R. Dr. Wähner** referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis puncto Verpachtung der Wasenmeisterei im III. Bezirke und in Kaiser-Ebersdorf und beantragt, den bestandweisen Betrieb der städtischen Wasenmeisterei neuerlich dem Johann Logar auf fünf Jahre vom 1. Jänner 1897 angefangen gegen den offerierten Bestandzins von 6800 fl. unter Zugrundelegung der in der Vorschrift enthaltenen Voraussetzungen und Bedingungen zu überlassen.

(Angenommen.)

(9011.) St.-R. Dr. Wähner referiert über das Ansuchen der Firma Brüder Schlimp um Nachsicht einer Conventionalstrafe per 400 fl. für die verspätete Lieferung von Schulbänken für die Schule in Kaiser-Ebersdorf und beantragt, mit Rücksicht auf die in der Eingabe erwähnten Gründe das Pönale auf 200 fl. herabzusetzen.

(Angenommen.)

(9089.) St.-R. Dr. Wähner referiert über die Abschrift eines an die Wiener Tramway-Gesellschaft gerichteten Statthalterei-Erlasses vom 19. October 1896, Z. 97153, betreffend die Genehmigung des provisorischen Fahrplanes für die Zeit vom 16. October bis 24. October 1896, und beantragt die Kenntnisnahme.

(Angenommen.)

(9348.) St.-R. Dr. Wähner referiert über den Erlass des k. k. Eisenbahnministeriums vom 13. October 1896, Z. 5480/IV, betreffend die Genehmigung der Winterfahrordnung der Neuen Wiener Tramway-Gesellschaft für ihre mit Dampf betriebenen Linien und beantragt, es sei eine motivierte Eingabe an das k. k. Eisenbahnministerium zu richten, in welcher dasselbe ersucht wird, die Neue Wiener Tramway-Gesellschaft zu beauftragen, in Hinkunft die von der Gemeinde ausgesprochenen, besonders anzuführenden Anforderungen bei Feststellung des Fahrplanes zu berücksichtigen.

St.-R. Pursch beantragt den Zusatz, dass das Bedauern darüber ausgesprochen werde, dass überhaupt die Wünsche der Gemeinde nicht berücksichtigt wurden.

Referent schließt sich diesem Antrage an.

Referenten-Antrag mit Zusatz Pursch angenommen.

(9349.) St.-R. Dr. Wähner referiert über den Statthalterei-Erlass vom 2. November 1896, Z. 101173, betreffend die provisorische Genehmigung der Winterfahrordnung der Neuen Wiener Tramway-Gesellschaft und beantragt die Kenntnisnahme.

(Angenommen.)

(7023.) **St.-R. Graba** referiert über den Haupt-Rechnungsabschluss der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien und stellt folgende Anträge:

1. Die erforderlichen Ergänzungscredite per 426.752 fl. 48½ kr. sind zu bewilligen.

2. Der Haupt-Rechnungsabschluss der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien für das Verwaltungsjahr 1895 ist zu genehmigen.

3. Die Rechnungsabschlüsse für das Jahr 1895 des Bürgerspitalfondes, Bürgerladfondes, Wiener allgemeinen Versorgungsfondes einschließlich des Ebersdorfer Fondsgutes sind zu genehmigen.

4. Aus dem verbleibenden bedeutenden Cassareste des Wiener Bürgerladfondes per 14.756 fl. 92 kr. sind um den Betrag von 10.000 fl. 4percentige Obligationen des 35-Millionen-Kronen-Anlehens der Stadt Wien vom Jahre 1894 anzukaufen.

5. Zum Rechnungsabschlusse des Bürgerspitalfondes sind die auf Seite 594 u. f. f. des Haupt-Rechnungsabschlusses bei den gewöhnlichen Ausgaben ausgewiesenen Überschreitungen beziehungsweise Ergänzungscredite von zusammen 16.165 fl. 10 kr. und beim Wiener Versorgungsfonde die bei den gewöhnlichen Ausgaben, Seite 734 u. f. f. des Haupt-Rechnungsabschlusses ausgewiesenen Überschreitungen beziehungsweise die erforderlichen Ergänzungscredite von zusammen 9196 fl. 98 kr. zu genehmigen.

6. Der Rechnungsabschluss des Großarmenhaus-Fondes pro 1895 ist zu genehmigen.

7. Die bei der 1. Kretsch'schen, 2. Mannsperg'schen, 3. Rossy'schen, 4. v. Trenk'schen, 5. v. Ventura'schen und 6. Valsegg'schen Stiftung sich mit Ende December 1895 ergebenden Cassareste sind zum Ankaufe von 6 Stück 4percentigen Obligationen des 35 Millionen-Kronen-Anlehens zu verwenden.

8. Die aus der Fructification von diesen 6 Stück Obligationen des Kronen-Anlehens dem Großarmenhaus zufließenden Interessen von 24 fl. sind bei den in Punkt 7 verzeichneten Stiftungen (1., 2., 3., 5. und 6.) zur theilweisen Erhöhung der bei denselben bereits bestehenden Stiftungsbezüge, bei der v. Trenk'schen Stiftung zur weiteren Fructificierung mit dem aus dem Vorjahre herrührenden Interessenüberschusse, und zwar insolange, bis bei dieser Fondsstiftung ein neuer Stiftplatz mit monatlich 6 fl. creiert werden kann, zu verwenden. Die erhöhten Stiftungsbeträge werden den bezugsberechtigten Stiftlingen vom Anfallstage des ersten Interessencoupons der neu erworbenen Wertpapiere in Anweisung gebracht.

9. Der Rechnungsabschluss des Johannesspital-Stiftungsfondes pro 1895 ist zu genehmigen.

10. Die bei der Demuth'schen, Glasner'schen, Lehrer'schen, Mannsegg'schen, Meyer'schen und Tinti'schen Stiftung sich mit Ende December 1895 ergebenden Cassareste sind zum Ankaufe von 6 Stück Obligationen des 35-Millionen-Kronen-Anlehens, der aus der Störgel'schen Stiftung verfügbare Cassarest zum Ankaufe einer Kronenrente von 100 Kronen Nominale und aus dem Cassareste per 255 fl. 85 kr. des „freien Vermögens" eine 35-Millionen-Kronen-Anlehens-Obligation anzuschaffen; dieser letztere Interessenzuwachs von 8 fl. ist insolange zu fructificieren, bis er zu Errichtung eines neuen Stiftungsplatzes von monatlich 4 fl. zureichend ist.

11. Die sonach erhöhten Stiftungsbeiträge sind den bezugsberechtigten Stiftungen mit dem Anfallstage des ersten Zinsencoupons der neu erworbenen Wertpapiere anzuweisen.

12. Die künftigen Ausweise über das „Erträgnis und den Wert der städtischen Realitäten" sind unter Aufrechthaltung der bisherigen Colonnen so herzustellen, dass alle gleichartigen Gattungen zusammengezogen werden.

13. Die künftigen Ausweise über das Erträgnis der städtischen Gründe sollen nach verkäuflichen und unverkäuflichen Gründen rangiert und bei jedem einzelnen das Flächenausmaß in einer fortlaufenden Colonne angeführt erscheinen.

14. Die Verfassung eines General-Situationsplanes (Frankl), in welchem die verkäuflichen communalen Gründe deutlich ersichtlich gemacht und gekennzeichnet sind, wird genehmigt und ist derselbe dem Stadtrathe zu übermitteln.

15. Die im Ausweise 22 als unerledigt angeführten Angelegenheiten sind bei dem betreffenden Magistrats-Referenten zu urgieren.

16. Der Bürgermeister wird ersucht, diejenigen Schritte einzuleiten, welche eine Convertierung der älteren Communal-Anlehen sowie die Unificierung der mit den Vororten übernommenen Schulden beziehungsweise Convertierung der Privat-Passivcapitalien ermöglichen.

17. Der Gemeinderath beschließe die Einsetzung einer Commission von 21 Mitgliedern zur Prüfung des Rechnungsabschlusses pro 1895, welcher Commission auch die Berathung des Hauptvoranschlages pro 1897 zuzuweisen wäre.

In der General-Debatte regt Vice-Bürgermeister Dr. Lueger an, dass bei Zusammenstellung des Inventars künftighin eine Trennung des nutzbringenden von dem nicht nutzbringenden (zehrenden) Vermögen stattfinde.

Ferner stellt Vice-Bürgermeister Dr. Lueger den Antrag, es sei die Stadtbuchhaltung zu ersuchen, über den Stand der Activa und Passiva am 19. Mai, an welchem Tage die Beeidigung des Bürgermeisters Strobach stattfand, ein genaues Inventar anzulegen, bei welchem ebenfalls der Grundsatz der Unterscheidung des zinstragenden vom zehrenden Capital in Anwendung zu kommen hätte.

St.-R. Seichert beantragt, die Post: „Wert der Canäle und überwölbten Bäche" im Inventar über das Gemeindegut zu streichen.

Es wird in die Special-Debatte eingegangen.

Gruppe I: „Verwaltung im allgemeinen."

Zur Rubrik III 6 der Einnahmen stellt St.-R. Schreiner den Antrag, der Magistrat sei aufzufordern, mit der Wiener und der Internationalen Elektricitäts-Gesellschaft zu verhandeln, ob sie nicht in ähnlicher Weise wie die Allgemeine Österreichische Elektricitäts-Gesellschaft, für die seitens der Gemeinde Wien auszuübende Controle der Einhaltung der Vertragsbestimmungen hinsichtlich der Anlage und des Betriebes einen Beitrag zu leisten bereit sind.

Rubrik I bis III (Einnahmen und Ausgaben) angenommen.

Die Verhandlung wird sohin abgebrochen und die Sitzung geschlossen.

* * *

(Richtigstellung.) In dem Amtsblatte Nr. 94 ex 1896, Seite 1870, II. Spalte, 4. Zeile von unten nach hinauf, hat der Satz „und unter Anrechnung ꝛc. bis 6. Juli 1894, Z. 4528" zu entfallen.

Allgemeine Nachrichten.

Approvisionierungs-Angelegenheiten.

Borstenviehmarkt vom 24. und 26. November 1896.

1. Auftrieb

auf dem freien Markte:

Jungschweine (Fleischschweine)	5081 Stück
Fettschweine	5830 „
Summa .	10911 Stück

Darunter unverkaufter Rest von der Vorwoche . 791 Stück.

Angekauft wurden:

für Wien . . . . . 9445 Stück
für das Land . . . . . — „
unverkauft blieben . . . . 1466 „

2. Preisbewegung:

Jungschweine (Fleischschweine) . . von 30 bis 40 (—) kr.
Fettschweine . . . . . „ 42 „ 49 (—) „
(per 1 Kg. Lebendgewicht).

Der Geschäftsverkehr war auf dem Dienstagmarkte flau und sind die Preise für Jungschweine um 2 kr., jene für Fettschweine um 2 bis 3 kr. per Kilogramm gegen den vorwöchentlichen Dienstagmarkt gefallen. Auf dem Donnerstag-Nachmarkte sind bei flauer Kauflust die Preise für Jungschweine um weitere 2 kr. zurückgegangen, während Fettschweine zu Dienstagspreisen verkauft wurden.

* * *

Pferdemarkt vom 24. November 1896.

Zum Verkaufe wurden gebracht: 439 Pferde.

Preis: für Gebrauchspferde . . . . . 90 - 350 fl. per Stück
„ Schlachtpferde . . . . . 21 — 43 „ „ „

Der Markt war flau.

* * *

Stechviehmarkt vom 26. November 1896.

1. Auftrieb, bezw. Zufuhr:

Kälber ausgeweidet 3292, Kälber lebend 49, Lämmer ausgeweidet 320, Lämmer lebend — Schafe ausgeweidet 539, Schafe lebend 1874, Schweine ausgeweidet 2530.

2. Preisbewegung:

Kälber ausgeweidet . . . per 1 kg von 30 bis 52 (53—60) kr.
Kälber lebend . . . . . „ „ „ 28 „ 42 (—) „
Schweine ausgeweidet . . „ „ „ 30 „ 52 (54—56) „
Lämmer ausgeweidet . . . per Paar von 4 bis 11 (12—13) fl.
Lämmer lebend . . . . . „ Stück „ — „ — (—) fl.
Schafe ausgeweidet . . . „ 1 kg von 16 „ 34 (—) kr.
Schafe lebend . . . . . „ Paar „ 5.10 „ 15.10 (—) fl.
Schafe lebend . . . . . per 1 kg von — bis 21 kr.

Auf dem Jungviehmarkte wurden um 54 Stück Kälber mehr zugeführt. Die Kauflust war infolge der für den Bedarf übergenügenden Zufuhren flau, und sind die Preise für Primaware die vorwöchentlichen geblieben, während mindere und mittlere Qualitäten 2 bis 3 kr. per Kilogramm im Preise verloren.

Auf dem Schafmarkte wurden um 760 Stück Schafe mehr aufgetrieben. Die Kauflust war sehr flau, und sind die Preise gegen die Vorwoche um 2 bis 3 fl. per Paar zurückgegangen.

Auf dem Schlachtviehmarkte wurden am 26. November 1896 319 Stück Mast- und 323 Stück Beinlvieh aufgetrieben.

* * *

Bierpreise im Monate October 1896.

En gros.

Abzug, Wiener I.	10 bis 11½°	fl. 8.40 bis fl. 9.20
„ böhmisches, oberösterr. II. . .	9 „ 10°	„ 8.20 „ „ 8.70
Lager, Wiener	12 „ 13°	„ 13.— „ „ 14.—
Märzen, Wiener (Export)	13 „ 14°	„ 14.— „ „ 15.—
Böhmisches nach Pilsner Art . . .	11 „ 12°	„ 15.— „ „ 16.—
Pilsner	11 „ 12°	„ 15.50 „ „ 16.50
Bayrisches (importiert)	12 „ 14°	„ 21.— „ „ 24.—

(Diese Preise verstehen sich franco Zustellung, incl. Verzehrungssteuer, netto Cassa, ohne jeden Sconto.)

En détail.

Abzug	12 bis 14 kr.	per Liter über die Gasse,
„	12 „ 16 „	„ „ im Locale,
Lager und Märzen	20 „ 24 „	„ „ über die Gasse,
„ „ „	20 „ 30 „	„ „ im Locale,
Böhmisches (Pilsner)	28 „ 36 „	„ „
Bayrisches (importiert)	30 „ 34 „	„ „

Flaschenbier-Preise.

Abzug in Flaschen zu ½ Liter	per Liter	10½ bis 14 kr.
Lager „ „ „ „ „	„ „	18 „ 24 „
Pilsner „ „ „ „ „	„ „	24 „ 30 „

* * *

Gestattung der Zufuhr von Rindern und Schafen von Budapest ausschließlich nach dem Central-Viehmarkte zu St. Marx in Wien.

Die k. k. n.-ö. Statthalterei hat unterm 18. November 1896, Z. 108711 (201719/XV), Nachstehendes kundgemacht:

Im Nachhange zur hierämtlichen Kundmachung vom 14. November 1896, Z. 107284, betreffend die Einfuhr von Wiederkäuern und Schweinen aus Ungarn und Croatien-Slavonien nach Niederösterreich, wird hiemit zur allgemeinen Kenntnis gebracht, dass die Einfuhr von Rindern und Schafen von Budapest in Ungarn nach Niederösterreich ausschließlich nur nach dem Central-Viehmarkte zu St. Marx in Wien gestattet ist.

Übertretungen dieser sofort in Wirksamkeit tretenden Anordnung unterliegen den in der eingangs bezogenen Kundmachung angegebenen Straffolgen.

Gewerbe-Angelegenheiten.

(Genossenschaft der Huf- und Wagenschmiede.) Bei der am 22. November 1896 unter Intervention des Genossenschafts-Commissärs Dr. Emil Schwarz abgehaltenen Meisterversammlung der Huf- und Wagenschmiede wurden Herr Johann Dürbeck zum Vorsteher und Herr Engelbert Wolf zum Vorsteher-Stellvertreter der Genossenschaft wiedergewählt.

Baubewegung.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Actenstücke im Baudepartement des Magistrates für den I. bis IX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen wurden überreicht:

vom 23. November bis 26. November 1896:

Für Neubauten:

VI. Bezirk: Haus, Mariahilfergürtel, von Arthur v. Markowsky, Wallgasse 25, Bauführer W. Schimitzek (8952).

XIII. Bezirk: Wohnhaus, Penzing, Linzerstraße 51, 53, von W. Schulz, Maurermeister (37746, 37747).

XVI. Bezirk: Dreistöckiges Haus, Ottakring, Cat.-Parc. 2985, Einl.-Z. 3073, Koppstraße, von Josefine Grull, Koppstraße 62, Bauführer Th. Weninger (58663).

Für Umbauten:

XV. Bezirk: Fünfhaus, Parc. 145/55, Einl.-Z. 97, Sechshauserstraße 26, von Albert Schick & Hans Kraus, Bauführer dieselben (26264).

Für Zubauten:

II. Bezirk: Praterhütte 137, von Karl Pretscher, Bauführer Stephan Stangl (8901).
„ „ Werkstätte, Am Tabor, von Isidor Eisler durch A. Oberländer (8951).
III. Bezirk: Steingasse 17, von Ed. Frauenfeld & Berghof, Baumeister (8943).
XIX. Bezirk: Abort und Düngergrube, Unter-Sievering, Sieveringerstraße 82, von Adalbert Czerwenka, ebenda, Bauführer Ferd. Ibl (23817).

Für Adaptierungen:

I. Bezirk: Eßlinggasse 16, von Hermann Fehl noe. Sandor und Isidor Löti, Bauführer Schlaf & Parthila (8898).
„ „ Riemergasse 9, von Wenzel Bluma, Maurermeister (8945).
„ „ Tuchlauben 7, von Wenzel Bluma, Maurermeister (8946).
III. Bezirk: Mohsgasse 29, von Anton Brunner, Maurermeister (8909).
VI. Bezirk: Dreilaufergasse 5, von Eduard Kerl, Bauführer J. Bauer (8906).
IX. Bezirk: Alserstraße 49, von Josef Wurts, Baumeister (8924).
„ „ Nussdorferstraße 75, von Josef Kell, Bauführer J. Haupt (8939).
XIV. Bezirk: Rudolfsheim, Jadengasse 3, von Eduard Fleck, ebenda, Bauführer Johann Schrepfer (34398).
XVI. Bezirk: Ottakring, Veronikagasse 13, von Josef Benda, ebenda, Bauführer Josef Bayer (58216).

Für diverse (geringere) Bauten:

I. Bezirk: Brandmauer, Kärnthnerstraße 14, von H. Engel, Bauführer J. Bauer (8907).
III. Bezirk: Stallbau, Rudolfsgasse, Einl.-Z. 2862, von der Unterstützungs-Societät der Wiener k. k. Polizeibeamten durch Jakob Wohl, k. k. Reg.-Rath, Bauführer A. Krones (8936).
XI. Bezirk: Rauchfang, Simmering, Sandstätte, Einl.-Z. 508, von Alois Wanko, Simmeringer Hauptstraße 12, Bauführer Anton Kurz (18998).
„ „ Abortbau und geringere Adaptierung, Simmeringer Hauptstraße 100, von Josef Krammer, ebenda, Bauführer Ant. Heindl (18999).
„ „ Mauer und provisorisches Flugdach, Simmering, Dorfgasse 33 a, von Josef Bauer, Bauführer Ant. Heindl (19192).
XIV. Bezirk: Herstellung eines Steinzeugrohrcanales, Rudolfsheim, Lehnergasse 1, von Adolf Rustler, ebenda, Bauführer Eduard Schwarzer (34649).

Gesuche um Parcellierung wurden überreicht:

II. Bezirk: Treustraße und Gerhardusgasse, E.-Z. 4692, von Moriz Lampel, Haidgasse 10 (8892).
XIX. Bezirk: Silbergasse, Einl.-Z. 168, von Leopold Raudnitz, Nussdorferstraße 16 (8957).

Gesuche um Bekanntgabe der Baulinie wurden überreicht:

I. Bezirk: Kärnthnerstraße 28, von Josef Kranz, Augustinerstraße 8 (8959).
V. Bezirk: Reinprechtsdorferstraße 61, von Franz Rosenfeld (8962).
VIII. Bezirk: Rother Hof 14, von Hermann und Emma Scheibenhofer, Schleifmühlgasse 22 (8893).
IX. Bezirk: Schubertgasse 21, Säulengasse 18, von M. L. Presser, Ferdinandstraße 2 (8892).
X. Bezirk: Laxenburgerstraße, Einl.-Z. 2211, von den Frommen Stiftungen der Erlauer Erzdiöcese (51683).
XIII. Bezirk: Baumgarten, C.-Nr. 38, von Dr. Bojczik (37816).
„ „ Baumgarten, Parc. 11/38, 50/11, 246/10, von J. Dittrich (37835).
XIV. Bezirk: Rudolfsheim, Illekgasse, Einl.-Z. 994, von Ed. Schneider (34635).

Demolierungsanzeigen wurden überreicht:

VII. Bezirk: Kaiserstraße 79, von Paul & Josef Weiß, VIII., Langegasse 24 (8934).

Gewerbeanmeldungen vom 21. November 1896.

(Fortsetzung.)

Schütz Marie — Betrieb einer Privat-Lehranstalt für Maßnehmen, Schnittzeichnen und Kleidermachen — VII., Neustiftgasse 21.
Babion Anton — Verschleiß von Papier, Schreib- und Zeichenrequisiten — X., Quellengasse 75.
Weber Julius — Saucen-Conserven-Erzeugung — XVIII., Witthauergasse 6.
Richter Francisca, geborene Kolmann — Selchwaren- und Schweinefleisch-Verschleiß — X., Columbusgasse 82.
Rausch Franz — Spirituosen-Verschleiß in handelsüblich verschlossenen Gefäßen, mit Ausschluss jeden Ausschankes und Kleinverschleißes — I., Habsburgergasse 8.
Egger Paul — Verschleiß von Wein und Spirituosen in handelsüblich verschlossenen Gefäßen mit Ausschluss jeglichen Ausschankes und Kleinverschleißes — I., Bäckerstraße 8.
Baumann Eduard — Handel mit gebrannten geistigen Flüssigkeiten — XVIII., Gürtel 146.
Hinze Maximilian — Verschleiß von Schulbüchern, Gebetbüchern und Kalendern — XIII., Reinlgasse 17.
Chalupa Jaroslaw — Schuhmacher — XIII., Untere Baumgartenstraße 271.
Mikulka Elisabeth — Victualien-Verschleiß — Reinprechtsdorferstr. 54.
Brause Josefine — Wohnungsvermieten und Verköstigung — I., Singerstraße 11.
Schlachthammer Marie — Wäscheputzerei — V., Ziegelofengasse 12.
Wodwárka Francisca — Wäscheputzerei — V., Hundsthurmerstraße 91.
Freyer Johann — Zeitungs-Verschleiß — XIII., Linzerstraße 73.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 23. November 1896.

Kohn Josef, Dr. — Advocatie — II., Comödiengasse 6.
Schneider Johann — Brantweinschank — III., Dietrichgasse 29.
Nachtmann Karl — Deichgräber — II., Streffleurgasse 10.
Bruckmüller Rosa Karoline — Gemischtwaren-Verschleiß — IV., Margarethenstraße 39.
Handel Anna — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Quellengasse 44.
Fesler Regine — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Senefeldergasse 36.
Franz Hermann Bernhard — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Dammstraße 4.
Schreder Anna — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Vorgartenstr. 179.
Jauernik Emil — Gemischtwaren-Verschleiß — VI., Nelkengasse 3.
Berger Chaim Isaak — Galanterie- und Nürnbergerwaren-Verschleiß — II., Engerthstraße 223.
Botwin Heinrich — Goldarbeiter — II., Taborstraße 27.
Waitzendorfer Josef — Gast- und Schankgewerbe — XIV., Felberstr. 108.
Macicek Franz — Herrenkleidermachergewerbe — XV., Osterleing. 12.
Hütt Anton — Kleinhandel mit Brennmaterialien — V., Kohlgasse 38.
Wallisch Adolf — Kaffeesieder — III., Rennweg 37.
Slavik Ferdinand — Kaffeesieder — III., Marokkanergasse 7.
Kühn Theresia — Kaffeeschenkerin (§ 16, lit. f und d) — XIV., Huglg. 18.
Kirchner Anna Katharina Justina — Übernahme von Kleidern und Stoffen zum chemischen Putzen — XV., Schönbrunnerstraße 27.
Fleischhacker — Verabreichung von Kaffee, Thee, anderen warmen Getränken und Erfrischungen — II., Taborstraße 28.
Makkes recte Mages Alexander — Milch-Verschleiß — XV., Robert Hamerlinggasse 24.
Boigner Rosalia — Verschleiß von Milch, Gebäck und Canditen — II., Wolfsaugasse 6.
Redlinger Francisca — Modistin — VI., Mariahilferstraße 59.
Schönwälder Barbara — Milch-Verschleiß — VI., Cornelisgasse 3.
Heigl Karl — Puppenmacher — XIV., Geibelgasse 12.
Schniderschitz Mathilde — Verschleiß von Papier, Schreib- und Zeichenrequisiten und Kurzwaren — XVII., Hauptstraße 40.
Schottig Agnes — Pfaidlergewerbe — II., Leopoldsgasse 11.
Wertheimer Adolf — Spirituosenhandel mit Ausschluss des Ausschankes und Kleinverschleißes — X., Laxenburgerstraße 89.
Křiwka Johann — Verschleiß von Spirituosen in handelsüblich verschlossenen Gefäßen — II., Engerthstraße 134.
Raidl Anton — Selchwaren-Verschleiß — II., Wallensteinstraße 2.
Schwanntner Wenzel — Gast- und Schankgewerbe gemäß § 16, lit. b c g der Gewerbeordnung — XIII., Hütteldorferstraße 18.
Felzmann Johann — Gastwirtsgewerbe — IV., Trappelgasse 3.
Gstettner Josef — Gast- und Schankgewerbe (§ 16, lit. b und e der Gewerbeordnung) — XIII., Nisselgasse 15.
Köberl Franz — Pachtbetrieb eines radicierten Wein- und Bierschankgewerbes — VI., Magdalenenstraße 84.
Zwickl Amalia — Selchwaren-Verschleiß — II., Engerthstraße 189.
Stradal Wenzel — Schuhmacher — II., Körnergasse 8.
Böhm Deborah — Verschleiß von Schul-, Gebetbüchern, Kalendern und Heiligenbildern — II., Kleine Pfarrgasse 4.
Kriegbaum Heinrich — Verschleiß von Spiritus-Glühlampen — VI., Gumpendorferstraße 17.
Kronecker Karl — Victualien-Verschleiß — V., Matzleinsdorferstraße 1.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 24. November 1896.

Una Ernest — Betrieb von Börsegeschäften — I., Börsegasse 10.
Zaritsch Karoline, geb. Drkač — Damenkleidermachergewerbe — XIII., Lainzerstraße 131.
Schweickhardt Marie v. — Damenkleidermachergewerbe — XVII., Hernalser Hauptstraße 58.
Reichart Heinrich — Einspänner-Concession, Lic.-Nr. 462 — XII., Albrechtsbergergasse 8.
Smrčka Rudolf — Gemischtwaren-Verschleiß mit Petroleum — XI., Simmeringer Hauptstraße 201.
Schwarz Francisca — Gemischtwaren-Verschleiß — XV., Robert Hamerlinggasse 25.
Trischler Marie, geb. Graf — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Gablenzgasse 32.
Schwanda Elisabeth — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Anton Frankgasse 3.
Jung Martin, Ellenberger Hersch — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Leitermayergasse 35.
Lindner Karoline — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Schopenhauerstraße 8.
Pfeifer Marie, geb. Platt — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Breitelgasse 12.
Zapotocky Franz — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Grundsteing. 32.
Kratochvil Victoria, geb. Kitteich — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Mildeplatz 5.
Ernst Anna — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Veronikagasse 4.
Schiefer Alfred — Gast- und Schankgewerbe — XVIII., Joh. Nep. Voglplatz 8.
Wintersberger Johann — Gastwirt — I., Fischerstiege 3.
Karmann Johann — Gastwirt — I., Weihburggasse 16.
Hessenberger Anton — Gastwirt — I., Elisabethstraße 4.
Holub Katharina — Verschleiß von Milch, Gebäck und Canditen — XVI., Koppstraße 50.
Mauler Alfred — Gast- und Schankgewerbe — XVI., Hasnerstraße 46.
Altenritter Heinrich — Depositorium (Verabreichung von Bier, Würstel und Brot) — X., Simmeringerstraße 11.
Müller Adolf — Verschleiß von gebrannten geistigen Getränken in handelsüblich verschlossenen Gefäßen — XIV., Fenzlgasse 6.
Himmer Karl — Kaffeeschankgewerbe — I., Franciscanerplatz 3.
Prudil Marie — Kaffeeschenkerin — I., Himmelpfortgasse 11.
Diewald Josef — Kleinhandel mit Brennmaterialien — X., Muhreng. 24.
Mayer Johann — Kleinfuhrwerk — III., Lustgasse 6.
Janata Anna — Metallschleifergewerbe — XV., Moeringgasse 20.
Hečtel Rudolf Josef — Ertheilung von Musikunterricht an Privatschulen — XV., Dingelstedtgasse 9.
Hajek Josef — Musikergewerbe — XVI., Wichtelgasse 40.
Kolm Bertha — Marktvictualienhandel — XVIII., Lackнergasse 77.
Oberherber Josef — Milchhandel — X., Laaerstraße 12.
Bayer Anna — Marktvictualienhandel — XVII., Dornerplatz, Wohnort XVII., Leitermayergasse 15.
Castagno Pietro Andrea — Naturblumenhandel — I., Himmelpfortg. 5.
Wimmer Karoline, geb. Döllmayer — Pferdefleisch-Verschleiß — XVI., Thaliastraße 110.
Schottaker Rudolf, Fleischmann Adolf — Speditionsgewerbe — XVIII., Kutschkergasse 7.
Hejna Franz — Schuhmachergewerbe — XV., Schönbrunnerstraße 10.
Zimmermann Martin — Schlossergewerbe — XVI., Herbststraße 7.
Bihler Michael — Selchwaren-Verschleiß — XVI., Habichergasse 29.
Rouzeau Johann — Betrieb einer Sandgrube — XVII., Hernalser Hauptstraße 62.
Vetter Theodor — Schuhmacher — XIV., Schweglerstraße 16.
Mayer Johann — Handel mit Sägespänen — III., Lustgasse 6.
Altenritter Heinrich — Erzeugung von Tinten, flüssigen Tuschen und flüssigem Gummi — IV., Weyringergasse 10.
Brodnicek Anna — Verschleiß von Wachskerzen, Zuckerbäckerwaren und Lebzelten — XIII., Maxingstraße 9.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 25. November 1896.

Berte Eduard — Commissionswaren-Verschleiß — VII., Burggasse 42.
Türkel Rosa — Commissionswaren-Verschleiß — VII., Neubaugasse 14.
Vieröckl Rudolf — Herausgabe der periodischen Druckschrift „Fleischhauer- und Fleischselcher-Zeitung" — VIII., Josefstädterstraße 43.
Jakl Karl — Damenkleidermacher — VI., Magdalenenstraße 32.
Blahak Franz — Fleisch-Verschleiß — VII., Kaiserstraße 11.
Weller Emilie — Fleischselchergewerbe — VII., Westbahnstraße 22.
Pötsch Matthias — Gemischtwaren-Verschleiß — XII., Niederhofstraße 2.
Jeckel Stephan — Gemischtwaren-Verschleiß — VI., Gumpendorferstraße 20.
Frotzler Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — VIII., Florianigasse 70.
Svitil Franz — Gemischtwaren-Verschleiß — VII., Neubaugasse 13.
Zottleder Hieronymus — Gemischtwaren-Verschleiß — VII., Stiftgasse 9.
Lenz Aloisia — Gemischtwaren-Verschleiß — VII., Kirchberggasse 26.
Brandstetter Anna — Gemischtwaren-Verschleiß — VII., Seidengasse 24.
Stigleitner Paul — Gemischtwaren-Verschleiß — XIV., Sechshauserstraße 27.
Slonet Julius — Gewehrpfropfenerzeuger — VIII., Tigergasse 33.
Preinreich Johann — Gastwirtsgewerbe — VII., Seidengasse 44.
Feil Anna — Feilbieten von Geflügel und Eiern auf der Straße und von Haus zu Haus — XII., Meidling-Schönbrunnerstraße 132.
Klein Leopold — Hut-Verschleißer — V., Pilgramgasse 10.
Köhler Johann — Kleinhandel mit Brennmaterialien — V., Wimmergasse 6.
Juführ Ignaz — Kleinhandel mit Brennmaterialien — V., Wildemanngasse 1.
Kreisler Josef — Kaffeesiedergewerbe — VII., Kaiserstraße 97.
Kleske Franz Karl — Kleidermachergewerbe — VII., Lindengasse 21.
Stotz-Schwara Albin — Kaffeesiedergewerbe — VII., Kaiserstraße 70 a.
Breyer Heinrich — Mehl- und Grieß-Verschleiß — V., Wehrgasse 31.
Goll Josef — Milch-Verschleiß — VIII., Josefstädterstraße 37.
Heger Anton — Handel mit Obst und Grünwaren — XII., Grieshofgasse 11.
Ernst Siegmund, Blau Hermann — Presshefe-Erzeugung auf kaltem Wege — IV., Goldegggasse 5.
Schick Ernestine — Pfaidlerin — VII., Schottenfeldgasse 94.
Slesinski Josef — Pfaidler — VIII., Josefstädterstraße 67.
Zimmer Josefa — Pfaidlergewerbe — VIII., Langegasse 14.
Pisetzky Marie — Pfaidlerin — XII., Meinhartsdorfergasse 5.
Roth Mathias — Pränumerantensammler — XIV., Nobilegasse 37.
Neurath Elise, Zwieback Ludwig — Pfaidlergewerbe — VI., Mariahilferstraße 61.
Doskocil Josef — Schlosser — V., Reinprechtsdorferstraße 3.
Kornfeil Josef — Verabreichung von Speisen und Ausschank von Wein — VII., Halbgasse 29.
Gleichentheil Alois — Verschleiß von Schulheften, Preislisten ꝛc. — XIV., Prinz Karlgasse 18.
Gstöttenbauer Marie — Victualien-Verschleiß — VIII., Lerchengasse 6.
Strack Marie — Victualien-Verschleiß — VIII., Florianigasse 66.
Schwarz Karoline Ludmilla, geb. Lambor — Victualien-Verschleiß — VIII., Lederergasse 14 A.
Altschul Henriette — Wohnungsvermietung — I., Salzgries 23.
Vicek Johann — Wäschergewerbe — V., Siebenbrunnengasse 53.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 26. November 1896.

Klinger Norbert, Dr. — Advocatie — I., Maximilianstraße 4.
Bornett Julius, Dr. — Advocatie — XIV., Sechshauserstraße 54.
Krpaleck Johann — Brothausierer — XII., Kriechbaumgasse 3.
Rainer Marie, v. — Canditen-Verschleiß — VI., Mariahilferstraße 89.
Schumann Albert — Circusdirector — II., Circusgasse 44.
Lochmann Anna — Damenkleidermacherin — XIII., Weiglgasse 4.
Lebl Franz — Fassbindergewerbe — XIV., Dadlergasse 14.
Rodt Matthias — Fleischhauergewerbe — XII., Vierthalergasse 20.
Hartmann Leopold — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Kudlichgasse 37.
Schachowski Johanna — Gemischtwaren-Verschleiß — IV., Favoritenstraße 45.
Spalek Julie — Gemischtwaren-Verschleiß — III., Dießlergasse 1.
Hendel Amalia — Gemischtwaren-Verschleiß — III., Hauptstraße 123.
Dunnstätter Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Württembergg. 3.
Zöllner Martin — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Castellezgasse 22.
Klima Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Novaragasse 32.
Lipmann Moriz — Gemischtwaren-Verschleiß — I., Kärnthnerstraße 44.
Schuster Johann — Gemischtwaren-Verschleiß — XIV., Diefenbachgasse 24.
Gimpl Francisca — Gastwirtsgewerbe — I., Kohlmessergasse 7.
Blaſs Arnold — Hausadministrator — II., Czerningasse 19.
Spitzer Julie — Hadernhändlerin — XVII., Weißgasse 4.
Gschwenk Matthias — Kleinhandel mit Brennholz, Kohlen und Coaks — IV., Mühlgasse 20.
Schwecherl Christine — Kleinhandel mit Brennholz, Kohle und Coaks — IV., Große Neugasse 44.

(Das Weitere folgt.)

Inhalt.

Seite

Gemeinderath:
Sitzungen des Gemeinderathes 1877
Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes vom 24. November 1896.
Inhalt:
Mittheilungen des Vorsitzenden:
1. Entschuldigung der Gem.-Räthe Tomola, Dr. Hößlinger, Hipp, Stastnik und Dr. v. Billing wegen Fernbleibens 1877
2. Schreiben des Curatoriums der Kaiser Franz Josef-Stiftung, betreffend die Vornahme von Neuwahlen in dasselbe 1877
3. Resolution des Vereines der Fortschrittsfreunde im XIX. Bezirke bezüglich Herstellung einiger neuer Straßen 1877

Seite

4. Beantwortung der Interpellation des Gem.-Rathes Migl, betreffend einen Fall unstatthafter Verwendung von gebrauchten Diensttabellen von Lehrpersonen 1878
5. Desgleichen jener des Gem.-Rathes Josef Becker, betreffend die Umgestaltung des Durchganges durch den Matzleinsdorfer Friedhof in eine öffentliche Fahrstraße 1878

Interpellationen:

6. Gem.-Rath Marešch, betreffend die Sicherstellung der Lieferung der bei den Spitalsverwaltungen an arme entlassene Reconvalescenten zur Vertheilung gelangenden Kleidungsstücke . . . 1878
7. Gem.-Rath Tagleicht, betreffend die Fertigstellung des General-Regulierungsplanes 1879
8. Gem.-Rath Dr. Uhl, betreffend die angebliche Verwendung städtischer Amtsdiener zum Austragen der Wahlzettel für die Wahlen des Vorstandes der Wechselseitigen Brandschaden-Versicherungsanstalt 1879
9. Gem.-Räthe v. Poschacher und Schönbichler, betreffend die Erledigung des Antrages Zifferer wegen Stellungnahme gegen den Gesetzentwurf pto. Bewilligung von Steuerfreiheiten für ehemals militärärarische Gründe 1879
10. Gem.-Räthe Dr. Vogler und Dr. Nechansky, betreffend die Nichterfüllung der Zeugenpflicht seitens magistratischer Functionäre rücksichtlich der für den 21. November d. J. beim k. k. Bezirksgerichte Alsergrund anberaumten Ehrenbeleidigungs-Verhandlung 1879
11. Gem.-Rath Lehofer, betreffend einen Artikel in dem Journale „Die Reichswehr" vom 24. d. M. mit der Überschrift „Eine Wendung in der Gasfrage" 1880

Anträge:

12. Gem.-Rath Weitmann, betreffend die Anschaffung eines Heldenschildes Sr. Majestät des Kaisers anläßlich dessen 50jährigen Regierungs-Jubiläums 1880
13. Gem.-Rath Eigner, betreffend den Aufbau eines dritten Stockwerkes auf den städtischen Schulgebäuden XVII., Calvarienberggasse 31 und 33 1880
14. Gem.-Rath Schreiner, betreffend die Belegung der Stiegen im Rathhause mit Cocosfaser-Teppichen oder Linoleum 1880
15. Gem.-Rath Dr. Mayreder, betreffend die Einsetzung eines Comités zur Lösung der Vorfragen in Angelegenheit der Errichtung eines elektrischen Bahnnetzes in Wien 1880
16. Gem.-Rath Steiner, betreffend die Regulierung der Friedlgasse im XIX. Bezirke 1881
17. Gem.-Rath Manner, betreffend eine raschere Flüssigmachung der Remunerationen für Lehrpersonen 1881
18. Gem.-Rath Dr. Fochler, betreffend die Fortsetzung der Döblingerlinie der Wiener Tramway-Gesellschaft bis zur Hohen Warte 1881
19. Derselbe, betreffend die Errichtung einer Haltestelle der Stadtbahn (Donaucanallinie) zunächst der Radelmayer- oder Rampengasse im XIX. Bezirke 1881
20. Gem.-Rath Hallmann, betreffend die Verwendung von Rauchverzehrungs-Apparaten bei den Fabriksschornsteinen . . . 1881
21. Gem.-Rath Steiner, betreffend die Herstellung einer Verbindung der Kleistgasse mit dem Rennweg durch Überbrückung der Verbindungsbahn 1881
22. Gem.-Rath Lorenz Müller, betreffend die Gestattung der Eisgewinnung aus dem Donaucanale 1881

Referate:

23. Gem.-Rath Hörmann, betreffend die Einholung der Ermächtigung zum Verkaufe der von der Realität III., Hauptstraße 14 und 16, verbleibenden Grundflächen seitens des n.-ö. Landtages 1882
24. Derselbe, betreffend die Risalitanlage beim Hause IX., Ackergasse 1, Spitalgasse 27, des Josef Marek 1882
25. Gem.-Rath Dr. Mayreder, betreffend die Thorportalanlage beim Hause I., Rothenthurmstraße 21 und 23 der Witwen- und Waisen-Societät des Wiener medicinischen Doctoren-Collegiums 1882
26. Derselbe, betreffend den Tausch, respective Verkauf von städtischen Parcellen in Baumgarten an die Stadtbahn-Unternehmung behufs Errichtung einer Arbeiterbaracke 1882
27. Gem.-Rath Dr. Kupka, betreffend die grundbücherliche Abschreibung eines Theiles der Cat.-Parc. 302/35 Währing, der k. k. Post- und Telegraphen-Direction 1883
28. Gem.-Rath Weitmann, betreffend die Risalitanlage beim Hause VII., Neustiftgasse 58, Myrthengasse 12, des Josef Freih. v. Dahlen 1883
29. Derselbe, betreffend Grundüberlassung zum Hausbaue VII., Burggasse 72, des Samuel Steiner 1884

Seite

30. Bürgermeister Strobach, betreffend die Begebung von Theilbeträgen des 35-Millionen-Kronen-Anlehens 1884
31. Gem.-Rath Dr. Mayreder, betreffend das Project der k. k. Baudirection für die Wiener Stadtbahn für die Überfahrtsbrücke gegenüber der Kirche Maria vom Siege am Mariahilfergürtel 1894
32. Derselbe, betreffend das Detailproject der k. k. Baudirection für die Wiener Stadtbahn, betreffend die Mauerwerksanlage für den Viaduct und die Brücke über die Linzerstraße der Vorortelinie 1895
33. Derselbe, betreffend das Detailproject für den Bau des Sammelcanales am rechten Wienflußufer von der Dommayergasse bis zur Ausmündung des Halterbaches im XIII. Bezirke 1895
34. Gem.-Rath Braun, betreffend die Subventionierung der freiwilligen Turnerfeuerwehr in Simmering 1896
35. Gem.-Rath Dr. Krenn, betreffend die Subventionierung des Mariahilfer Ambulatoriums 1896
36. Gem.-Rath Seichert, betreffend den Canalbau und die Wasserrohrlegung in der St. Veitgasse im XIII. Bezirke (Zuschußcredit) 1896
37. Vice-Bürgermeister Dr. Neumayer, betreffend die Beistellung eines dritten Actenzustellungswagens 1896
38. Gem.-Rath Rauer, betreffend die provisorische Systemisierung des Straßenaufsichtspersonales für den XIII. Bezirk 1897
39. Derselbe, betreffend die Regulierung des Niveaus in der Penzingerstraße zwischen Einwang- und Ameisgasse im XIII. Bezirke (Zuschußcredit) 1897
40. Gem.-Rath Schreiner, betreffend die Subventionierung des Reindorfer Kirchenmusikvereines 1897
41. Gem.-Rath Hörmann, betreffend die Einlösung des Hauses II., Untere Augartenstraße 34, behufs Durchführung der Leopoldsgasse 1897

Wahl:

42. Vornahme der Wahl eines Mitgliedes in die Commission zur Durchführung des Banes städtischer Gaswerke; Bekanntgabe des Ergebnisses dieser Wahl 1898

Beschluss-Protokoll der vertraulichen Sitzung des Gemeinderathes vom 24. November 1896.

Inhalt:

1. Gem.-Rath Dr. Kupka, betreffend Belassung der Gnadengabe der Marie Matschiner und der Anna Hartmann 1898
2. Derselbe, betreffend einmalige Gratification für A. Böhm . 1898
3. Vice-Bürgermeister Dr. Neumayer, betreffend Verleihung des Bürgerrechtes mit Nachsicht der Taxen für J. M. Hinterwaldner 1898
4. Derselbe, betreffend Fortbezug der Gnadengabe für Marie Rosiwal 1898
5. Derselbe, betreffend Fortbezug der Gnadengabe für Emma Steidler 1898
6. Derselbe, betreffend Fortbezug der Gnadengabe für Marie Grabner 1899
7. Derselbe, betreffend Gewährung einer Gnadengabe für Elise Famera 1899
8. Derselbe, betreffend Fortbezug der Gnadengabe für Marie Krautil 1899
9. Derselbe, betreffend einmalige Unterstützung für Anna Berger 1899
10. Derselbe, betreffend Gewährung einer Gnadengabe für Fanni Karas 1899

Stadtrath:

Sitzungen des Stadtrathes 1899
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 18. November 1896 (vorm.) 1899
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 18. November 1896 (nachm.) 1902

Allgemeine Nachrichten:

Approvisionierungs-Angelegenheiten:
Borstenviehmarkt vom 24. und 26. November 1896 1904
Pferdemarkt vom 24. November 1896 1905
Stechviehmarkt vom 26. November 1896 1905
Bierpreise im Monate October 1896 1905
Gestattung der Zufuhr von Rindern und Schafen von Budapest ausschließlich nach dem Central-Viehmarkte zu St. Marx in Wien . . 1905
Gewerbe-Angelegenheiten:
Genossenschaft der Huf- und Wagenschmiede 1905
Baubewegung:
Gesuche um Baubewilligungen vom 23. bis 26. November 1896 . . 1905
Gewerbeanmeldungen 1906
Kundmachungen.
Beilage:
Gesetze, Verordnungen und Entscheidungen, sowie Normativbestimmungen des Gemeinderathes, Stadtrathes und des Magistrates. (XI.)

Herausgeber: **Die Gemeinde Wien.** Verantwortlicher Redacteur: Magistratsrath **Dr. Friedrich Edler v. Radler.**
Papier aus der k. k. priv. **Pittener Papierfabrik.** — **J. V. Wallishausser's** k. und k. Hof-Buchdruckerei, Wien.

Inseraten-Annahme bei Haasenstein & Vogler (Otto Maaß), Wien, I., Walfischgasse 10.